



## Lenins Staat Aus Anlass seines 150. Geburtstags

ALFRED J. NOLL

Lenins Ausgangspunkt für die Betrachtung von Staat und Recht ist offenkundig: „Der Gesichtspunkt des Lebens, der Praxis muss der erste und grundlegende Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie sein“; nur so können „von vornherein die zahllosen Schrullen der Professorenscholastik beiseite“ geworfen werden (Lenin-Werke, Bd. 14, S. 137). Präsent ist uns, dass Lenin zufolge der Staat immer (!) das Instrument der herrschenden Klasse ist; das sei im Kapitalismus so, und das sei auch so im Sozialismus, denn vorläufig und bis auf weiteres bedürfe auch die sozialistische Gesellschaft eines Staats und eines von ihm gesetzten Rechts.<sup>1</sup>

Was aber heißt das? Spannend und erkenntnisreich ist der Versuch, Lenins staatstheoretische und staatspraktische Ansichten historisch einzuordnen. Dabei ist es zweckmäßig, zwischen den drei Etappen staatstheoretischen Denkens bei Lenin zu differenzieren: Staat und Recht hatten für Lenin unterschiedliche Bedeutung, je nachdem er sie sich vor der Oktoberrevolution im Jahr 1917, während des Revolutionsprozesses oder danach zum Thema machte.

### Der vorrevolutionäre Lenin

Bis zur russischen Revolution im Jahr 1905 und teilweise noch bis 1917 setzte sich Lenin für eine erweiterte „Einflussnahme der Arbeiterklasse auf die Staatsangelegenheiten“ ein, d.h. für „die unmittelbare, durch das Gesetz (die Verfassung) gewährleistete Teilnahme aller Bürger an der Lenkung des Staates, das gesicherte Recht für alle Bürger, sich frei zu versammeln, ihre Angelegenheiten zu erörtern, durch Verbände und durch die Presse auf die Staatsangelegenheiten Einfluss zu nehmen“ (LW, Bd. 2, S. 111); es komme darauf an, so Lenin mehrfach, die bürgerlichen Freiheitsrechte zu gewährleisten und zusätzlich die Arbeiterklasse rechtlich zu schützen und ihre Kampffähigkeit zu erhöhen.

Freilich verband Lenin schon vor der Oktoberrevolution diese reformistischen Forderungen mit der Forderung, dass „die planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses auf Rechnung der gesamten Gesellschaft [und] zur Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft erfolgen muss“ (LW, Bd. 6, S. 40). Aber natürlich wusste Lenin darum, dass „unter der Freiheit des ‚demokratischen‘ Kapitalismus die ökonomischen Unterschiede nicht geringer (werden), sondern größer und tiefer. Der Parlamentarismus beseitigt nicht das Wesen der allerdemokratischsten bürgerlichen Republiken als Organe der Klassenunterdrückung, sondern enthüllt es“ (LW, Bd. 15, S. 25). Deshalb galt für Lenin bis zur Oktoberrevolution immer die Losung: „Wir werfen die bürgerlich-demokratischen Losungen nicht über Bord, sondern führen das *Demokratische* in ihnen konsequenter, vollständiger, entschiedener durch“ (LW, Bd. 39, S. 773).

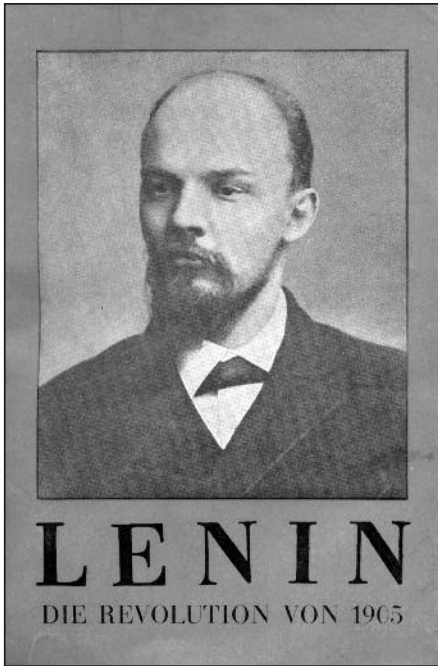
Und in Hinsicht auf das zentrale Thema der Verfassung heißt es bei Lenin im Jahre 1905, in dem die ersten Sowjets gebildet wurden, die Meuterei auf dem Panzerkreuzer Potemkin erfolgte und der III. Parteitag der SDAPR abgehalten wurde: „Was ist eine Verfassung? Ein Stück Papier, auf dem die Rechte des Volkes niedergeschrieben sind. Worin besteht die Garantie, dass diese Rechte tatsächlich anerkannt werden? In der *Stärke* jener Klassen des Volkes, die sich dieser Rechte bewusst sind und sie erzwungen haben. Wir werden uns nicht von Worten betören lassen – das steht allein den Schönrednern der bürgerlichen Demokratie an –, wir werden nicht auf eine Minute vergessen, dass sich die Stärke nur im siegreichen Kampf erweist und dass wir bei weitem noch keinen vollen Sieg errungen haben. Wir werden schönen Phrasen nicht glauben, denn gerade jetzt durchleben wir

eine Zeit, in der offen gekämpft wird, in der alle Phrasen und alle Versprechungen sofort an Taten überprüft werden, in der man das Volk mit Worten, Manifesten und Zusicherungen einer Verfassung *hinter Licht führt* und danach trachtet, seine Kräfte zu schwächen, seine Reihen zu zersplittern, es zur Waffenstreckung zu bewegen“ (LW, Bd. 9, S. 463f.).

Was daraus am Vorabend der Revolution folgte, machte Lenin mit seiner Absage an jeden Rechtsreformismus und mit der Betonung eines durch und durch dialektischen Verhältnisses von vorrevolutionärem demokratischem Engagement und revolutionärer Neuordnung deutlich: „Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die ‚idealsten‘ demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen. Man kann den Kapitalismus nicht besiegen, ohne *die Banken in Besitz zu nehmen*, ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben, aber man kann diese revolutionären Maßnahmen nicht durchführen, ohne die demokratische Verwaltung der der Bourgeoisie fortgenommenen Produktionsmittel durch das ganze Volk zu organisieren, ohne die ganze Masse der Werktätigen, sowohl die Proletarier und Halbproletarier als auch die Kleinbauern, zur demokratischen Organisation ihrer Reihen, ihrer Kräfte und ihrer Teilnahme am Staat heranzuziehen“ (LW, Bd. 23, S. 14).

In bewusster Überspitzung dieses Postulats lässt sich sagen: Ohne demokratische Organisation der „ganzen Masse der Werktätigen“ besteht für Lenin keine Aussicht auf die Überwindung des Kapitalismus. Noch plastischer formuliert: Ohne demokratisch erzogenes Proletariat gelingt keine Revolution.

Bezeichnend für diese Position ist Lenins Haltung zum Parlamentarismus.



Lenins Schrift „Die Revolution von 1905“ erschien 1929 im Rahmen der „Sämtlichen Werke“ im Wiener Verlag für Literatur und Politik.

Soll man sich als Revolutionär daran beteiligen? Seine Antwort ist eindeutig: Der Parlamentarismus mag *historisch* erledigt sein, *politisch* ist er es mitnichten, heißt es in seiner 1920 erschienenen Broschüre „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“; vielmehr sei ganz *unzweifelhaft*, „dass die Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des revolutionären Proletariats *unbedingte Pflicht* ist, gerade um die rückständigen Schichten *ihrer Klasse* zu erziehen, gerade um die unentwickelte, geduckte, unwissende *Masse* auf dem Lande aufzurütteln und aufzuklären. Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr *verpflichtet*, gerade innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten, weil sich dort noch Arbeiter befinden, die von den Pfaffen und durch das Leben in den ländlichen Provinzen verdummt worden sind. Sonst lauft ihr Gefahr, einfach zu Schwätzern zu werden“ (LW, Bd. 31, S. 44).

Aus der Sicht des beginnenden Sozialismus sei die Frage des Parlamentarismus aber ganz anders zu beantworten, schreibt Lenin im Jahr 1920: „Diktatur des Proletariats bedeutet Sturz der Bourgeoisie durch eine Klasse, durch das Proletariat, und zwar eben durch seine revolutionäre Avantgarde. Zu verlangen, dass diese Avantgarde *im Voraus die Mehrheit des Volkes* durch Wahlen zu den

bürgerlichen Parlamenten, bürgerlichen Konstituanten usf. gewinnt, das heißt durch Abstimmung bei Fortbestehen der Lohnsklaverei, der Ausbeuter und der Unterdrückung durch diese Ausbeuter, bei Fortbestehen des Privateigentums an den Produktionsmitteln – etwas Derartiges zu verlangen oder vorauszusetzen heißt in Wirklichkeit den Standpunkt der Diktatur des Proletariats völlig aufgeben und sich faktisch auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie stellen“ (LW, Bd. 30, S. 330).

Gewiss: Lenin kennzeichnet das Wesen des bürgerlichen Staates „in letzter Instanz unbedingt [als] eine *Diktatur der Bourgeoisie*“ (LW, Bd. 25, S. 425); und komplementär dazu charakterisiert er die politische Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus als „die Diktatur des Proletariats“ (ebd.). Entsprechend formuliert er: „Die Bourgeoisie ist für die Alleinherrschaft der Bourgeoisie. – Die klassenbewussten Arbeiter sind für die Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten“; Lenin präzisiert aber sogleich: Es gehe ihm um die Alleinherrschaft, die vorbereitet wird durch die *Klärung* des proletarischen Klassenbewusstseins, durch seine Befreiung vom Einfluss der Bourgeoisie, nicht aber durch Abenteuer.

Und auf die Frage, worin die Herrschaft einer Klasse zum Ausdruck komme, gibt Lenin eine bekannte Antwort: „Die Herrschaft des Proletariats äußert sich darin, dass man das Eigentum der Gutsbesitzer und Kapitalisten konfisziert hat. Das Privateigentum war aber gerade die Seele, der Hauptinhalt aller früheren Verfassungen, auch der republikanischen, demokratischen Verfassung. Unsere Verfassung hat das Recht, in die Geschichte einzugehen, sie hat sich dieses Recht erworben, weil die Aufhebung des Privateigentums nicht nur auf dem Papier geblieben ist. Das siegreiche Proletariat hat das Privateigentum abgeschafft und endgültig beseitigt. Darin eben kommt die Herrschaft der Klasse zum Ausdruck. Vor allen Dingen in der Frage des Eigentums. Als wir die Frage des Eigentums praktisch entschieden hatten, war die Herrschaft der Klasse gesichert“ (LW, Bd. 30, S. 448 f.).

Die Rede von der „Diktatur des Proletariats“ ist immer eine inhaltliche Bestimmung der Herrschaft, aber sie ist – wengleich für viele schlichte Gemüter kontraintuitiv – keine Formbestimmung der Herrschaftsausübung; es geht bei der „Diktatur des Proletariats“ konzeptionell

zunächst um die Sicherung der Herrschaft der Arbeiterklasse durch die Aufhebung des Privateigentums, es geht nicht um Terror.

Lenins unentwegter Hinweis darauf, dass es auch und gerade in der bürgerlichen Demokratie darum gehen müsse, das ganze Volk aufzuklären, steht seiner Kennzeichnung des bürgerlichen Staates als eines Herrschaftsinstruments der Bourgeoisie nicht entgegen; vielmehr ist es umgekehrt: Erst das sich seiner Rechte, seiner Möglichkeiten, aber auch seiner Ohnmacht und seiner Fehlschläge bewusste und durch den Kampf erzogene und gebildete Proletariat bietet die Gewähr dafür, dass die Revolution gelingen kann; denn – nochmals betont – „ein Proletariat [...], das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen“ (LW, Bd. 23, S. 14).

Der bewusste politische Kampf um die in der bürgerlichen Demokratie stets gefährdeten Freiheits- und Teilhaberechte steht für Lenin also völlig illusionslos unter einem doppelten Stern: Er ist einerseits das zur Erziehung und Bildung der Arbeiterklasse notwendige Terrain, um die Politisierung des Bewusstseins überhaupt erst zu ermöglichen; und andererseits ermöglicht erst dieser Kampf die für die revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse notwendige Homogenisierung der klassenbewussten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Anders stellt sich die Lage freilich dar, wenn wir einen genaueren Blick darauf werfen, worum denn hier eigentlich gekämpft werden soll. Zwar kennt Lenin zu Lebzeiten durchaus funktionierende parlamentarische Demokratien (wie sie in der Schweiz oder in Großbritannien bestanden), keine Vorstellung kann er davon haben, wozu sich die bürgerlichen Demokratien nach 1945 entwickelten und zu welchen politischen Integrationsleistungen diese Systeme fähig werden sollten. Lenin hatte den Staat ausschließlich als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie oder als zaristischen Gewaltstaat vor Augen; ihm ist die Rede von der „Diktatur der Bourgeoisie“ deshalb nicht nur eine konzeptionell-theoretische Bestimmung, sondern sie ist eine historisch-empirisch durchaus zutreffende Beschreibung.

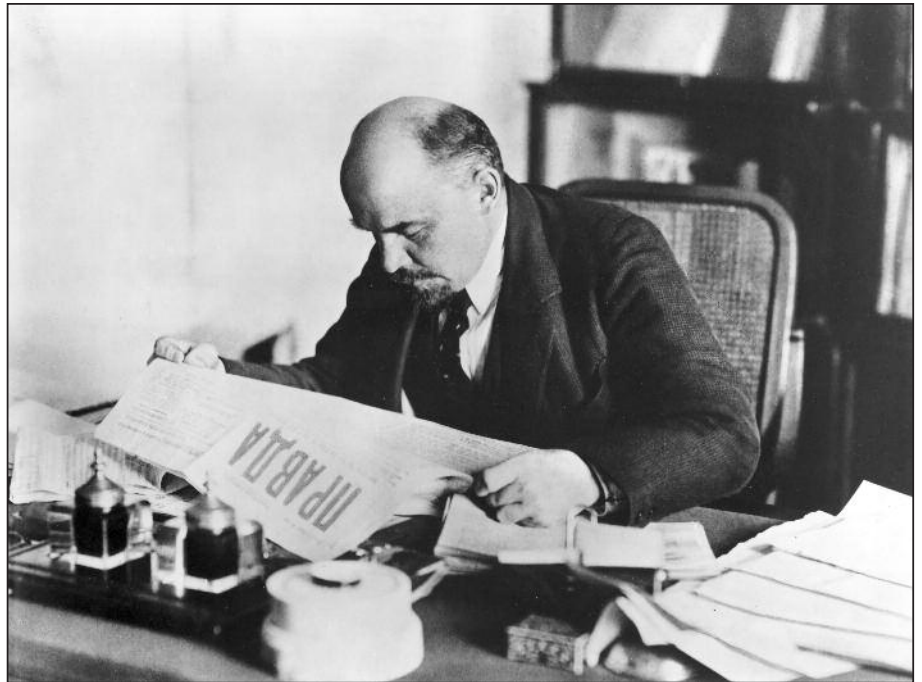
Lenin sah den bürgerlichen Staat ausschließlich als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie, und ihm waren deshalb auch die bürgerlichen Freiheitsrechte kaum etwas anderes als *spezifische Herrschaftsmittel* der Bourgeoisie; anders ge-

sagt: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv *nicht* versöhnt werden können. Und umgekehrt: Das Bestehen des Staates beweist, dass die Klassengegensätze unversöhnlich sind.“ (LW, Bs. 25, S. 165)

### Lenin in der Revolution

Für Lenin ist die Grundfrage jeder Revolution die Frage nach der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage könne von keiner wie immer gearteten bewussten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen. Lenins Schrift aus dem Jahr 1917 „Staat und Revolution“ ist der Versuch einer derartigen Klärung. Das Buch – dessen Endabfassung von der Revolution verhindert wurde – wurde geschrieben, als Lenin seiner revolutionären Sache, ihrer wirklichen geschichtlichen Chance alles andere als sicher sein konnte, und es ist bezeichnend, dass er darin keine taktischen Ratschläge gibt, sondern eine begriffliche, also sowohl analytische wie programmatische Maschine zur Verfügung stellt. Lenin hat damals die Staatsfrage als Tagesfrage des kämpfenden Proletariats erkannt und dargestellt. Darin liegt die politische Bedeutung von „Staat und Revolution“ – und keine revolutionäre Bewegung kann sich mehr an der „Staatsfrage“ vorbeiswindeln. „Staat und Revolution“ ist Lenins „most powerful theoretical text“, wie der britische Historiker Tariq Ali schrieb; und es ist nach wie vor beste Zusammenfassung des klassisch marxistischen Denkens über die strukturelle Seite der Machtfrage.

Aus heutiger Sicht stellt diese erstmals 1918 publizierte Schrift das Scharnierstück dar zwischen dem bis 1917 geführten Kampf gegen die Bourgeoisie als herrschende Klasse und dem ab 1917 geführten Kampf gegen die Bourgeoisie als beherrschte Klasse. Die herausragende Bedeutung von „Staat und Revolution“ liegt nicht in der damals von Lenin intendierten Rekonstruktion der marxistischen Lehre vom Staat (wiewohl gerade dies Lenin wichtig ist), sondern darin, dass hier tatsächlich völlig Neues auf dem Gebiet der Staatstheorie in Verbindung mit der Staatspraxis aus der Taufe gehoben wurde. Lenin selbst sagte spät in seinem Leben: „Wie aber, wenn die völlige Ausweglosigkeit der Lage, wodurch die Kräfte der Arbeiter und Bauern



verzehnfacht wurden, uns die Möglichkeit eines anderen Übergangs eröffnete, um die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen, als in allen anderen westeuropäischen Staaten?“ (LW, Bd. 33, S. 464) Wenn wir heute „Staat und Revolution“ lesen, dann sollten wir das Buch danach befragen, in welcher Weise und in welchem Umfang Lenin damit für den Austritt aus kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen „die Möglichkeit eines anderen Übergangs eröffnet“.

Worin besteht das Neue? Zunächst einmal besteht es darin, das Alte auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen; es besteht in der völligen Ablehnung all dessen, was dem liberalen Verfassungsstaat auch nach heutiger Vorstellung teuer und wertvoll ist. Das wirklich Revolutionäre an Lenins „Staat und Revolution“ liegt darin, dass hier zunächst einmal die liberale Trennung von Trägerschaft und Ausübung der Staatsgewalt ablehnt wird; weiters darin, dass hier die Befugnisse von Regierungsfunktionären an imperative Mandate gebunden werden; dass Lenin den Freistaat ebenso ablehnt wie das Ständewesen, die Monarchie, die parlamentarische und die Präsidialrepublik, den Absolutismus und den Konstitutionalismus, die Militärdiktatur, das Territorialwahlrecht und das Verhältniswahlrecht; dass alle liberalen Wege der Gesetzgebung abgelehnt werden, dass überhaupt alles abgelehnt wird, was als Signum des liberalen Verfassungsstaates heilig scheint: Keine Regelung von Eingaben und Annahmen vorgesezlicher Anträge und Entschließungen, kein Interpellationsrecht, keine liberale Kon-

trolle des Heeres, der Polizei und der Nachrichtendienste, keine liberale Bildung und Ausbildung, kein liberales Gesundheitswesen, schon gar keine liberalen politischen Rahmenbedingungen für den Medienbetrieb; all das soll es nicht mehr geben, denn das alles ist aus dem Kapitalismus hervorgegangen und müsse deshalb abgeschafft werden, wenn man ihn loswerden will. Und Lenin setzt, gewissermaßen als Krönung des Ganzen, noch eins drauf: Die Herrschaft des Proletariats in und mit ihrem Staat werde in keinem Falle davor halt machen, diesen Staat mit Gewalt und notfalls auch mit Terror gegen seine Feinde zu verteidigen und auszubauen. Der alte, überkommene Staatsschrott müsse beseitigt werden – der Staat müsse *zerschlagen* werden, er müsse ersetzt werden durch die Sowjets als politische Maschinerie, vermittels derer die Diktatur des Proletariats am besten realisiert werden könne. „Alle früheren Revolutionen“, schrieb Lenin noch vor der Oktoberrevolution, „haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muss sie aber zerschlagen, zerbrechen. Diese Folgerung ist das Hauptsächliche, das Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat“ (LW, Bd. 25, S. 418).

Der für unseren Zusammenhang belangvolle Witz besteht darin, dass Lenin absolut sicher gehen wollte, dass keinerlei Respekt für formale Legalität oder auch nur gegenüber einer verfassungsmäßigen Mehrheit die Bolschiwiki davon abhalten sollte, die sich bietenden Möglichkeiten zu ergreifen, um die notwendigen revolutionären Änderungen durchzusetzen. Lenin war überzeugt



davon (richtigerweise, wie sich im Oktober/November 1917 zeigt), dass die Politik seiner Partei die Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren vermag; und selbst wenn dem nicht so gewesen wäre, könnte Lenin argumentieren, dass die Unterdrückung durch das bestehende Regime, das Monopol der herrschenden Klasse auf Bildung und Propaganda vor 1917, die Jahrhunderte lang währende Tradition von Unterdrückung und Gehorsam in einem weitgehend illiteralen Russland den radikalen Versuch rechtfertigen. Die entschlossene Diktatur ist gegen Trägheit, gegen Klassenmacht und gegen die Üblichkeiten gerichtet. Das Proletariat, so sagt Lenin sinngemäß, muss zuerst die Bourgeoisie stürzen und die Staatsmacht erobern, und es muss dann die Staatsmacht – die Diktatur des Proletariats – als das Instrument seiner Klasse gebrauchen, um in revolutionärer Weise durch die Befriedigung ihrer ökonomischen Bedürfnisse auf Kosten der Ausbeuter die Anerkennung durch die Mehrheit zu gewinnen; diese Mehrheit benötigt die unmittelbare praktische Erfahrung, um sie in die Lage zu versetzen, zwischen der Führung durch die Bourgeoisie und der Führung durch das Proletariat unterscheiden zu können; es geht darum, den Menschen „an Hand langer Erfahrungen und einer langen Reihe praktischer Beispiele zu zeigen, dass es für sie vorteilhafter ist, für die Diktatur des Proletariats zu sein als für die Diktatur der Bourgeoisie, und dass es ein Drittes nicht geben kann“ (LW, Bd. 25, S. 425). All jene, die über die Oktoberrevolution behaupten, sie sei nichts anderes als ein Putsch gewesen, haben wenig Verständnis für das, was eine Revolution ist: Nach Marx und Lenin ist es ein gigantisches *Erwachen* der Millionen Ausgebeuteten, die plötzlich die Zuversicht in ihre eigene Fähigkeiten gewinnen, sich selbst zu befreien. Lenin benennt ganz klar die durch den praktischen Kampf der Arbeiter und die daraus gewonnenen und in der Theorie verarbeiteten Erfahrungen der Massen als die entscheidende Voraussetzung für dieses revolutionäre Erwachen. Sodann aber gelte es, den revolutionären Prozess wach zu halten.

Jedenfalls verlangten die Besonderheiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus für lange Zeit bei der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft die Erhaltung, ja Ausweitung der Staatsfunktionen. Dabei bedeutete das Wort „Diktatur“ in der Formel „Diktatur des Proletariats“ keinen höheren Gradan-

Herrschaftsfunktion, als sie jedem Staat zukommt, eben weil er *Staat* ist.

Freilich: Erinnern wir uns daran, dass es bei Lenin alsbald hieß, man müsse sich vom sozialistischen Rechtsbewusstsein leiten lassen (LW, Bd. 29, S. 115), dass derjenige ein schlechter Revolutionär sei, „der im Augenblick des heftigen Kampfes vor der Unantastbarkeit des Gesetzes haltmacht“ (LW, Bd. 27, S. 517), dass das Gesetz nichts anderes als eine politische Maßnahme, eben Politik sei (LW, Bd. 23, S. 40), und dass schließlich das Gesetz nur „ein Willensausdruck der Klassen (ist), die gesiegt haben und die Staatsmacht in Händen halten“ (LW, Bd. 13, S. 327). Das Recht verliert damit seinen essentiellen Charakter sowohl der Gesetzlichkeit (es wird zur vom Rechtsbewusstsein geleiteten Willkürakt) und als seiner wesentlichen Bestimmung, nicht nur Instrument der Machtausübung, sondern auch Maß für die Machtausübung zu sein. Lenin betont lediglich die Funktionaleigenschaft des Rechts (seinen instrumentellen Wert bei der Herrschaftsausübung), und damit verliert das Recht seinen maßstabgebenden Charakter – es wird auf ein Vehikel der Machtdurchsetzung reduziert.

### Der nachrevolutionäre Lenin

Wie aber stellte sich für Lenin die Situation nach der Oktoberrevolution dar, in einer Situation, die er im April 1920 mit der Formel kennzeichnete: „Der Kapitalismus ist zerschlagen, aber der Sozialismus ist noch nicht aufgebaut. Wir werden noch lange Jahre an seinem Aufbau arbeiten müssen“ (LW, Bd. 26, S. 507). Welche Schlüsse zog Lenin aus der Beobachtung, dass die Partei schon zu diesem Zeitpunkt drohte, in „eine sehr gefährliche Situation (zu) geraten, nämlich überheblich zu werden“? Was wurde aus dem zu seinem 50. Geburtstag an die anwesenden Parteivertretern gerichteten Wunsch, „dass wir unsere Partei auf keinen Fall in die Lage einer überheblichen Partei bringen werden“ (LW, Bd. 26, S. 522)? Welche Auswirkungen hatte Lenins Wissen, dass das Proletariat in Russland zahlenmäßig „jetzt nicht sehr stark ist“ (LW, Bd. 26, S. 507)?

Im Jänner 1918 wurde die Konstituierende Versammlung aufgelöst. Diese war zur letzten Bastion des Kapitals in Russland geworden, und sie stand von Anfang an im Widerspruch zu den Sowjets, zum II. Sowjetkongress, der nach dem bewaffneten Aufstand am 25. Oktober 1917 die Macht in die Hände genommen hatte. Die Konstituierende

Versammlung war die letzte Hoffnung der Konterrevolution; sie hatte sich – die Bolschiwiken waren nur mit etwa 25 Prozent der Mandate vertreten – geweigert, die Sowjetmacht anzuerkennen. Wir können heute reichlich darüber spekulieren, welchen Entwicklungsweg Russland genommen hätte, wenn die Konstituierende Versammlung nicht aufgelöst worden wäre – aber es ist wohl nicht unrealistisch anzunehmen, dass die Arbeiterklasse damit jede Macht verloren hätte, ihr Schicksal selbst in die Hände zu nehmen.

Wir gehen nicht näher ein auf die von Lenin verfasste „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ (LW, Bd. 26, S. 422–426), auf das „Dekret über den Frieden“ (LW, Bd. 26, S. 239–243) oder das „Dekret über den Grund und Boden“ (LW, Bd. 26, S. 249–251). Sie bilden ihrem Inhalt nach die erste Verfassung der Sowjetunion. An dieser Stelle ist wichtig zu betonen, dass sich das Verständnis Lenins zu den Freiheitsrechten nun völlig an den Notwendigkeiten der Herrschaft über die Bourgeoisie orientierte: „Wir haben offen erklärt“, schrieb er in der ersten Hälfte des Jahres 1919, „dass wir in der Übergangszeit, in einer Zeit erbitterten Ringens, nicht nur keine Freiheiten nach rechts und links versprechen, sondern von vornherein sagen, dass wir den Bürgern, die der sozialistischen Revolution im Wege stehen, ihre Rechte entziehen werden. Und wer wird darüber richten? – Richten wird das Proletariat“ (LW, Bd. 29, S. 287f.). Gut ein Jahr später musste Lenin aber feststellen: „Der Bürokratismus ist in unserer Staatsordnung so sehr zum wunden Punkt geworden, dass in unsrem Parteiprogramm von ihm die Rede ist, und zwar deshalb, weil er mit diesem kleinbürgerlichen Element und seiner Zersplitterung zusammenhängt. Zu überwinden sind diese Krankheiten nur durch den Zusammenschluss der Werktätigen, damit sie es verstehen, nicht nur die Dekrete der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion zu begrüßen [...], sondern damit sie es auch verstehen, durch die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion ihr Recht zu verwirklichen, was augenblicklich nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten und sogar in den Hauptstädten nicht der Fall ist! Häufig versteht man es selbst dort nicht, sein Recht durchzusetzen, wo am meisten gegen den Bürokratismus gewettert wird“ (LW, Bd. 32, S. 190f.). Darin drückt sich die große Hypothek der Kommunisten in der jungen Sowjet-

union aus: Es fehlte am staatlich-institutionellen Unterbau, um nach Weltkrieg und Bürgerkrieg umzusetzen, was dekretiert wurde. „Wir sind in organisatorischer Hinsicht schwach“, sagte er im April 1920 auf dem Gesamttrussischen Gewerkschaftskongress, „schwächer als alle fortgeschrittenen Völker“ (LW, Bd. 30, S. 501). Lenin ist dies bewusst, er hatte sich darum aber zuvor nicht gekümmert. Er postulierte situativ den Ausweg über die forcierte Bildung der Arbeiterklasse und deren Beteiligung. In der Praxis geschah aber genau das Gegenteil. Das hatte unter anderem zur Folge, dass der instrumentelle Charakter des Rechts eine immer stärkere Betonung erfuhr. Wenn Lenin anlässlich der ersten Verfassung vom 10. Juli 1918 feststellte, dass „alle Proletarier erkannt und in der Verfassung, in den Grundgesetzen der Republik niedergeschrieben (haben), dass es sich um die Diktatur des Proletariats handelt“ (LW, Bd. 32, S. 280), dann stimmt das nur insofern, als diese „erste Verfassung [...] die Macht der Werktätigen als Staatsmacht proklamiert“ (LW, Bd. 27, S. 556), aber eben nur „proklamiert“ – gesichert war sie damit noch nicht. Und dieser mangelnden Absicherung proletarischer Herrschaft versuchte die Partei immer öfter und nachdrücklicher durch militärisch-polizeiliche Gewalt Herr zu werden.

Lenin hat keinen Zweifel daran gelassen, dass die Herrschaft der Arbeiterklasse am Beginn der Sowjetunion (auch) mit Gewalt zu sichern sei. Weil ihm aber das Recht nur in seiner Funktionalität als Herrschaftsmittel und nicht auch als ein verbindliches Maß der Herrschaftsausübung vor Augen stand, konnte er fast schon am Ende seines Lebens sagen: „Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen [...], sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung [des zu erlas-

senden Strafgesetzbuches] muss so weitgefasst wie möglich sein, denn nur das revolutionäre Rechtsbewusstsein und das revolutionäre Gewissen legen die Bedin-



gungen fest für die mehr oder minder breite Anwendung in der Praxis“ (LW, Bd. 33, S. 344). Das ist nichts anderes als die Einladung zum jeweils situativ für unerlässlich empfundenen Gerichtsteror. Kein Marxist-Leninist sollte sich darüber hinwegschwindeln, dass mit diesen Worten die konzeptionellen Bedingungen für die Möglichkeit der nachfolgenden Verbrechen im Namen der Arbeiterklasse gelegt wurden. Vergessen werden sollte aber auch nicht, dass Lenin fast schon am Ende seines Lebens in seinem *Prawda*-Artikel vom 4. März 1923 unter dem Titel „Lieber weniger, aber besser!“ aufstöhnte: „Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um

nicht zu sagen abscheulich, dass wir uns zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen, eingedenk dessen, dass diese Mängel ihre Wurzel in der Vergangenheit haben, die zwar über den Haufen geworfen, aber noch nicht überwunden, noch nicht in das Stadium einer in ferner Vergangenheit entrückten Kultur eingetreten ist [...] Bei uns [...] ist das Gute an der sozialen Ordnung äußerst schlecht durchdacht, nicht verstanden, nicht innerlich empfunden, ist hastig aufgegriffen, nicht nachgeprüft, nicht erprobt, nicht durch Erfahrung bestätigt, nicht verankert usw.“ (LW, Bd. 33, S. 474)

Und Lenin stellte dieser Passage eine Bemerkung voran, die mancher und manchem heute seltsam anmuten dürfte: „Für den Anfang sollte uns eine wirkliche bürgerliche Kultur genügen, für den Anfang sollte es uns genügen, wenn wir ohne die besonders ausgeprägten Typen vorbürgerlicher Kultur auskommen [...] In Kulturfragen gibt es nichts Schädlicheres als Übereile und Leichtfertigkeit. Das sollten sich viele unserer jungen Publizisten und Kommunisten gut hinter die Ohren schreiben“ (ebd.). Freilich hat Lenin selbst seinen Anteil daran, dass die „Rechts- und Staatsfrage“ nachfolgend

in der Sowjetunion nie als eine „Kulturfrage“ gesehen werden konnte – und der nachfolgende Terror war deshalb nicht nur zeitbedingten Umständen geschuldet (das war er gewiss auch!), sondern er wurde von Lenins defizitärer Staats- und Rechtstheorie mitverursacht.

#### Anmerkung:

1/ Vgl. W. I. Lenin: Der Marxismus über den Staat. Staat und Revolution. Kritische Neuausgabe mit Essays von Hermann Klenner und Wolfgang Küttler, hg. und kommentiert von Wladislaw Hedeler, Volker Külöw und Manfred Neuhäus. Berlin: Verlag 8. Mai 2019. Im Text wird Lenin nach der 40-bändigen Werkausgabe (Berlin: Dietz-Verlag 1959ff.) zitiert.

# „Volkstribun mit Schmä“

Zum 100. Geburtstag des Spanienkämpfers Fritz Weissenbeck (1920–1949)

MANFRED MUGRAUER

Es ist ein bekanntes Phänomen, dass Menschen, die in jungen Jahren aufgrund eines Unfalls aus dem Leben gerissen wurden, in der Erinnerung der nachfolgenden Generationen mit einem besonderen Nimbus präsent bleiben. Als erster wird einem James Dean in den Sinn kommen, der 24-jährig bei einem Autounfall verunglückte, oder Juri Gagarin, der „James Dean der Raumfahrt“, der im Alter von 34 Jahren bei einem Flugzeugabsturz verunglückte. Ihr früher Tod verewigte das Bild beider Männer als junge, dynamische Helden. Sie wurden zu Kultfiguren und zu einem Mythos. Obwohl seit mehr als 70 Jahren tot, ist auch Fritz Weissenbeck, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte, in den Reihen der KPÖ bis heute ein Begriff. Der Spanienkämpfer, KZ-Häftling und Wiener Stadtleiter der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) Weissenbeck starb im Oktober 1949, im Alter von 29 Jahren, bei einem Motoradunfall in Wien.

Friedrich („Fritz“) Weissenbeck wurde am 1. Juli 1920 in Lannach (Bezirk Deutschlandsberg) in der Steiermark geboren. Als Sohn einer ArbeiterInnenfamilie kam er im Alter von vier Jahren nach Wien, wo er in der Wasagasse im 9. Bezirk (Alsergrund) aufwuchs.<sup>1</sup> Sein Vater Alois arbeitete als Hafner und war ein erfahrener Arbeiterfunktionär, der auch als Betriebsrat aktiv war, seine Mutter Barbara war Hilfsarbeiterin.<sup>2</sup> Nach vier Jahren Volksschule und vier Jahren Mittelschule absolvierte er eine zweijährige Textilfachschule, in der er zum Weber ausgebildet wurde. 1932, im Alter von zwölf Jahren, kam er zu den *Roten Falken*, der sozialdemokratischen Kinderorganisation für 12- bis 15-Jährige, deren Alsergrunder Bezirksgruppe er angehörte. Nach dem Februar 1934 und dem Verbot der sozialdemokratischen ArbeiterInnenorganisationen wechselte er gemeinsam mit seiner Falken-Gruppe zum illegalen Kommunistischen Jugendverband (KJV) über, wo er im 9. Bezirk eine Zelle bildete. 1935, im Alter von 15 Jahren, wurde Weissenbeck wegen Streuens illegaler Flugzettel verhaftet und in Reaktion darauf aus der Textilfachschule ausgeschlossen. Nach zwei Wochen Polizeihaft wurde er wieder

freigelassen. Im Zuge einer allgemeinen Amnestie konnte er 1936 die Schule beenden.<sup>3</sup>

## Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg

Im Februar 1938 ging Fritz Weissenbeck nach Spanien, um auf Seiten der Republik gegen den Franco-Faschismus zu kämpfen. Damit war er – nach dem 1921 geborenen Hans Landauer – der zweitjüngste Österreicher in den Reihen der Internationalen Brigaden. Aus KPÖ-internen Materialien der Jahre nach 1945 geht zwar hervor, dass Weissenbeck mit Einverständnis des KJV bzw. der KPÖ nach Spanien aufbrach,<sup>4</sup> es erscheint aber nicht ausgeschlossen, dass sich der damals 17-Jährige auf eigene Faust nach Spanien aufmachte und sein Geburtsdatum fälschte, um sich auf diesem Wege in die Interbrigaden zu „schwindeln“, wie in einem späteren Beitrag im Zentralorgan der Partei zu lesen war.<sup>5</sup> Grundsätzlich galt für Spanienfreiwillige ein Mindestalter von 21 Jahren, um von Paris aus nach Spanien weitergeleitet zu werden, jüngere Männer wurden zurückgeschickt.<sup>6</sup> Über Weissenbecks militärische Ausbildung und seine Einsätze in Spanien ist wenig bekannt. Ab März 1938 war er Angehöriger des 1. Bataillons („Edgar André“) der 11. Internationalen Brigade.<sup>7</sup> Bei einem Feuergefecht im Rahmen der Ebro-Offensive wurde Weissenbeck verwundet.<sup>8</sup> 1938 wurde der Jungkommunist in die spanische kommunistische Partei aufgenommen.<sup>9</sup>

Nach der Niederlage der Spanischen Republik im Februar 1939 strömten Hunderttausende Menschen nach Frankreich, darunter auch die verbliebenen Angehörigen der Internationalen Brigaden. Bis Oktober 1940 war Fritz Weissenbeck – wie die meisten anderen österreichischen Spanienkämpfer auch – in französischen Lagern interniert, zunächst in Saint-Cyprien, dann in Gurs und zuletzt in Argelès-sur-Mer. Im Lager Gurs wurde Weissenbeck, der seit 1934 dem KJV angehörte, in die KPÖ überstellt. Weissenbeck war auch in die Organisation der von österreichischen Spanienkämpfern ins Leben gerufenen „Volks-hochschule“ Gurs eingebunden, wo u.a. Sprachkurse abgehalten und Gegenstän-

de wie Naturgeschichte und Geographie unterrichtet wurden. Eine der hervorstechendsten Eigenschaften Weissenbecks war seine Musikalität und seine Leidenschaft für die Gitarre. In Gurs leitete er eine Musikgruppe, der weitere Gitarristen, ein Geiger und ein Saxophonist angehörten.<sup>10</sup> Selbst in späteren Briefen aus den Konzentrationslagern bat er seine Familie um die Übermittlung von Noten, Notenpapier und Saiten.<sup>11</sup> Der Spanienkämpfer Hans Körner, der ebenso in Gurs interniert war, berichtet, dass Weissenbeck „trotz seiner Jugend ein hervorragender Schachspieler, aber ein noch besserer Kamerad“ gewesen sei.<sup>12</sup>

1940 gab die KPÖ-Leitung die Parole „Gesicht zur Heimat“ aus, mit der die österreichischen Spanienfreiwilligen in den französischen Lagern aufgefordert wurden, nach Österreich zurückzukehren.<sup>13</sup> Die meisten von ihnen meldeten sich daraufhin freiwillig zur Repatriierung. Weissenbeck flüchtete aus dem Lager in den von den Deutschen besetzten Teil Frankreichs, wo er sich am 5. November 1940 in Bordeaux den deutschen Militärbehörden stellte und festgenommen wurde. Dass die Orientierung der KPÖ, nicht-jüdische „unbelastete“ AntifaschistInnen zur politischen Arbeit in die Heimat zurückschicken zu können, illusorisch war, zeigte sich darin, dass sich die österreichischen Spanienkämpfer nach der Repatriierung durchwegs im Konzentrationslager Dachau wiederfanden.

Weissenbeck wurde am 14. November 1940 zunächst von Bordeaux nach Saarbrücken und am 10. Dezember 1940 der Wiener Gestapo überstellt,<sup>14</sup> wo er zwei Tage später erkennungsdienstlich erfasst wurde.<sup>15</sup> Während andere Spanienkämpfer direkt von Frankreich nach Dachau eingeliefert wurden, ohne dass gegen sie Anklage erhoben worden wäre, wurde gegen Weissenbeck ein Verfahren angestrengt und am 8. Jänner 1941 die Untersuchungshaft verhängt. In Hinblick „auf seinen bewaffneten Einsatz auf rotspanischer Seite“ sei er des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat verdächtig, wie in einem Bericht der Oberstaatsanwaltschaft zu lesen war.<sup>16</sup> Bereits zwei Wochen später wurde das Verfahren niedergeschlagen, weil aus Sicht des Ober-



reichsanwalts beim Volksgerichtshof kein hinreichender Verdacht für eine solche Straftat gegeben war.<sup>17</sup> Ein halbes Jahr später, am 7. August 1941, wurde Weissenbeck vom Polizeigefangenenhaus in der Roßauer Lände in das KZ Dachau überstellt und von dort am 2. Juli 1942 in das KZ Ravensbrück.<sup>18</sup> In allen Lagern, in denen Weissenbeck interniert wurde, gehörte er der illegalen Organisation der KPÖ als aktiver Mitarbeiter an.

### Kapo im KZ Ravensbrück

Das ab Dezember 1938 errichtete KZ Ravensbrück war das größte Konzentrationslager für Frauen im Deutschen Reich. Ab April 1941 gehörte zum KZ Ravensbrück auch ein kleines Männerlager, in dem insgesamt 20.000 Häftlinge registriert wurden. Gleichzeitig waren nie mehr als 2.000 Männer in diesem Lager. Die Mehrzahl von ihnen waren Deutsche und Österreicher.<sup>19</sup> Bernhard Strebel nennt in seiner Studie über das KZ Ravensbrück insgesamt sieben Spanienkämpfer, die in Ravensbrück interniert wurden: neben Weissenbeck noch ein Niederländer, ein Italiener und vier Deutsche.<sup>20</sup> Weissenbeck wurde auf Transport von Dachau nach Ravensbrück geschickt, um dort eine Weberei aufzubauen, die im Industriebauhof des Lagers entstehen sollte. Zu diesem Zweck waren Erdarbeiten zur Planierung des sumpfigen Geländes notwendig. Nach Abschluss dieser Arbeiten wurde Weissenbeck Kapo des Kommandos Weberei und nutzte seine Stellung als Funktionshäftling, um linksgerichtete und kommunistische Polen in dieses Kommando aufzunehmen.<sup>21</sup> Als Vertreter Österreichs gehörte Weissenbeck dem illegalen antifaschistischen Lagerkomitee an.<sup>22</sup>

Ähnlich dem kommunistischen Jugendfunktionär Ernst Burger, der am 30. Dezember 1944 im KZ Auschwitz gehenkt wurde und dessen menschliche Qualitäten in der Erinnerungsliteratur übereinstimmend hervorgehoben werden,<sup>23</sup> sind in den überlieferten Quellen die Charaktereigenschaften und die persönliche Integrität von Fritz Weissenbeck ein durchgängiges Motiv, ohne dass von einer Überhöhung oder Idealisierung im Nachhinein auszugehen ist. In den sechs Jahren in französischen Lagern und nationalsozialistischen Konzentrationslagern sei Weissenbeck stets „ein vorbildliches Beispiel der Solidarität und Tapferkeit“ gewesen, war etwa im Nachruf der *Volksstimme* zu lesen.<sup>24</sup> Er sei in den Lagern „pausenlos kämpfend, arbeitend, helfend“ gewesen, „ernst, zuverlässig



„Lagerkapelle“ im französischen Internierungslager Gurs, hinten v.l.: Karl Galbawy, Fritz Zahradka, Herbert Lenhart, Fritz Weissenbeck, Eduard Buchgraber, sitzend v.l.: Max Kurnik, Erich Hubmann, Josef Hubmann

und kühn bei der Durchführung gefährlichster Aufträge“ und von „urwüchsiger unbesiegbare-heitlicher Zuversicht“.<sup>25</sup> Hermine Jursa, die von Mai 1942 bis zur Befreiung 1945 im KZ Ravensbrück interniert war, erinnert sich daran, dass mit Hilfe von Fritz Weissenbeck Krücken für die gehunfähige Mathilde Apfelbaum angefertigt wurden.<sup>26</sup> In seinem Kommando Weberei „wurde niemand geschlagen und es herrschte eine vertraute Atmosphäre“, wie aus einem Bericht von Włodzimierz Kuliński, der als Jugendlicher in Ravensbrück inhaftiert war, hervorgeht: „Er hat ein Beispiel geliefert, wie man die Kapofunktion für die Aktivitäten im Lagerwiderstand und für den Schutz von anderen Mitstreitern im Lagerwiderstand ausnutzen konnte.“<sup>27</sup>

Otto Stiedl, der vom Oberlandesgericht Wien wegen kommunistischen Hochverrats zu 21 Monaten Zuchthaus verurteilt worden war und nach Verbüßung der Haftstrafe zunächst in das KZ Flossenbürg und danach nach Ravensbrück deportiert wurde,<sup>28</sup> charakterisiert seinen Mithäftling als „hellen Stern [...] der Güte und Selbstlosigkeit“. Es falle ihm „unendlich schwer bei der Schilderung dieses Menschen und Kameraden nicht in einen schwärmerischen Kult zu verfallen. Er war die Sonne und das Licht schlechthin in dieser grauenhaften Finsternis der entfesselten niedrigsten Instinkte. Ein immer hilfsbereiter Mensch stets unter Hintansetzung seines eigenen Lebens“, so der um 17 Jahre ältere Elektromechaniker, der seit 1934 der KPÖ angehörte. Als Kapo der Webe-

rei nahm Weissenbeck die „Elendsten und Verzweifeltsten in sein Kommando“, wie Stiedl berichtet. Er sang Lieder für die russischen, polnischen und tschechischen Häftlinge und organisierte Lebensmittel und Medikamente.<sup>28</sup>

Am 29. April 1945, als das KZ Ravensbrück angesichts der sich nähernden Front geräumt wurde und die Häftlinge auf Todesmärsche getrieben wurden, gelang Weissenbeck gemeinsam mit 20 österreichischen, belgischen und französischen Häftlingen die Flucht. Als sie am 1. Mai auf Einheiten der Roten Armee stießen, bedeutete dies auch für die KZ-Häftlinge die Befreiung von der faschistischen Diktatur. Am 19. Mai 1945 kehrte Weissenbeck nach Wien zurück,<sup>30</sup> wo er fortan in der Reichmannsgasse in Wien-Ottakring wohnte.

### Wiener Stadtleiter der FÖJ

Fritz Weissenbeck war zwar einer der wichtigsten FÖJ-Akteure der unmittelbaren Nachkriegszeit, in die Gründungsphase der Wiener FÖJ war er aber nicht maßgeblich eingebunden. Vielmehr war er von Juli 1945 bis Jänner 1946, bis zu seiner Wahl zum Wiener FÖJ-Vorsitzenden, in der Jugendarbeit der Wiener KPÖ tätig.<sup>31</sup> In dieser Funktion war Weissenbeck sowohl Angestellter der Wiener Partei als auch Mitglied der provisorischen Stadtleitung.<sup>32</sup> Indem auch in den Unterlagen der niederösterreichischen KPÖ ein Funktionär namens „Weissenböck“ als „Referent für die Jugend- und Sportbewegung“ genannt wird und eine provisorische niederösterreichische Lan-



desleitung erst Anfang 1946 gebildet wurde,<sup>33</sup> ist nicht ausgeschlossen, dass Weissenbeck Ende 1945 auch die Jugendarbeit der Partei in Niederösterreich anleitete.

Die *Freie Österreichische Jugend* war am 16. Mai 1945 – drei Tage vor der Ankunft Weissenbecks in Wien – in einer Hauptschule im 9. Wiener Gemeindebezirk gegründet worden, als Versuch der KPÖ, alle antifaschistischen Kräfte in einer einheitlichen Jugendorganisation zu vereinen.<sup>34</sup> Am Gründungskongress wurde eine Wiener Stadtleitung gewählt, die bis Jänner 1946 die entscheidende Führungsinstantz der Organisation bleiben sollte. An der Spitze dieser Leitung standen zunächst die kommunistischen Funktionäre Heini Klein und (ab Ende Mai) Franz Danimann.<sup>35</sup> Der Versuch, eine überparteiliche Jugendorganisation aller drei Parteien aufzubauen, scheiterte jedoch. SPÖ und ÖVP bildeten letztlich mit der Sozialistischen Jugend und dem Österreichischen Jugendbund (später Österreichische Jugendbewegung) eigene Jugendorganisationen, die kaum zur Zusammenarbeit mit der FÖJ bereit waren. Trotz dieser Entwicklung verzichtete die KPÖ auch fortan auf die Bildung eines eigenen Kommunistischen Jugendverbands und hielt an der Orientierung fest, breitere Kreise der österreichischen Jugend in einer überpartei-

lichen Organisation zu erfassen. Die FÖJ galt der KPÖ als „konsequent antifaschistische, demokratische österreichische Jugendorganisation“,<sup>36</sup> die zwar eng mit der KPÖ zusammenarbeitete, aber organisatorisch selbstständig blieb. Obwohl sie es offiziell nicht war und nach ihrem Selbstverständnis allen antifaschistischen Jugendlichen offenstand, entwickelte sich die FÖJ in den folgenden Jahren de facto zur Jugendorganisation der KPÖ.

Im Jänner 1946 stieg Fritz Weissenbeck, der bisherige Jugendverantwortliche der KPÖ Wien, zum Vorsitzenden der Wiener FÖJ auf – eine Funktion, die zeitgenössisch als „Stadtleiter“ bezeichnet wurde. Die Wahl von Weissenbeck zum Wiener Stadtleiter der FÖJ war Ausdruck von zwei Entwicklungen: Zum einen gab die KPÖ ihren Anspruch auf, neben der FÖJ eine eigenständige kommunistische Jugendpolitik zu entwickeln. Das Jugendreferat im Zentralkomitee der Partei wurde Ende des Jahres 1945 aufgelassen, womit die Verantwortung für die Jugendpolitik ganz auf die FÖJ überging.<sup>37</sup> Junge KommunistInnen sollten sich auf die Arbeit in der FÖJ konzentrieren und von Aufgaben innerhalb der Partei entlastet werden.<sup>38</sup> Zum anderen kam es im Jänner 1946 zu einer umfassenden Reorganisation der FÖJ-Leitungsstrukturen, in deren Zuge FunktionärInnen, die aus dem Exil bzw. aus den Konzentrationslagern nach Österreich zurückgekehrt waren, in führende Positionen aufstiegen. War die Leitung im Mai 1945 zunächst aus FunktionärInnen gebildet worden, die aus Widerstand und Illegalität hervorgingen, wurden nun bei der ersten bundesweiten Konferenz der FÖJ auch RemigrantInnen in die Führung nominiert. Otto Brichacek („Fritz Walter“), der aus dem englischen Exil zurückgekehrt war, wurde bei der so genannten „Arbeitstagung“ der FÖJ am 12./13. Jänner 1946 zum Vorsitzenden gewählt, Fritz Weissenbeck wiederum zum Wiener Leiter und zum Mitglied des achtköpfigen Sekreta-

riats der Organisation. Der bisherige Leiter Franz Danimann, ein Überlebender des KZ Auschwitz, wurde stellvertretender Vorsitzender und schied wenige Monate später ganz aus der FÖJ-Arbeit ganz aus. Zum Bundessekretär wurde der ebenfalls im November 1945 aus Großbritannien remigrierte Herbert Steiner bestimmt, der – wie auch Brichacek – eine führende Position in der antifaschistischen Jugendorganisation *Young Austria* innegehabt hatte.<sup>39</sup>

Auf der ersten „offiziellen“ Wiener Konferenz der FÖJ am 18./19. Mai 1946 im Alten Rathaus wurde Weissenbeck einstimmig als Vorsitzender bestätigt.<sup>40</sup> Er habe in den Vormonaten bewiesen, „dass er alle Fähigkeiten besitzt, die ein Stadtleiter braucht“ und dass er „sehr schnell guten Kontakt mit den Funktionären herstellen kann“, so die Wahlvorschlagskommission.<sup>41</sup> Auf den Wiener Landeskonferenzen der FÖJ im Mai 1947 und Mai 1948 erfolgte seine Wiederwahl,<sup>42</sup> was von der gefestigten Stellung Weissenbecks als FÖJ-Funktionär zeugt. Auf dem ersten Bundeskongress der FÖJ, der von 21. bis 23. Juni 1946 in Wien zusammentrat, wurde er auch zu einem der drei stellvertretenden Vorsitzenden des Verbands gewählt (neben Walter Kellerer aus Niederösterreich und Herma Sagmeister aus Kärnten) und als Mitglied des zehnköpfigen Bundessekretariats bestätigt.<sup>43</sup> Im Juni 1948 wurde Weissenbeck am zweiten Bundeskongress der FÖJ in diesen beiden Funktionen wiedergewählt.<sup>44</sup>

Aufgrund seiner Arbeit als führender FÖJ-Funktionär war Weissenbeck auch Mitglied von Leitungsgremien der KPÖ: Im März 1946 wurde er am ersten Wiener Landesparteitag als Vertreter der Jugend in die Stadtleitung der KPÖ Wien gewählt.<sup>45</sup> Am zweiten Landesparteitag im April 1948 wurde er in dieser Funktion bestätigt,<sup>46</sup> womit Weissenbeck als Verantwortlicher für die Jugendpolitik der Partei in Wien fungierte.<sup>47</sup> In diesem Jahr wurde er auch als Kandidat in das Zentralkomitee und damit in das höchste Führungsgremium der KPÖ gewählt. Insgesamt gehörten dem am 14. Parteitag im Herbst 1948 gewählten Zentralkomitee 58 Mitglieder und 16 KandidatInnen an, darunter drei Exponenten der Jugend: Otto Brichacek (Vorsitzender) als Mitglied sowie Herbert Steiner (Bundessekretär) und Fritz Weissenbeck (Wiener Stadtleiter) als Kandidaten.<sup>48</sup> 1949 war Weissenbeck Kandidat der KPÖ bzw. des „Linksblocks“ (KPÖ und Linkssozialisten) zu den Landtags-



und Gemeinderatswahlen im Wahlkreis Wien-West, die am 9. Oktober – wenige Tage nach seinem Tod – zeitgleich mit den Nationalratswahlen stattfanden.<sup>49</sup>

### „Genug vom Barras“

Die FÖJ galt in den ersten Nachkriegsjahren mit ca. 15.000 Mitgliedern als stärkste Jugendorganisation,<sup>50</sup> deren Aktivitäten sehr praktisch orientiert und öffentlich wirksam waren, etwa die Erntehilfsaktionen im Sommer und die groß angelegten Schutträumungsaktionen im Herbst 1945. Fritz Weissenbeck war in diesen Jahren in alle wesentlichen Abläufe der FÖJ und auch in deren öffentliches Erscheinungsbild prominent eingebunden. Im Mai 1946 war er Mitglied einer Delegation, die Bundeskanzler Leopold Figl drei Forderungen unterbreitete: die Schwerarbeiterkarte auch für jugendliche ArbeiterInnen, die Säuberung der Hochschulen vom nazistischen Ungeist sowie ein Mitspracherecht der Jugend bei allen sie betreffenden Gesetzen.<sup>51</sup> Im selben Monat sprach Weissenbeck im Wiener Radio zum ersten Jahrestag der Gründung der FÖJ.<sup>52</sup> Am 30. Juni 1948 war er einer der Redner, die zur vor dem Parlament versammelten Menge sprachen, während im Nationalrat das Jugendschutzgesetz diskutiert wurde. Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) ließ die Jugendlichen, die bei den Abgeordneten vorsprechen wollten, mit einem Polizeiaufgebot von 1.200 Mann abdrängen.<sup>53</sup> Die FÖJ hatte sich bereits in den Vorjahren für ein fortschrittliches, modernes Jugendschutzgesetz ausgesprochen und dafür 25.000 Unterschriften gesammelt.<sup>54</sup> Ihre Hauptforderungen, wie etwa die 40-Stundenwoche oder die 60-stündige Wochenendruhe, blieben im Gesetz jedoch unberücksichtigt.<sup>55</sup>

Auch international trat Fritz Weissenbeck als führender Repräsentant der FÖJ in Erscheinung: Im März 1946 war er anlässlich des ungarischen Staatsfeiertags (dem Tag der Proklamation der Republik im Jahr 1848) in Budapest.<sup>56</sup> Wenige Monate später, im Juli 1946, wurden Otto Brichacek und Fritz Weissenbeck vom Antifaschistischen Komitee der Sowjetjugend eingeladen, am „Tag der Körperkultur“ zur Sportparade nach Moskau zu kommen. Weissenbeck besuchte im Rahmen seines ersten und einzigen Aufenthalts in der Sowjetunion einen Textilbetrieb mit 4.000 Beschäftigten, eine Kolchose und eine Lehrwerkstätte für Metallarbeiter in der Nähe Moskaus. Weitere Stationen der mehrwöchigen Reise waren Leningrad und Stalingrad



Margit (1.v.l.) und Fritz Weissenbeck (2.v.l.) im Kreis von FÖJ-AktivistInnen.

(heute Wolgograd).<sup>57</sup> Im Sommer 1947 nahm Weissenbeck an den ersten Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Prag teil. Im Anschluss daran berichtete er bei einer öffentlichen Veranstaltung im „Haus der Jugend“ in Wien über die Erfahrungen der 600-köpfigen österreichischen Delegation beim Prager Weltjugendfestival.<sup>58</sup> Am Ende seiner Rede erklärte er, „daß die Delegierten es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehen würden, die Wahrheit über die Tschechoslowakei, wie sie sie selbst gesehen haben, weiterzuverbreiten und den ‚eisernen Vorhang‘ zu zerreißen, der zwar nicht von der CSR, wohl aber von der in- und ausländischen Reaktion bei uns aufgerichtet wird“.<sup>59</sup>

Eines der wichtigsten Politikfelder der FÖJ in der unmittelbaren Nachkriegszeit war das Eintreten gegen die Remilitarisierung Österreichs. Vor dem Hintergrund der Staatsvertragsverhandlungen im Jahr 1947 kamen bei einer Diskussion in den Spalten der FÖJ-Zeitschrift *Jugend voran* noch verschiedene Stimmen zu Wort. Während die ablehnenden Haltungen gegenüber der Wiederaufstellung eines Bundesheers deutlich in der Mehrheit waren, sprach sich Weissenbeck für eine demokratische Armee aus, um die Unabhängigkeit des Landes zu sichern: „Wir haben im Land genügend Spanienkämpfer, Partisanen, Freiheitskämpfer, die in alliierten Armeen mitgekämpft hatten, und anständige Antifaschisten mit genügend Fähigkeiten, die uns eine Gewähr sind, daß unsere Armee nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volk sein wird“, so die Argumentation des Wiener FÖJ-Obmanns.<sup>60</sup> Auch der FÖJ-Vorsitzende Otto Brichacek

sprach sich für „eine demokratische, antifaschistische Volksarmee“ aus.<sup>61</sup> Als ÖVP und SPÖ die Verhandlungen über ein künftiges Wehrgesetz begannen, legte sich die KPÖ jedoch 1948 darauf fest, die Aufstellung einer neuen Wehrmacht grundsätzlich abzulehnen. Ausschlaggebend dafür waren sowohl antimilitaristische, friedenspolitische Argumente als auch „pragmatische“ Überlegungen, etwa dahingehend, dass ein österreichisches Bundesheer in der damaligen Situation von reaktionären Offizieren beherrscht worden wäre und in einer Zeit wirtschaftlicher Not keine Steuergelder für die Bewaffnung einer Armee verschwendet werden sollten.<sup>62</sup>

Die FÖJ startete in diesem Jahr eine Kampagne gegen die Pläne der Regierung Figl-Schärf, als Verbündeter der Westmächte die Wiederbewaffnung Österreichs in die Wege zu leiten. „Es ist selbstverständlich, daß die österreichische Jugend kein Interesse hat, neuerlich für Kriegsabenteurer und Kriegsverdienen ihren Kopf hinzuhalten. Ein Bundesheer würde aber gerade dies bedeuten. Darum sind die Kommunisten gegen die Aufstellung einer Armee“, argumentierte Weissenbeck nunmehr in einer monatlich erscheinenden Zeitschrift der KPÖ für die junge Generation: „Ein Bundesheer in Österreich würde nichts anderes als ein Machtinstrument in den Händen der Kapitalisten sein, um ihre Politik der Ausbeutung und Unterdrückung mit Gewalt durchsetzen zu können.“<sup>63</sup> Als im August 1948 US-amerikanische Generale nach Wien reisten, um mit der Bundesregierung über eine österreichische Armee zu beraten, organisierte die FÖJ eine Demonstration über die Ring-



**Margit und Fritz Weissenbeck**

straße zum Hotel Bristol, wo in Sprechchören gegen die drohende Einbeziehung Österreichs in den Atlantikpakt protestiert wurde. Die DemonstrantInnen wurden von der Polizei zum Künstlerhauskino abgedrängt, wo Weissenbeck eine kurze Ansprache hielt.<sup>64</sup> Die ablehnende Haltung der FÖJ gegenüber der Wiederaufrüstung Österreichs unterstrich Weissenbeck am 25. März 1949 in einem Radiovortrag: „Wir wissen uns eins“, so schloss er seine Ansprache, „mit der Jugend der ganzen Welt im Kampf gegen die Kriegsbrandstifter und für den Frieden. Genug vom Barras, wir wollen den Frieden!“<sup>65</sup>

In den folgenden Jahren begann in Absprache mit den USA die geheime Wiederbewaffnung Österreichs.<sup>66</sup> Auch nach Abschluss des Staatsvertrags sprach sich die KPÖ weiter gegen ein Bundesheer aus. Auf der einen Seite wurde eine Volksabstimmung über die Aufstellung einer Armee gefordert, gleichzeitig wurde „ein stehendes Heer sowohl als Söldnerarmee, als auch auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht“ abgelehnt. Zur Verteidigung von Unabhängigkeit und Neutralität schien der KPÖ allenfalls eine demokratische Miliz mit einer maximalen Dienstzeit von vier Monaten geeignet.<sup>67</sup>

### Tödlicher Verkehrsunfall

Am 1. Oktober 1949, in der Schlussphase des Wahlkampfes, verunglückte Fritz Weissenbeck tödlich bei einem Verkehrsunfall. Der begeisterte Motorradfahrer war mit Eduard Luner am Soziussitz zu einem Vorbereitungstreffen für eine Kundgebung am Weltfriedenstag unterwegs und übersah in der Tivoligasse (Ecke Ruckergasse) in

Wien-Meidling einen PKW, der Vorrang hatte. Weissenbeck erlitt einen Schädelbasisbruch und verstarb noch am Transport ins Krankenhaus. Sein Mitfahrer kam mit leichten Verletzungen davon.<sup>68</sup> Am 8. Oktober 1949 wurde der Sarg zunächst im „Haus der Jugend“ der FÖJ in der Prinz-Eugen-Straße 12 (heute Haus des Sports) aufbewahrt, wo sich FÖJ-Mitglieder von Fritz Weissenbeck verabschieden konnten. Paul Frischauer, der interimistische neue Stadtleiter der FÖJ (zum Nachfolger Weissenbecks wurde kurz darauf Hans Brenning gewählt<sup>69</sup>), hielt eine Gedenkrede. Von dort fand ein großer Trauerzug zum Schwarzenbergplatz (damals Stalinplatz) statt, an dessen Spitze 200 FahnenträgerInnen, voran die Fahnen der Internationalen Brigaden, standen. Nach der Überführung ins Krematorium folgten zu Mittag die Trauerfeier am Zentralfriedhof und die Einäscherung. Laut Bericht der *Volksstimme* wurde Weissenbeck von Tausenden seiner FreundInnen und GenossInnen, darunter zahlreiche ehemalige KZ-Häftlinge und Spanienfreiwillige, zur letzten Ruhestätte geleitet. Vor der Feuerhalle hielten Friedl Fürnberg, der Generalsekretär der KPÖ, und Otto Brichacek, der Vorsitzende der FÖJ, Trauerreden. Am Ende der Trauerfeier sang der Wiener FÖJ-Chor „Unsterbliche Opfer“,<sup>70</sup> eines der bekanntesten Lieder der ArbeiterInnenbewegung, das an die Opfer der russischen Revolution des Jahres 1905 erinnert.

Als das Zentralkomitee der KPÖ im Rahmen seiner vierten Plenartagung am 11. November 1949 zu einer kleinen Feier für Johann Kopenig zusammen kam, der zum damaligen Zeitpunkt seit 25 Jahren an der Spitze der Partei stand, wurde eine Trauerminute für den verstorbenen Fritz Weissenbeck abgehalten.<sup>71</sup> Es ist gewiss nicht spekulativ zu behaupten, dass Fritz Weissenbeck als Wiener Stadtleiter der FÖJ, Mitglied der Wiener Stadtleitung der KPÖ und Kandidat des Zentralkomitees der Partei auch in den folgenden Jahren eine nicht unbedeutende Rolle in der KPÖ-Führung gespielt hätte. Er wäre „der geborene Parteiführer gewesen“, schätzt etwa der Schriftsteller Ernst Hinterberger ein, der in diesen Jahren ebenso wie seine Frau Grete in der FÖJ aktiv war. Weissenbeck hatte „das Zeug zum echten Volkstribunen in sich, er redete nicht nur um des Redens und der Rhetorik willen, sondern aus vollem Herzen, hatte den für den Umgang mit Massen unumgänglichen Schmach drauf, war immer gut gelaunt

und hätte der österreichischen Kommunistischen Partei sicher einen besseren Platz verschaffen können“.<sup>72</sup> Für Grete Hinterberger war Weissenbeck „der ideale Jugendfunktionär“, der mit allen „gut Freund“ gewesen sei und es verstanden habe, die FÖJ-Mitglieder „für den Kampf gegen den Krieg und eine bessere soziale Welt zu motivieren“.<sup>73</sup>

FÖJ-Mitgliedern ist Fritz Weissenbeck als lebensfrohe Persönlichkeit, als stets heiterer und fröhlicher Freund und Genosse in Erinnerung geblieben,<sup>74</sup> musizierend im FÖJ-Bad am Dampfschiffhafen in Kaisermühlen, als Kapitän der Volleyballmannschaft und „temperamentvoller, lebenssprühender“ Funktionär, der mit Gitarre in die Gruppen kam und dort Gesang und Leben hineinbrachte.<sup>75</sup> Am Abend des ersten Bundeskongresses der FÖJ im Juni 1946 spielte Weissenbeck mit der Gitarre Lieder der Internationalen Brigaden neben „schweremütigen Liedern aus den Konzentrationslagern und frohen und ersten österreichischen Volksweisen“.<sup>76</sup> „[...] lachend, lustig, immer gut aufgelegt, voll Leben, Feuer und Schabernack“, wurde er in diesem Jahr den LeserInnen von *Jugend voran* vorgestellt.<sup>77</sup>

In einem Nachruf wurden sein Arbeitsernst und Lerneifer, sein Humor und seine Hilfsbereitschaft, „seine Bescheidenheit und Geradheit“ hervorgehoben.<sup>78</sup> Josef Andersch, dessen Vater 1942 als kommunistischer Widerstandskämpfer hingerichtet wurde, erinnert sich etwa daran, wie er 1948 mit Unterstützung von Weissenbeck eine FÖJ-Betriebsgruppe bei Austro-Fiat in Wien-Floridsdorf aufbaute.<sup>79</sup> Herbert Steiner, der spätere Gründer des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*, charakterisiert Weissenbeck als einen „der beliebtesten und fähigsten österreichischen Jugendfunktionäre“.<sup>80</sup> Sein Ravensbrücker KZ-Kamerad Otto Stiedl spricht von „erschütternden Szenen fassungslosen Schmerzes“ vor der Simmeringer Feuerhalle, „wie es in der Geschichte nur den wahren Aposteln des Humanismus je zuteil wurde“.<sup>81</sup>

Die charismatische Ausstrahlung und Vorbildfunktion von Weissenbeck wird u.a. durch die Tatsache bestätigt, dass der erst 16 Jahre alte Arik (damals „Erich“) Brauer durch Weissenbeck zur FÖJ stieß und unter dem Eindruck dieser Bekanntschaft zum Kommunisten wurde. Auf einem anderen Blatt steht der eher zweifelhafte Versuch des seit den 1950er Jahren bekannten Malers, Sängers und Dichters, sein später als „Irr-



weg“ erkanntes Engagement für die KPÖ mit seiner damaligen Naivität zu rechtfertigen. Als würde es nicht ohnehin jedem und jeder freistehen, seine bzw. ihre politischen und ideologischen Überzeugungen zu ändern, führt er seinen Beitritt zur FÖJ und KPÖ auf die Tatsache zurück, dass Weissenbeck ihm als idealem „Rohmaterial für die Kaderschmiede [...] systematisch sein ideologisches Gift“ eingeträufelt habe, wie er in seinen Lebenserinnerungen schreibt.<sup>82</sup> Wie auch Fritz Weissenbeck ist Arik Brauer damaligen FÖJ-Mitgliedern vor allem Gitarre spielend in Erinnerung geblieben. Für die „Burschengruppe“ der FÖJ schrieb Brauer politische Texte und Singspiele, „die dann, nachdem sie einstudiert waren, mit großem Erfolg aufgeführt wurden“.<sup>83</sup> 1953 wandte sich Brauer vom Kommunismus ab. In der jüngeren Vergangenheit tätigte er in Interviews so manche Äußerung, die man durchaus dem Antikommunismus zuordnen kann.<sup>84</sup>

Fritz Weissenbeck hinterließ seine erst 19-jährige Witwe Margit, die seit 1945 der FÖJ und seit 1946 der KPÖ angehörte, und seinen gleichnamigen, im Februar 1949 geborenen Sohn Fritz. Der Name Fritz wurde von seinem Sohn auch in die dritte und vierte Generation der Familie weitergetragen. Margit Weissenbeck arbeitete bis zum Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 in der metallurgischen Abteilung der sowjetisch verwalteten Betriebe in Österreich (USIA). Sie starb am 5. Februar 1964 im Alter von nur 33 Jahren an einem Krebsleiden. Auch ihre Mutter Karoline Brabec gehörte der KPÖ an und arbeitete – wie viele KommunistInnen – als Vertragsbedienstete in der Wiener Polizeidirektion.<sup>85</sup>

Wenige Wochen nach dem Tod von Fritz Weissenbeck wurde das südlich von Wien gelegene FÖJ-Heim bei Wildegg (damalige Gemeinde Sittendorf, heute Gemeinde Wienerwald im Bezirk Mödling) „Fritz Weissenbeck-Herberge“ benannt.<sup>86</sup> Nachdem die FÖJ gezwungen war, das Heim aufzugeben, verschwand der Name Weissenbecks wieder von der Herberge. In der Bundeshauptstadt gibt es kein Erinnerungszeichen an den Spanienkämpfer und Wiener FÖJ-Vorsitzenden.

#### Anmerkungen:

1/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 20.000/W232, Polizeidirektion Wien (Z.M.A.) an MA 61, M. 3377/53 v. 24.4.1953.

2/ Wir stellen vor: Fritz Weissenbeck, Wiener Stadtleiter der FÖJ, in: *Jugend voran*, Nr. 18,

19.5.1946, S. 1–2, hier S. 1.

3/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Lebenslauf, o.D. [1945]; Fritz Weissenbeck, in: *Jugend voran*, Nr. 40, 8.10.1949, S. 1; Mia Schick: Uns allen ist er unvergesslich. Fritz Weissenbeck war und ist unser Vorbild, in: *Jugend voran*, Nr. 39, 30.9.1950, S. 2.

4/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, o.D. [1945]; Notiz, o.D. [1945].

5/ i. r.: Leuchtende Vorbilder der Jugend. Arbeiterfunktionäre berichten über das Leben und die Opfer junger Kommunisten, in: *Österreichische Volksstimme*, 2.2.1956, S. 4.

6/ Hans Safrian: Sozialgeschichtliche Hintergründe und Motive österreichischer

Spanienkämpfer, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Jahrbuch 1990*. Wien 1990, S. 89–107, hier S. 92.

7/ RGASPI 545/6/74, Charakteristik, 8.4.1940 (Kopie in DÖW/Spanienarchiv).

8/ Wir stellen vor: Fritz Weissenbeck, Wiener Stadtleiter der FÖJ, in: *Jugend voran*, Nr. 18, 19.5.1946, S. 1–2, hier S. 1; DÖW 51.354, Ferdinand Barth: Mit allen Wassern gewaschen. Ein roter Matrose erzählt, o.D., S. 38.

9/ ZPA der KPÖ, Fragebogen, 12.9.1945.

10/ ZPA der KPÖ, Fritz Weissenbeck an seine Familie, Argelès-sur-Mer, 30.9.1940.

11/ ZPA der KPÖ, Briefe von Fritz Weissenbeck an seine Familie, 1941–1944.

12/ DÖW/Spanienarchiv, Hans Körner: Rückzug zu neuen Kämpfen, o.D., S. 13.

13/ Hans Landauer: *Österreichische Spanienkämpfer in deutschen Konzentrationslagern*, in: *Überleben und Spätfolgen*. München 1996 (Dachauer Hefte, Bd. 8), S. 170–180, hier S. 171.

14/ ZPA der KPÖ, „Blaue Kartei“ der Wiener Gestapo, S. 317.

15/ DÖW, Fotografierschein der Gestapo Wien, Zl. II A 1/10403/40 v. 12.12.1940.

16/ Bundesarchiv Berlin (BArch), R 3017/26081, Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Wien an den ORA beim VGH, 13.1.1941, S. 2.



**Trauerfeier für den verunglückten Fritz Weissenbeck am 8. Oktober 1949, oben: Trauerzug zum Schwarzenbergplatz, unten: Rede von Friedl Fűrberg vor der Feuerhalle Simmering, rechts vorne neben dem Sarg: FÖJ-Bundessekretär Herbert Steiner.**



17/ BArch, R 3017/26081, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 7 J 19/41 v. 28.1.1941.

18/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, o.D. [1945]; DÖW 20.000/W232, Allied High Commission for Germany, International Tracing Service, Inhaftierungsbescheinigung, 27.7.1953.

19/ Bernhard Strebel: *Das Männerlager im KZ Ravensbrück 1941–1945*, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.): *Verfolgung als Gruppenschicksal*. Dachau 1998 (Dachauer Hefte, Bd. 14), S. 141–174, hier S. 141 und 147.

20/ Bernhard Strebel: *Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2003, S. 299.

21/ DÖW 50.104/794, Włodzimierz Kuliński: *Der österreichische Beitrag zur Widerstandsbewegung im Männerlager des KZ Ravensbrück*. Warschau 1971, S. 10f.

22/ Wir stellen vor: Fritz Weissenbeck, Wiener Stadtleiter der FÖJ, in: *Jugend voran*, Nr. 18, 19.5.1946, S. 1–2, hier S. 1.

23/ Manfred Mugrauer: *Ernst Burger (1915–1944)*. Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes und führendes Mitglied der „Kampfgruppe Auschwitz“, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Feindbilder*. Jahrbuch 2015. Wien 2015, S. 191–228, hier S. 217f.





**FÖJ-Herberge Wildegg im Wienerwald**

- 24/ Otto Brichacek: Fritz Weissenbeck, in: *Österreichische Volksstimme*, 2.10.1949, S. 4.
- 25/ T.S.: Fritzl, der Arbeiterjunge und Kommunist, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.10.1949, S. 5.
- 26/ DÖW 50.104/12, Hermine Jursa: Bericht über das KZ Ravensbrück, o.D., S. 3.
- 27/ DÖW 50.104/794, Kuliński: Widerstandsbewegung, S. 11f.
- 28/ DÖW 4556, Urteil des OLG Wien gegen Karl Zelenka u.a., 27.9.1941; ZPA der KPÖ, Otto Stiedl: Lebenslauf, Juli 1945.
- 29/ ZPA der KPÖ, Otto Stiedl: Männer in Ravensbrück, November 1968, S. 2f.
- 30/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, o.D. [1945].
- 31/ ZPA der KPÖ, Zeugnis der Wiener Stadtleitung der KPÖ, 15.1.1946.
- 32/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Wiener Stadtleitung der KPÖ am 9.7.1945; Angestellte der Wiener Stadtleitung der KPÖ, 18.12.1945.
- 33/ ZPA der KPÖ, Provisorische Landesparteileitung der KPÖ Niederösterreich, 2.1.1946.
- 34/ Herbert Steiner: Die Anfänge der FÖJ, in: Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich, hg. von der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ. Wien 1981, S. 82–96, hier S. 82.
- 35/ Günther Grabner: Geschichte der „Freien Österreichischen Jugend“ (FÖJ) als politische Jugendbewegung in Österreich 1945–1969. Dissertation Universität Salzburg 1978, S. 41 und 313; ZPA der KPÖ, Zusammensetzung der Stadtleitung der FÖJ, 22.5.1945 und 29.5.1945.
- 36/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 6.12.1945, S. 1.
- 37/ Ebd.
- 38/ Aufbau der Wiener Parteiorganisation. Richtlinien, hg. von der Wiener Stadtleitung der KPÖ. Wien o.J. [1945], S. 14; ZPA der KPÖ, Sekretariat des ZK der KPÖ an alle Landes- und Bezirksleitungen, 22.1.1946, S. 2.
- 39/ Unser Weg. Die Arbeitstagung der „Freien Österreichischen Jugend“, hg. von der Freien Österreichischen Jugend. Wien 1946, S. 32.
- 40/ Wiener Jugendparlament tagt. Die erste demokratische Konferenz der Wiener Jugend, in: *Jugend voran*, Nr. 19, 26.5.1946, S. 3.
- 41/ ZPA der KPÖ, Wiener Konferenz der FÖJ am 18./19.5.1946, Mia Schick: Bericht der Wahlvorschlagskommission, S. 1.
- 42/ Die Stärksten im gegen Land. Jahreskonferenz der Wiener FÖJ – Ein Beispiel für manchen Ministerrat, in: *Jugend voran*, Nr. 21, 25.5.1947, S. 3; Der Motor der Wiener Jugend, in: *Jugend voran*, Nr. 20, 15.5.1948, S. 3.
- 43/ Vertreter aller drei Parteien bei der Konferenz der FÖJ, in: *Jugend voran*, Nr. 24, 30.6.1946, S. 1.
- 44/ *Jugend voran*, Nr. 25, 19.6.1948, S. 2.
- 45/ Die Wahl der Wiener Stadtleitung, in: *Österreichische Volksstimme*, 13.3.1946, S. 2.
- 46/ Die neue Stadtleitung der Wiener Kommunisten, in: *Österreichische Volksstimme*, 11.4.1948, S. 2.
- 47/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Wiener Stadtleitung der KPÖ am 14.4.1948, S. 1.
- 48/ Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag o.J. [1948], S. 210.
- 49/ Kandidaten der Jugend, in: *Jugend voran*, Nr. 38, 24.9.1949, S. 6.
- 50/ ZPA der KPÖ, Der Kongress der Jugend. Bericht über Ersten Bundeskongress der Freien Österreichischen Jugend. Sommer 1946, hg. von der Bundesleitung der FÖJ, S. 13.
- 51/ FÖJ-Delegation beim Bundeskanzler, in: *Jugend voran*, Nr. 19, 26.5.1946, S. 1.
- 52/ Wir stellen vor: Fritz Weissenbeck, Wiener Stadtleiter der FÖJ, in: *Jugend voran*, Nr. 18, 19.5.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 53/ Stürmische Parlamentssitzung um das Jugendschutzgesetz, in: *Österreichische Volksstimme*, 2.7.1948, S. 1.
- 54/ ZPA der KPÖ, Material für die Delegierten des 2. Wiener Landesparteitages über die Arbeit unter den Jugend, April 1948, S. 1.
- 55/ Stürmische Parlamentssitzung um das Jugendschutzgesetz, in: *Österreichische Volksstimme*, 2.7.1948, S. 1.
- 56/ Fritz Weissenbeck: Beim Staatsfeiertag in Budapest, in: *Jugend voran*, 24.3.1946, S. 1.
- 57/ Das Land der Jugend. Fritz Weissenbeck erzählt über seinen Besuch in der Sowjetunion, in: *Jugend voran*, Nr. 31, 18.8.1946, S. 3 und Nr. 32, 25.8.1946, S. 3.
- 58/ Heimkehr aus Prag. Unsere Jugend hat Österreich viele Freunde gewonnen, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.8.1947, S. 2.
- 59/ Wie sie ihre Medaillen erwarben, in: *Jugend voran*, Nr. 34, 24.8.1947, S. 3.
- 60/ Fritz Weissenbeck: Für eine Volksarmee, in: *Jugend voran*, Nr. 14, 6.4.1947, S. 2.
- 61/ Brauchen wir eine Armee? Jugendliche sagen ihre Meinung, in: *Jugend voran*, Nr. 11, 16.3.1947, S. 1.
- 62/ Kein Geld für eine Armee! Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zur Wehrmachtsfrage, in: *Österreichische Volksstimme*, 11.6.1948, S. 1.
- 63/ F. [Fritz] Weissenbeck: Warum sind die Kommunisten gegen die Aufstellung eines Bundesheeres?, in: *Jugend und Sozialismus*, 2. Jg. (1949), Nr. 9/10, S. 23–25, hier S. 24f.
- 64/ Protestaktion gegen den amerikanischen Generalsbesuch. Polizeirittmeister Wiesner will auf Demonstranten schießen, in: *Österreichische Zeitung*, 9.8.1949, S. 1.
- 65/ Auf den Spuren der Faschisten, in: *Österreichische Volksstimme*, 26.3.1949, S. 2.
- 66/ Manfred Rauchensteiner: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, S. 179.
- 67/ Die Kommunistische Partei zur Frage der Armee, in: *Weg und Ziel*, 13. Jg. (1955), Nr. 7/8, S. 586–588, hier S. 587f.
- 68/ Wie Fritz Weissenbeck verunglückte, in: *Der Abend*, 3.10.1949, S. 2.
- 69/ Der neue Wiener Stadtleiter der FÖJ, in: *Der Abend*, 31.10.1949, S. 2.
- 70/ Fritz Weissenbecks letzter Weg. Tausende gaben ihm das letzte Geleit, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.10.1949, S. 2; W.S.: Abschied von Fritz Weissenbeck, in: *Jugend voran*, Nr. 41, 15.10.1949, S. 3.
- 71/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.11.1949, S. 2.
- 72/ Ernst Hinterberger: Ein Abschied. Lebenserinnerungen. Wien 2002, S. 130f.
- 73/ Grete Hinterberger, 10.11.1999, in: Erich Makomaski (Hg.): Die Freie österreichische Jugend. (Ehemalige) Mitglieder erzählen ihre Geschichte. Wien 2002, S. 94–95, hier S. 95.
- 74/ Otto Brichacek: Fritz Weissenbeck, in: *Österreichische Volksstimme*, 2.10.1949, S. 4.
- 75/ Fritz Weissenbeck, in: *Jugend voran*, Nr. 40, 8.10.1949, S. 1.
- 76/ ... delegiert zum Kongress der Jugend, hg. von der Freien Österreichischen Jugend. Wien o.J. [1946], S. 12.
- 77/ Wir stellen vor: Fritz Weissenbeck, Wiener Stadtleiter der FÖJ, in: *Jugend voran*, 19.5.1946, S. 1–2, hier S. 1.
- 78/ T.S.: Fritzl, der Arbeiterjunge und Kommunist, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.10.1949, S. 5.
- 79/ Josef Andersch, 20.9.1999, in: Makomaski (Hg.): Die Freie österreichische Jugend, S. 27–28, hier S. 27.
- 80/ Steiner: Die Anfänge der FÖJ, S. 88.
- 81/ ZPA der KPÖ, Otto Stiedl: Männer in Ravensbrück, November 1968, S. 3.
- 82/ Arik Brauer: Die Farben meines Lebens. Erinnerungen. Wien 2014, S. 93–98, hier S. 96.
- 83/ Erich Makomaski: Meine persönliche Geschichte, in: ders. (Hg.): Die Freie österreichische Jugend, S. 11–21, hier S. 11.
- 84/ Danielle Spera/Peter Menasse: Genosse Jude, in: *Nu*, Nr. 12, Juli 2003, S. 5–11, hier S. 11; Künstler Arik Brauer wird 90: „Ich verachte Stalin viel mehr als Hitler“, in: *Der Standard*, 3.1.2019.
- 85/ ZPA der KPÖ, Margit Weissenbeck: Fragebogen, 24.9.1952.
- 86/ Fritz-Weissenbeck-Herberge bei Wildegg, in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 11, Mitte November 1949, S. 4.

# „Über die Befreiung 1945 hinaus“

## Die Österreichische Freiheitsfront in Leoben

HEIMO HALBRAINER

Am 25. Juni 1945 berichtete der Direktor der Alpine-Montan-Gesellschaft in Donawitz, Dipl.-Ing. Bernhard Matuschka, anlässlich der Wiederinbetriebnahme des Stahlwerks auch über das Ende des NS-Regimes und die Befreiung in Leoben: „Am denkwürdigen 8. Mai 1945 erschien der Führer der Österreichischen Freiheitsbewegung in Leoben und jetzige Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Sepp Filz, direkt aus den Bergen kommend, bei uns in unserer Direktion. Es wurde beschlossen, den Werkschutz aufzulösen, und seine Waffen wurden unverzüglich den Kämpfern der Österreichischen Freiheitsfront übergeben. Dadurch wurde es den Freiheitskämpfern ermöglicht, die Eroberung der Polizeidirektion, so wie die der anderen Behörden von Leoben durchzuführen, was zur Folge hatte, dass die Ruhe und Ordnung sowohl im Werk als auch im Gebiet der Stadt Leoben aufrechterhalten worden ist, bis die siegreichen Truppen der Roten Armee in unserer Stadt einzogen.“<sup>1</sup>

Es wurde an diesem Tag aber nicht nur der nationalsozialistische Werkschutz aufgelöst und damit auch die Umsetzung des so genannten „Nero-Plans“ – die Sprengung der Industrieanlagen – verhindert, und es wurden an dem Tag nicht nur die öffentlichen Ämter erobert bzw. besetzt, um sodann der in Leoben einrückenden Roten Armee eine „befreite“ Stadt zu übergeben, es wurde seitens der aus den Bergen kommenden Partisanen der *Österreichischen Freiheitsfront* auch damit begonnen, eine öffentliche Verwaltung nach ihrer Konzeption in der Stadt und schließlich im ganzen Bezirk aufzubauen.

### Die Österreichische Freiheitsfront 1943 bis 1945

Die vom Direktor genannte *Österreichische Freiheitsfront* (ÖFF) wurde im November 1943 in der Nähe von Trofaiach (Bezirk Leoben) gegründet,<sup>2</sup> nachdem bereits am 22. Oktober 1942 der Moskauer Exilsender *Freies Österreich* von einer fiktiven Gründungsverammlung einer *Österreichischen Freiheitsfront* durch Vertreter verschiedenster politischer Richtungen und sozialer Schichten berichtet und dazu aufgerufen

hatte, solche überparteilichen Widerstandsgruppen in ganz Österreich zu bilden.<sup>3</sup> Die Basis für die ÖFF im Bezirk Leoben war aber bereits vor dem Aufruf gelegt worden. So hatten sich in Leoben Kommunisten, die die Verhaftungswellen der vorangegangenen Jahre überstanden hatten, um den Schlosser Sepp Filz,<sup>4</sup> den Uhrmacher Ferdinand Andrejowitsch, den Kriegsversehrten Max Muchitsch, den gerade erst aus der Haft entlassenen Anton Wagner und den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Simon Trevisani gesammelt und 1942 mit dem Neuaufbau eines Netzes von Widerstandsgruppen in und um Leoben begonnen. Mehrere Mitglieder dieser Gruppe mussten Anfang April 1943 – um einer drohenden Verhaftung zu entgehen – zu den slowenischen Partisanen fliehen, zu denen über die Fremdarbeiter aus Jesenice (Aßling) in den Hermann-Göring-Werken in Donawitz Kontakte bestanden.<sup>5</sup> Gemeinsam mit ihnen kämpften sie einige Zeit in den slowenischen Bergen, ehe zwei – Sepp Filz und Anton Wagner – Ende Juni 1943 wieder nach Leoben zurückkehrten und sich hier an den Aufbau einer organisatorischen Basis für den Partisanenkampf machten. Die im November 1943 gegründete ÖFF begann schließlich im Frühjahr 1944 mit dem bewaffneten Kampf. Gleichzeitig verbreitete sie Flugblätter und das Programm der ÖFF, in dem sie unter anderem zum „Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich Waffengebrauchs gegen die faschistischen Okkupanten und ihre österreichischen Helfershelfer“ aufrief und für die „Errichtung eines freien, unabhängigen, demokratischen Österreichs, das mit allen Völkern in Freundschaft zu leben gewillt ist, jeden Rassen- und Nationalhaß bekämpft sowie Religions- und Meinungsfreiheit sichert“, eintrat, sowie die „Enteignung der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes sowie der faschistischen Institutionen, deren Verstaatlichung bzw. Aufteilung“<sup>6</sup> forderte.

Nach zahlreichen Anschlägen und Überfällen auf Nationalsozialisten war es den nationalsozialistischen Verfolgern im Sommer 1944 schließlich gelungen, der Gruppe schwere Schläge zuzufügen: So wurde unter anderem das Netzwerk

der Unterstützer und Unterstützerinnen aufgerollt und hunderte Männer und Frauen in Konzentrationslager überstellt, wo über 40 von ihnen starben.<sup>7</sup> Ohne das sichere „Hinterland“ – also jene Orte, wohin sich die Partisanen in den Monaten zuvor immer zurückgezogen hatten und von wo sie mit Informationen und Proviant versorgt worden waren – mussten sich die Kämpfer der ÖFF in kleinen Gruppen in die Berge zurückziehen und auch ihre Strategie ändern. Dies hieß vorerst eine Abkehr vom bewaffneten Kampf und eine Vorbereitung des Widerstands auf den Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Regimes.<sup>8</sup> Aus diesem Grund wurden etwa im Frühjahr 1945 auch neue Verbindungen zu Oppositionellen geknüpft. Letztlich übernahmen die Partisanen der ÖFF – Sepp Filz und Max Muchitsch in Leoben, Anton Wagner, Franz Lindmoser und andere in Eisenerz, Radmer und Hieflau – die Macht im Bezirk Leoben.

### Die ÖFF nach der Befreiung

Nachdem große Teile der nationalsozialistischen Eliten von Leoben vor der herannahenden Roten Armee Richtung Westen geflohen waren, war in der Stadt ein machtpolitisches Vakuum entstanden, das die aus den Bergen kommenden Partisanen umgehend beseitigten. Sie übernahmen – wie eingangs geschildert – noch am 8. Mai 1945 alle öffentlichen Ämter und Funktionen bzw. setzten als Leiter politisch integre Personen ein. Wo dies nicht möglich war, ließen sie die Ämter durch Beiräte kontrollieren. So stellte Sepp Filz beispielsweise unmittelbar nach der Besprechung mit Direktor Matuschka am 8. Mai diesem den Kommunisten Hans Reichenbauer zur Seite, ohne dessen Zustimmung der Direktor vorerst nichts unternehmen durfte. Zwei Tage später wurde ein paritätisch besetzter Beirat mit dem Christlich-Sozialen Rupert Stummer und den beiden Marxisten Alfred Macher und Reichenbauer installiert.<sup>9</sup> Ähnlich wurde auch mit den übrigen Betrieben und Ämtern verfahren.

Die Tätigkeit der Gendarmerie wurde im Bezirk Leoben (einschließlich Admont, Selztal, Rottenmann, Trieben und Gaishorn) vorläufig eingestellt, nicht

tragbare Gendarmen außer Dienst gestellt und andere für Kanzleitätigkeit eingeteilt. Antifaschisten, die von der ÖFF gestempelte Armbinden und Waffen erhielten, wurden als neue Ordnungspolizei dem Sicherheitsdienstleiter der jeweiligen Gemeinde unterstellt und hatten „alle politischen Aufgaben (Verhaftungen, Fahndungen, Geflüchtete, Beobachtungen, Arbeitseinsatz der Nazi usw.) durchzuführen.“<sup>10</sup>

Die Führung der ÖFF bestand zunächst aus Sepp Filz und dem Christlich-Sozialen Alois Sormann, der während der Zeit des Austrofaschismus als Vertreter des Katholischen Arbeitsbundes im Steiermärkischen Landtag saß.<sup>11</sup> Mitte Mai wurde als oberstes Organ der ÖFF der paritätisch (KPÖ, ÖVP, SPÖ) zusammengesetzte Dreier-Ausschuss geschaffen, der in den elf Wochen seines Bestehens von Sepp Filz geleitet wurde. Ihm zur Seite gestellt waren ein Sozialdemokrat und ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei. Bis 13. Juni war dies für die Sozialdemokratische Partei Franz Kramer, danach Albert Wlasto. Für die ÖVP war dies zunächst bis 11. Juni Alois Sormann, dann bis 19. Juni Otto Töffler und danach Josef Tschikonig. Neben diesem Dreier-Ausschuss wurde Ende Mai ein Siebener-Ausschuss eingerichtet, in dem die Verantwortlichen für die Bereiche Ernährung, Handel-Gewerbe-Industrie, Wirtschaft, Verkehrswesen, Sicherheit, Gesundheitswesen und Schulwesen saßen. Daneben gab es noch den großen ÖFF-Vertrauensrat, in dem neben den Mitgliedern des Dreier- und Siebener-Ausschusses auch noch der Bezirkshauptmann und der Bürgermeister der Stadt Leoben vertreten waren.

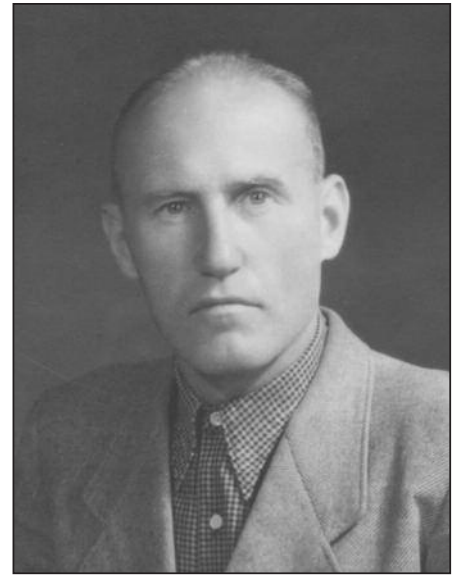
Die ÖFF sollte aber nicht nur auf die Stadt Leoben beschränkt bleiben. Die Idee der ÖFF als Bewegung von unten wurde auch in die kleinsten Orte des Bezirks getragen. In dem Rundschreiben „ÖFF – Arbeit in den Orten“ heißt es dazu: „In vielen kleineren Orten des Bezirks besteht noch kein Freiheitskomitee und kein Dreierausschuss, oder das Freiheitskomitee ist nicht nach der Dreierparität aufgestellt. In manchen Orten werden die Arbeiten, die sonst der ÖFF zustehen, vom Bürgermeister und Gemeindevorstand erledigt. Der Bürgermeister und der Gemeinderat haben vor allem verwaltungsmäßige, fürsorgliche und wirtschaftliche Aufgaben. Es ist zumindestens notwendig, dass ein Dreierausschuss neben und über dem Bürgermeister steht, der die Maßnahmen zur politischen Umgestaltung und Überwachung

aller politischen Vorgänge und die Verhaftungen der Nazi leitet und kontrolliert. [...] Der Dreierausschuss besteht im Einvernehmen mit dem Bürgermeister, dem Sicherheitsdienstleiter (womöglich kein Gendarm oder Polizeibeamter, sondern fähiger, energischer Antifaschist). Der Ausschuss hat auch im Einvernehmen mit dem Bürgermeister für die kommissarische Besetzung aller Nazibetriebe und -geschäfte zu sorgen. Weiters hat er alle Maßnahmen zu beschließen und durchführen zu lassen für die Normalisierung des öffentlichen Lebens, und die Wiederingangsetzung der Wirtschaft. Hierher gehört auch die Sicherstellung von Fahrzeugen, Lebensmittel usw. Der Dreierausschuss bewacht auch die Wiedergutmachung der aus den Gefängnissen und KZ-Lagern kommenden Antifaschisten. Er hat für die rasche Verteilung der Naziwohnungen zu sorgen. Er hat die Aufgabe, die Nazi zu Zahlungen für den öffentlichen Wiederaufbau und für die Wiedergutmachung heranzuziehen. Überparteiliche Organisationen, Sport, Jugend, Gewerkschaften sollen vom Dreierausschuss geschaffen und gefördert werden.“<sup>12</sup>

Zur Unterstützung dieser Vorhaben gaben die Obersteirischen Freiheitskämpfer für die Bezirke Leoben und Bruck an der Mur eine eigene Tageszeitung, das *Obersteirische Tagblatt*, mit einer Auflage von 35.000 Stück heraus, in dessen erster Nummer es unter anderem hieß: „Seine vornehmste Aufgabe erblickt das Obersteirische Tagblatt darin, den uns von der Naziherrschaft hinterlassenen Schutt so schnell wie möglich wegräumen zu helfen, damit wir alle ungesäumt an den Wiederaufbau unseres Vaterlandes gehen können.“<sup>13</sup>

### Neue politische Machtverhältnisse im Bezirk

Dieser relativ rasche Austausch der Eliten bzw. die Einschränkung deren Handlungsfreiheit durch Beigeordnete gab den Sowjets in der Folge keinen Anlass, sich in die Verwaltung und die Aktivitäten der ÖFF einzumischen.<sup>14</sup> In einem als „geheim“ titulierten Lagebericht des Leiters der Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front vom 17. Mai 1945 heißt es daher zur „Lage in Leoben“: „Es kam zur Neuformierung einer Gruppe lokaler Kommunisten, die am 7. Mai den Untergrund verließen, bis zum Eintreffen unserer Truppen die Macht in ihren Händen hielten und einen neuen Bürgermeister ernannten. [...] Ab 1942 gab es in Leoben einige Partisaneneinheiten, die in den



Sepp Filz (1906–1994)

Fabriken Diversion im großen Stil betrieben, Militärzüge zum Entgleisen brachten, bewaffnete Überfälle auf kleine deutsche Garnisonen und Fahrzeugparks übten und Kontakt zu jugoslawischen Partisanen unterhielten. In diesen Einheiten waren auch russische Kriegsgefangene vertreten. Die kommunistische Organisation Leobens wird von Josef Filz geleitet, der seinen eigenen Worten zufolge, seit 1921 Mitglied der Kommunistischen Partei ist. Die Kommunistische Partei vereinigte sich mit den Sozialdemokraten zu einem geeinten Block, und auf einer gemeinsamen Versammlung wurde ein Aufruf dieses Blockes an die örtliche Bevölkerung ausgearbeitet.“<sup>15</sup>

Wie die politischen Machtverhältnisse im Bezirk in dieser ersten Phase waren, zeigt sich etwa am Beispiel des provisorischen Bezirkshauptmanns und Polizeidirektors Dr. Friedrich Hild. Dieser war nach der Befreiung weiterhin im Amt belassen worden, obwohl man gewusst hat – wie es im Protokoll des Dreier-Ausschusses heißt, „dass Dr. Hild nationalsozialistisches Parteimitglied gewesen war“. Man „konnte jedoch im Augenblick nicht anders verfügen, da niemand, der für diese Stelle in Frage gekommen wäre, greifbar gewesen war.“<sup>16</sup> Als Dr. Hild aber eine Rundverfügung erließ und diese weder der Stadtkommandantur noch der ÖFF vorlegte und er zudem noch, ohne den Dreier-Ausschuss davon in Kenntnis gesetzt zu haben, beim Landeshauptmann seine Bestätigung als provisorischer Bezirkshauptmann erreicht hatte, wurde er von der ÖFF abgesetzt und durch den am selben Tag aus dem Konzentrationslager heimgekehrten Arzt, den Kommunisten Dr. Josef Mandl, als Bezirkshauptmann ersetzt.<sup>17</sup>



Auch den großen Betrieben in Leoben wurde demonstriert, wer nun das Sagen hat. Denn als der den Bezirk dominierende Betrieb der Alpine Montangesellschaft sich weigerte, ab 1. Juli 1945 die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen für die für die Sicherheit im Bezirk bzw. im Betrieb zuständigen Arbeiter weiter zu zahlen, richteten der Dreier-Ausschuss sowie die Bürgermeister des Bezirkes folgenden Brief an die Generaldirektion der Alpine: „Ohne jedes Zutun von Seiten der Generaldirektion der Österreichischen Alpine Montan A.G. oder von Seiten der hier bestehenden Bergwerks- und Hüttengesellschaft haben es die Gemeinden vom Tage des Zusammenbruches der Naziherrschaft an als ihre Aufgabe angesehen, das Eigentum dieser Industrien in ihren Schutz zu nehmen. Bei Übernahme des Schutzes dieser Anlagen wurde eine Anzahl Werksangehöriger zum Polizeidienst herangezogen, und zwar sowohl Hütten-, Berg- und Forstarbeiter. Mangels finanzieller Fundierung der Gemeinden sind die Kosten hierfür von den Arbeitgebern zu tragen. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist noch nicht so weit gefestigt, dass der Polizeikörper verringert werden kann. Die Gemeinden sind aber nicht in der Lage, die Kosten dafür zu übernehmen. Deshalb ist es Pflicht der Großunternehmer, in deren eigenem Interesse für diese Kosten aufzukommen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Alpine Montan-Gesellschaft seit dem Jahre 1927 aus allen möglichen Beweggründen, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet waren, jederzeit und ohne kleinlich zu sein, ungeheure Beiträge zur Verfügung gestellt hat und dies nun umso mehr für das neue Österreich zu tun hat. Hätte die Arbeiterschaft nicht den Schutz der Werke übernommen, so sähe die Situation heute anders aus. Von den leitenden Herren hat sich niemand für diese Aufgaben zur Verfügung gestellt.“<sup>18</sup>

### Wiederingangsetzung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens

Neben der Verhinderung von Plünderungen und Obstruktionen der Nationalsozialisten gehörten die Wiederingangsetzung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zu den vorrangigen Aufgaben, die die ÖFF zu bewältigen hatte. So drohte etwa durch das Fehlen von Arbeitskräften – die ausländischen Arbeiter hatten unmittelbar nach der Befreiung den Bezirk teilweise bereits verlassen – in den ersten Tagen nach der Befreiung im Bergwerk Seegraben Feuer- und



„Aufbau-Kundgebung“ in Leoben am 17. Juni 1945

Wassergefahr. Auch kam es bedingt durch den Arbeitskräftemangel zu Problemen im Kraftwerk Donawitz.<sup>19</sup>

Um all die anstehenden Aufgaben zu erledigen, wurden Ausschüsse für einzelne Bereiche gebildet, die im Siebener-Ausschuss zusammengefasst wurden und die dem Dreier-Ausschuss und dem ÖFF-Vertrauensrat verantwortlich waren. Bereits am 3. Juni 1945 konnten in einem Rückblick erste Erfolge berichtet werden: So gab etwa Bürgermeister Gottfried Heindler an, dass die anfangs fast unüberwindlich scheinenden Verwaltungsschwierigkeiten zur Gänze behoben wurden und nun darangegangen werden könne, planmäßig die Grundlagen für die Neuorganisation zu schaffen. Besonders dramatisch war die Ernährungsfrage gewesen, da die Bauern ohne Zwangsmaßnahmen zu keiner Ablieferung bereit waren. Dennoch konnte gerade dieser Ausschuss einen beachtlichen Erfolg vorweisen. Musste man am 12. Mai noch feststellen, dass täglich lediglich 1.600 Liter Milch zur Verfügung stehen, so war es bis Anfang Juni gelungen, die tägliche Milchlieferung auf 16.000 Liter zu steigern. Dass dies möglich war, lag auch darin begründet, dass die Milchlieferanten vor willkürlicher Beschlagnahme der Milch bzw. der Pferde geschützt waren, da sie von der Roten Armee ausgestellte Ausweise erhielten, die besagten, dass die Pferde der Roten Armee gehören und die Milch zur Versorgung der Roten Armee diene.<sup>20</sup> Aber auch der Ausschuss für Handel-Gewerbe-Industrie und der Wirtschaftsbeirat konnten Erfolge verbuchen: So konnte etwa das Stahlwerk Donawitz nach den

Demontagen durch die sowjetischen Besatzer am 25. Juni wieder seinen Betrieb aufnehmen, und Sepp Filz meinte anlässlich der Feier, dass „das Eisen, das von den Öfen in dieser Halle herausfließt, nicht mehr zum Zwecke der Vernichtung geschaffen werde, sondern für den friedlichen Aufbau unserer Heimat diene“.<sup>21</sup>

Auch im Verkehrswesen waren erste Erfolge zu vermelden, wie der dafür zuständige Ing. Vollmost berichtete: So hat etwa – da es keine Verbindung mit der Eisenbahndirektion in Villach gab – „das in Leoben existierende Betriebsamt die Geschäfte einer provisorischen Direktion übernommen“. Dieser ist es – im Gegensatz zu „den von den Engländern besetzten Gebieten“, wo es „noch keinen Personenverkehr gibt“ – gelungen, dass „hier bei uns auf Grund der Aktivitäten der Eisenbahner [...] bereits ein fast friedensmäßiger Apparat funktioniert.“

### Entnazifizierung

Eine der vordringlichsten Aufgaben des Dreier-Ausschusses in Leoben war zudem die Säuberung der Betriebe, Behörden und Ämter von Nationalsozialisten. Nachdem das *Obersteirische Tagblatt* bereits am 16. Mai 1945 unter dem Titel „Alle Nazis müssen sich registrieren lassen“ die Verordnung der Provisorischen österreichischen Regierung zur Entnazifizierung veröffentlicht hatte, begann der Dreier-Ausschuss umgehend mit Maßnahmen der Entnazifizierung. Unter der Kontrolle der ÖFF-Beigeordneten wurden bei den Ämtern und Behörden (Bezirkshauptmannschaft, Schulen, Bahn, Post, ...) und in den Großbetrieben in Leoben ehemalige

Nationalsozialisten entlassen. Gegen 28 Inhaber von Leobner Geschäften, die Mitglieder der NSDAP waren, wurde seitens des Dreier-Ausschusses der Antrag auf Entzug des Gewerbescheins gestellt, 14 Geschäfte von „Ariseuren“ wurden sofort geschlossen.<sup>22</sup>

Auch im Bereich der Gendarmerie und Justiz wurden sofort Entnazifizierungsmaßnahmen gesetzt, wobei zunächst alle Tätigkeiten der Gendarmen eingestellt und belastete Beamte verhaftet wurden und eine neue, aus Antifaschisten zusammengesetzte Polizeitruppe geschaffen wurde, die dem Landrat unterstellt war. Bei der Justiz wurde noch am 9. Mai 1945 der ehemalige sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Helmuth Wagner von der ÖFF zum Beigeordneten des Kreisgerichts Leoben, des Bezirksgerichts Leoben und der Staatsanwaltschaft Leoben ernannt, der umgehend mit der Entnazifizierung der Justiz begann. Er entthob die als Nationalsozialisten bekannten Juristen und Gerichtsbeamten und ließ erste Verhaftungen, wie etwa jene des ehemaligen Vorsitzenden des Sondergerichts Leoben, Landesgerichtsdirektor Dr. Karl Zalsky, vornehmen.<sup>23</sup> Über diese ersten Schritte der Entnazifizierung bei der Justiz berichtete Mitte Juni 1945 das *Obersteirische Tagblatt*. Aus dem Bericht geht hervor, dass neben dem Präsidenten des Kreisgerichtes Leoben der Oberstaatsanwalt, ein Staatsanwalt, fünf Landesgerichtsdirektoren, ein Amtsgerichtsdirektor, sieben Amts- und Landesgerichtsräte, ein Gerichtsassessor und fünfzehn Justizinspektoren und Angestellte ihres Amtes enthoben worden waren.<sup>24</sup>

In der Weisung des Dreier-Ausschusses vom 12. Mai 1945 hieß es hinsicht-

lich der Verhaftungen von ehemaligen Nationalsozialisten: „Die Führer der NSDAP, vom Zellenleiter aufwärts sind grundsätzlich zu verhaften, ebenso die gesamten Angehörigen des SD und der Gestapo. Von der SS sollen alle Führer vom Oberscharführer aufwärts und alle besonders hervortretenden Aktivisten verhaftet werden; SA und sonstige angeschlossene Verbände (NSKK und NSFK) vom Truppenführer aufwärts, HJ-Gefolgschaftsführer aufwärts. BDM-exponierte Führerinnen, sonstige Partei- und Frauenschaftsmitglieder sind zu verhaften, wenn sie sich ein gemeines Verhalten gegen die Bevölkerung und Freiheitskämpfer zu Schulden kommen ließen. Diese Fälle sind genau zu prüfen und Zeugen für eine gerichtliche Aburteilung bei der Verhaftung vorzulegen. Jäger und Förster, die sich bei der Verfolgung von Freiheitskämpfern aktiv beteiligt haben, Leute, die den Tod des freiheitlich gesinnten Österreicherers auf dem Gewissen haben, sind besonders streng zu verwahren und die Schuldmomente besonders streng zu klären. Leute, die sich ihrer Haft durch Flucht entzogen haben, sind in einer Mappe mit genauer Darlegung des Falles zu führen. Vermutlicher Aufenthaltsort und eingeleitete Maßnahmen zur Verfolgung sind jeweils ergänzend anzuführen.“<sup>25</sup>

Als in Wien der Kabinettsrat der Provisorischen Regierung am 12. Juni 1945 erstmals über das Gesetz zur Ahndung von NS-Verbrechen (Kriegsverbrechergesetz) debattierte,<sup>26</sup> sind in Leoben schon längst Aufrufe der ÖFF veröffentlicht worden, die die Bevölkerung dazu aufforderte, „Anzeige über frühere Nationalsozialisten“ zu erstatten, die nun

„wegen besonders aktiver, führender Betätigung in der NSDAP, wegen scharfer Äußerungen gegen Antifaschisten und Kriegsgegner, wegen besonderer Kriegshetze, wegen Zuträgerfähigkeit für die NSDAP und Gestapo, wegen Denunzierung von Antifaschisten, wegen Schädigung von Antifaschisten, wegen Bereicherung durch ihre Mitgliedschaft bei der NSDAP oder durch den Krieg, wegen gemeiner Ausnützung und Umgehung der Bewirtschaftung (Geschäftsleute, die Waren gegen Lebensmittellieferung abgaben), wegen Kränkung von Antifaschisten in ihrer Menschenwürde“<sup>27</sup> bestraft werden sollten.

Entsprechend der Weisung bzw. die Aufrufe der ÖFF befolgend nahm die unter der Aufsicht der ÖFF stehende Hilfspolizei, wie ein geheimer Bericht der Roten Armee vom 17. Mai 1945 zeigt, unmittelbar nach der Befreiung „62 örtliche NS-Größen“ fest.<sup>28</sup> Bis Anfang Juli 1945 sollten es rund 600 werden, von denen 574 ins Gefangenenhaus Leoben eingeliefert wurden,<sup>29</sup> da bei ihnen „mit einer gerichtlichen Aburteilung zu rechnen ist. [...] Andere leichtere Fälle können auch im Ort für einige Zeit in Haft bleiben und als Arbeitskommando verwendet werden. [...] Für alle Verhafteten ist sofort ein Protokoll aufzunehmen und dieses zusammen mit der Anzeige oder vom Dreier-Ausschuss festgestellten Tatbestand dem Sicherheitsleiter für den Bezirk Leoben einzureichen.“<sup>30</sup>

## Nachgeschichte

Gemäß dem alliierten Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 kam es am 23./24. Juli 1945 zu einem Wechsel der Besatzungstruppen in der Steiermark, und die ganze Steiermark wurde zur britischen Besatzungszone. Damit ändert sich aber auch die Situation im Bezirk Leoben auf mehreren Ebenen. Die ÖFF in Leoben wurde – wie auch ähnliche Gruppierungen – mit 4. August 1945 aufgelöst, wobei es in der Erklärung der Britischen Militärregierung unter anderem hieß, dass dieser Entschluss keineswegs bedeute, „dass man die Dienste, die diese Bewegungen zur Befreiung geleistet haben, unterschätzt; er bedeutet vielmehr, dass nach der Besetzung Steiermarks durch die alliierten Streitkräfte Ruhe und Ordnung durch die Militärregierung und die ordentliche Polizei garantiert werden und dass nunmehr im Rahmen der normalen politischen Parteien für die Entwicklung der politischen Ideen der Widerstandsgruppen Raum ist. Aus diesem Grunde haben diese jetzt



# ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**2020: Z. 121:** Strategiedebatten / Lateinamerika

**2019: Z. 120:** Geschlechterverhältnisse / Rechtspopulismus **Z. 119:** Klimakrise II: Was tun im Treibhaus? / 1989 - das letzte Jahr der DDR / EU-Wahlen **Z. 118:** Hegemonieverchiebungen in der Weltwirtschaft - Neue Konfliktfelder / Kapitalismustheorie **Z. 117:** Kontrollverlust? Krise der Parteien und sozialer Protest

**2018: Z. 116:** Neue Klassendiskussion **Z. 115:** Von der Novemberrevolution zum „deutschen Oktober“ **Z. 114:** Klimakrise: Industriepolitik und Kapitalinteressen **Z. 113:** Marx 200: Arbeit und Ausbeutung

**2017: Z. 112:** Rechtsentwicklung in Europa **Z. 111:** 150 Jahre „Das Kapital“ **Z. 110:** Feminisierung der Arbeit **Z. 109:** 1917-2017/ Postkapitalismus

**Z.** erscheint vierteljährlich mit je 224 S.  
 Einzelheft: 10 Euro. Abo: 35 Euro  
**Bestellung:** www.zme-net.de, Postf. 7003346, 60553 Frankfurt/M., redaktion@zme-net.de

Engels 1820 - 2020

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG



Nr. 122, Juni 2020

Schunter-Kleemann - „Dass ich ein Sünder bin ...“/Callesen/Fülberth - **Der internationale Arbeiterkongress 1889**/Kuczynski - **Wert ohne Warenproduktion?**/Hörz - **Ökologischer Grundwiderspruch**/Sayers - **Dialektik der Natur**/Kangal - **Engels' Dialektik Klundt - Dühring reloaded?**/Bagchi - **Engels und die Frauen in Indien**/Leisewitz/Schwarz - **Geschlechterverhältnisse und Engels' „Ursprung“**

Coronakrise

Der „Große Lockdown“ und linke Politik: Probleme, Perspektiven und offene Fragen

Und: Streikmonitor 2019 - Tarifrunde Metall-Elektro - Lucien Sève - Dienstleistungen als Ware? - Russ. Fabrikarbeiter

keinen Zweck mehr. Vom 4. August an darf sich kein Mitglied der obengenannten Gruppen und Bewegungen irgendwelche Amtsgewalt anmaßen oder unbefugt ausüben. Auch ist es verboten, irgendwelche Uniformen, Armbinde oder Abzeichen zu tragen.<sup>31</sup>

Gleichzeitig wurden die Beigeordneten der ÖFF ihrer Ämter enthoben. Sepp Filz wurde einen Tag nachdem er gemeinsam mit dem sowjetischen Stadtkommandanten den britischen Kommandanten begrüßt hatte – quasi um die neuen Machtverhältnisse im Bezirk zu demonstrieren – wegen einer Lappalie – dem Fehlen einer Bewilligung für sein Auto – festgenommen.<sup>32</sup> Der kommunistische Bezirkshauptmann Dr. Josef Mandl wurde durch Dr. Friedrich Letnig ersetzt, um – wie es in einem Bericht des US-Geheimdienstes heißt – „das Monopol der Linken zu brechen“.<sup>33</sup> Zudem wurde auch die von der ÖFF herausgegebene Tageszeitung *Obersteirisches Tagblatt* sofort eingestellt. Einige wenige Vertreter der ÖFF wirkten in der Folge noch für einige Zeit als Betriebs- oder Gemeinderäte bzw. als Landtags- oder Nationalratsabgeordnete.<sup>34</sup> Der kurze Versuch der Österreichischen Freiheitsfront auch nach der Befreiung für eine bessere und gerechtere Welt einzutreten, wurde in der Folge aber ebenso vergessen wie ihr Kampf gegen das NS-Regime.

#### Anmerkungen:

- 1/ Zit. nach *Obersteirisches Tagblatt*, 27.6.1945.
- 2/ Ausführlich zur Geschichte der ÖFF: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945*. Mit einer Einleitung von Heimo Halbrainer. Bearbeitet von Elisabeth Holzinger, Manfred Mugrauer und Wolfgang Neugebauer. Graz 2019, S. 472–551; Heimo Halbrainer: *Sepp Filz. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau*. Graz 2020; Werner Anzenberger: *Partisanen. Militärischer Widerstand an der Eisenstraße*, in: Werner Anzenberger/Christian Ehtreiber/Heimo Halbrainer (Hg.): *Die Eisenstraße 1938–1945. NS-Terror – Widerstand – Neues Erinnern*. Graz 2013, S. 123–169; Max Muchitsch: *Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab*. Wien 1985; Max Muchitsch: *Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz*. Wien, Frankfurt/M., Zürich 1966.
- 3/ Aufruf zur Bildung der Freiheitsfront (Im Sender „Freies Österreich“, am 22. und 23. Oktober 1942), in: *Die KPÖ im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive*. Sammelband. Wien 1978, S. 133–138.
- 4/ Heimo Halbrainer: *Sepp Filz: Widerstand,*

*Befreiung und Wiederaufbau 1945*, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 22. Jg. (2015), Nr. 2, S. 24–26.

5/ Mile Pavlin: *Die Vorgeschichte der Partisanengruppe Leoben-Donawitz*, in: *Vestnik Koroskih Partizanov*, 22. Jg. (1988), Nr. 1–2, S. 23–28.

6/ Zit. nach der Anklageschrift des Oberreichskriegsanwalts gegen Franz Haslinger und Johann Fürst, 2.1.1945, in: *DÖW* (Hg.): *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark*, S. 487–498, hier S. 491.

7/ Siehe dazu die Biografien in: Heimo Halbrainer: *Archiv der Namen. Ein papierenes Denkmal der NS-Opfer aus dem Bezirk Leoben*. Graz 2013.

8/ Unabhängig davon kam es aber weiterhin zu Kämpfen, bei denen beispielsweise Anfang Dezember 1944 ein Partisan in der Nähe von Eisenerz erschossen wurde. Vgl. Sepp Filz: *Ein Oesterreicher: Heinal* Manuskript (Sammlung Heimo Halbrainer).

9/ *Obersteirisches Tagblatt*, 10.5.1945, S. 1.

10/ ÖFF – Arbeit in den Orten (Sammlung Heimo Halbrainer). Zudem auch die Aufrufe in der ersten Ausgabe des *Obersteirischen Tagblatts*, 10.5.1945.

11/ Alois Sormann war im November 1934 als einer von zwei Vertretern des Katholischen Arbeitsbundes in den 36 Mitglieder umfassenden Steiermärkischen Landtag entsandt worden. Siehe dazu: *Donawitz – Festtag des Katholischen Arbeitsbundes*, in: *Volksruf*, 28.11.1934, S. 6.

12/ ÖFF – Arbeit in den Orten.

13/ *Obersteirisches Tagblatt*, 10.5.1945, S. 1.

14/ Dazu auch der Bericht des amerikanischen Geheimdienstes Office of Strategic Services (OSS) 139.624 vom 22. Juni 1945 in: Siegfried Beer: *Von der russischen zur britischen Besetzung der Steiermark*. Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem Jahre 1945, in: *Blätter für Heimatkunde*, 59 Jg. (1985), S. 103–120, hier S. 107ff.

15/ Lagebericht des Leiters der Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front Anošin für den Zeitraum vom 9. bis 15. Mai 1945 über die Lage in Graz, Leoben und Mürzsteg, Dok. 59 in: Stefan Karner/Othmar Pickl (Hg.): *Die Rote Armee in der Steiermark. Sowjetische Besetzung 1945* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 8). Graz 2008, S. 225–229, hier S. 226.

16/ Protokoll der ÖFF-Sitzung am 3.6.1945 (Sammlung Heimo Halbrainer).

17/ Protokolle des Dreier-Ausschusses am 22.5. und der ÖFF am 3.6.1945.

18/ Probleme der obersteirischen Gemeinden, in: *Obersteirisches Tagblatt*, 11.7.1945, S. 2. Zuvor hatte schon der Dreier-Ausschuss unmissverständlich festgestellt: „Die größeren Betriebe [...] in Leoben werden verständigt, dass sie für die Löhne der gegenwärtig für den Dienst in der Ö.F.F. beurlaubten Gefolgschaftsmitglieder weiter zu bezahlen haben.“ (Protokoll

der Dreier-Ausschuss-Sitzung am 21.6.1945).

19/ Protokoll der Dreier-Ausschuss-Sitzung am 12.5.1945.

20/ Protokoll der ÖFF-Sitzung am 3.6.1945.

21/ Sepp Filz, zit. nach *Obersteirisches Tagblatt*, 27.6.1945, S. 1.

22/ Protokolle der Sitzungen des Dreier-Ausschusses am 1.6.1945, 7.6.1945, 12.6.1945, 13.6.1945, 19.6.1945 und 21.6.1945.

23/ Steiermärkisches Landesarchiv, Oberlandesgericht Graz, JV 1 a 1-50/1945, Mappe 2/45, Bericht des kommissarischen Beigeordneten Helmuth Wagner, 17.5.1945.

24/ Die Säuberung in der obersteirischen Justiz, in: *Obersteirisches Tagblatt*, 12.6.1945.

25/ ÖFF – Arbeit in den Orten: Beschluss des Dreier-Ausschusses, 12.5.1945.

26/ „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jeřábek und Leopold Kammerhofer. Horn, Wien 1995, S. 206–229.

27/ Anzeigen über frühere Nationalsozialisten, in: *Obersteirisches Tagblatt*, 11.6.1945.

28/ Lagebericht des Leiters der Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front Anošin, S. 226.

29/ Probleme der obersteirischen Gemeinden. Ernährung, Landwirtschaft, Wiederaufbau, Sicherheit, in: *Obersteirisches Tagblatt*, 11.7.1945.

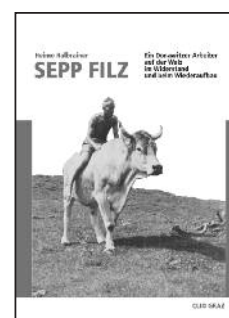
30/ ÖFF – Arbeit in den Orten: Anzeigen über frühere Nationalsozialisten.

31/ Auflösung der Freiheitsbewegung in Steiermark, in: *Neue Steirische Zeitung*, 2.8.1945.

32/ Interview mit Sepp Filz am 17.4.1992.

33/ OSS-Bericht LS-310 vom 27.7.1945, in: Beer: *Von der russischen zur britischen Besetzung der Steiermark*, S. 103–120, hier S. 111.

34/ Nähere Informationen zu den biografischen Lebensläufen der einzelnen Mitglieder siehe: Heimo Halbrainer: „Im Freiheitskomitee ist nicht gefragt worden, welcher Parteirichtung der einzelne angehört“ – Die Volksfrontkonzeption in der Praxis am Beispiel der Österreichischen Freiheitsfront in Leoben 1945, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Manfred Mugrauer (Hg.): *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert*. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag. Innsbruck, Wien, Bozen 2013, S. 181–198.



**Neuerscheinung:**  
*Heimo Halbrainer: Sepp Filz. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau.*  
Graz: Clio 2020, 240 S, 25 Euro



# Genosse Deserteur

## Das Tagebuch des Kremser Kommunisten Karl Mörwald (1944/45)

ROBERT STREIBEL

**K**arl Mörwald war eine prägende Figur für die KPÖ in Krets. Er war 34 Jahre lang Gemeinderat und hat damit die Politik der Stadt nach 1945 wesentlich mitgestaltet. Für den Verfasser war Mörwald ein wichtiger Mentor. Er hat mich bestärkt, mich mit der Geschichte der Stadt Krets auseinanderzusetzen, er hat Kontakt zu vielen ZeitzeugInnen hergestellt und auch eigenes biografisches Material zur Verfügung gestellt, etwa sein Tagebuch für die Zeit zwischen Februar 1945 und August 1947. Nicht zuletzt hat er es möglich gemacht, dass 1985 die 47-seitige Broschüre „Der lange Weg zur Befreiung“ als Sondernummer der *Kremser Nachrichten* in einer Auflage von 30.000 Stück an jeden Haushalt im Bezirk verschickt wurde. Dieses Heft, das eine Art Zwischenbericht meiner Recherchen für die Dissertation über Krets in der NS-Zeit war, hatte eine unglaubliche Wirkung, da zum ersten Mal die Namen von Tätern und Opfern genannt wurden und aus Dokumenten und Erinnerungen von ZeitzeugInnen zitiert wurde. Die Broschüre war mit Fotos illustriert, die zum ersten Mal gezeigt wurden. Obwohl es sich bei diesem Heft um eine Parteipublikation handelte, konnte niemand die Fakten und das Bemühen um einen wissenschaftlich geprägten Blick anzweifeln. Nach der Veröffentlichung haben sich Dutzende weitere ZeitzeugInnen gemeldet.

Vor rund 20 Jahren hatte ich geplant, ein Buch über Krets im Jahr 1945 zu schreiben und wollte dabei auch das Tagebuch von Karl Mörwald abdrucken. Wir konnten uns jedoch nicht einigen, da Mörwald Korrekturen anbringen und Teile des Tagebuchs gestrichen haben wollte. Die Aufzeichnungen von ihm sind ein unglaubliches Dokument, entstanden in der Zeit, als er versteckt in Krets lebte. Er hat darin verschiedene Zeitungsberichte und die Berichte seiner Frau rezipiert. Für mich war aber klar, dass nachträgliche Veränderungen dieser Niederschrift nicht in Frage kommen, da die Quelle damit an Wert verlieren würde. So geriet das Projekt auf die Warteliste und aufgrund anderer Vorhaben fast in Vergessenheit.

Karl Mörwald war für den Verfasser angesichts seiner guten Kontakte zu allen

politischen Akteuren ein Musterbeispiel eines kommunistischen Volkspolitikers, außerdem gab es wenige Menschen außerhalb der KPÖ, die in den 1980er Jahren in Krets überhaupt über die NS-Zeit reden wollten. Im Laufe meiner langjährigen Recherchen entdeckte ich aber auch ein anderes Bild von Mörwald, etwa seine Auseinandersetzung mit Therese Mahrer<sup>1</sup> oder seine damals vorbehaltlose Verehrung Stalins.

### Funktionär der KPÖ

Karl Mörwald wurde am 26. Oktober 1918 in Krets geboren. Sein Vater war sozialdemokratischer Betriebsrat in der Schuhfabrik in Rehberg. Nach der Volksschule besuchte er das Gymnasium und die Handelsschule. Danach arbeitete er als Verkäufer und Lagerhalter bei der Konsumgenossenschaft Krets. Bereits im Oktober 1933 trat er der damals illegalen KPÖ bei. Er wurde im März 1936 verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt, kam aber im Juli 1936 im Zuge einer Amnestie frei. Von 1938 bis März 1939 wurde er zum Reichsarbeitsdienst eingezogen. Nach wenigen Monaten beruflicher Tätigkeit bei der Konsumgenossenschaft folgte am 20. Juli 1939 die Einberufung zur Wehrmacht, wo er bei der Luftwaffe diente. Er desertierte im Februar 1945 und hielt sich, unterstützt durch seine Eltern, seine Frau und eine befreundete Familie, in Krets versteckt.<sup>2</sup> Bereits am 22. Mai 1945 wurde er als geschäftsführender Gemeinderat für Schule und Kultur eingesetzt, am 31. August 1945 wurde er Stadtrat und ab 21. September 1945 erster Vizebürgermeister (bis 1950). Von 1950 bis 1955 war er erneut Stadtrat (für öffentliche Unternehmungen und Marktwesen) und von 1956 bis 1959 Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag.

Am 8. August 1983 erläuterte Mörwald in einem Interview mit dem Verfasser, wie er in den 1930er Jahren zur KPÖ kam. Aus der Gruppe der *Roten Falken* bildete sich eine kommunistische Zelle. Prägende Figuren für ihn waren ein Gemeindeführer namens Adolf, an dessen Nachnamen er sich jedoch nicht mehr erinnerte, dann Sigi Neubauer, der Sohn des Rabbis von Krets, sowie Louis Mahrer und seine spätere Frau Therese

Lutzer: „Wir hatten illegale Zusammenkünfte im Haus des Arbeiters Franz Klett, studierten das kommunistische Manifest, aber auch Hitlers ‚Mein Kampf‘.“ Als er 1936 aus der Haft freikam, notierte Mörwald in sein Tagebuch: „Meine Mutter sagt: ‚Schön, dass du wieder da bist‘. Ich stehe abends noch lange vor unserem Hause und blicke zur Stadt hinunter. Die Krets fließt ruhig dahin. Die Stadt ist mit einem violetten Dunst überzogen und ein leichtes warmes Abendlüftchen flüstert mir zu: Und jetzt erst recht.“

Bis dieses „jetzt erst recht“ politisch umgesetzt werden konnte, sollte es fast zehn Jahre dauern. Die Genossen, die mit Mörwald früher bei den *Roten Falken* waren, waren 1938 in verschiedene Teile des Deutschen Reichs verstreut und schrieben sich Briefe. Mörwald war der erste dieser Runde, der die Technik der „Sklavensprache“ gezielt einzusetzen verstand. In einem Brief vom 11. August 1939 führt er in seiner Analyse des Hitler-Stalin-Paktes nicht nur das Vaterland im Mund, er ist sich sogar des Führers sicher: „Ja, der Pakt mit Russland gab auch uns hier viel Gesprächsstoff. Allgemein meint man, dass jetzt England und Frankreich am Ende der Kräfte seien, andere erdreisten sich, zu meinen, dass dieser Pakt von Russland gar nicht so ehrlich gemeint sei und dass vielleicht Russland die Toten von Spanien noch nicht vergessen hätte und somit gar der Pakt für Deutschland nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil werden müsse. Das sind aber nur dumme Auslegungen. Ich weiß, dass dieser Abschluss das richtige war, denn was unser Führer macht, das wird mit Überlegung gemacht und richtig sein und daran kann man glauben. Der Glaube und die Idee werden den Sieg davontragen.“

Die Aufforderung, Widerstand zu leisten oder zumindest in diesem Sinne zu wirken, wird als Idealismus verbrämt, wenn von „Idealen“, vom „Glauben“ und von „Ideen“ die Rede ist. Für die Kommunisten Karl Mörwald, Louis Mahrer und August Vackrka existierte längst ein zweites Vaterland, und ihr „Führer“ hatte für sie damals immer recht – nämlich Josef Stalin. Der Zwang, verschlüsselt zu schreiben, deckt – ohne dass es den

Schreibern damals bewusst geworden wäre – eine Wirklichkeit auf, an der bereits tausende Kommunisten zerbrochen waren, die noch Hunderttausenden das Leben kosten sollte: der Glaube an den Führer des Weltproletariats. Idealistisch verbrämt wird auch die illegale Organisation, die in den Briefen als „Aristokratie des Geistes“ wiederkehrt: „Kannst Du Dich der Tage erinnern, da wir in Krems durch die Au gingen und von einer neuen ‚Aristokratie des Geistes‘ sprachen und der Notwendigkeit, dass die geistig hochstehende deutsche Jugend sich finde und wirksam werde. Ich habe hier wieder viele getroffen, die darin den Weg sehen, wenn nötig, und das gibt mir Mut für die Zukunft. Denk daran, behalte die Verbindung mit Kameraden, die Du gut kennst und die gebildet sind.“ (11.8.1939) Ohne den politischen Hintergrund der Briefschreiber, ohne ihre Vorgeschichte zu kennen, könnte es leicht passieren, diese Briefe misszuinterpretieren.

Trotz seiner Vorgeschichte hatte Karl Mörwald Glück, denn er hätte – wie er im Interview schildert – bereits im März 1938 verhaftet werden sollen: „1938 entging ich durch einen Zufall einer weiteren Verhaftung. Ich war damals sehr krank, die SA-Leute hatten das Haus umstellt, der behandelnde Arzt Dr. Neuner, der hat bestätigt, dass ich nicht verhaftet werden kann.“ In einem für die KPÖ verfassten Lebenslauf legte Mörwald besonderes Augenmerk auf die illegale politische Arbeit. Neben Neubauer erwähnt er den von den Nazis ermordeten Franz Zeller und den zu diesem Zeitpunkt bereits verstorbenen Alois Schallinger, mit denen er antifaschistische Aktionen durchführte. Es wurden örtliche Flugblätter hergestellt sowie der Vertrieb der von Louis Mahrer herausgegebenen illegalen Zeitung *Volkswille* sowie der *Roten Fahne* organisiert.<sup>3</sup>

Dass Mörwald nach 1945 in der Josef-Stalin-Straße 71 wohnte, ist eine Ironie der Geschichte. Der Adolf-Hitler-Ring war nach der Befreiung in Josef-Stalin-Straße umbenannt worden. Wäre es nach der KPÖ gegangen, hätte der Südtirolerplatz nach Stalin benannt werden sollen. Am 6. Mai 1947 stellte die Partei einen entsprechenden Antrag. In der darauf folgenden Diskussion wurden weitere Alternativen genannt, etwa die Wertheimstraße, die Bürgermeister Riel als die schönste Straße von Krems anpries. Diese Nebenstraße der Ringstraße in der Nähe des zerstörten Bahnhofs als solche zu bezeichnen, glich jedoch einem schel-

mischen Affront. In der Debatte forderte Mörwald, dass auch in Krems ein „würdiger Platz zu Ehren Generalissimus Stalins“ benannt werden sollte. Letztlich wurde nicht die Nebenstraße, sondern die Hauptstraße umbenannt. Als 1956 vom Gemeinderat die Umbenennung in „Ringstraße“ beschlossen wird, argumentiert Mörwald defensiv: Stalin sei eine große Persönlichkeit gewesen und seine großen Erfolge seien unbestritten.

### Das Tagebuch 1945–1947

Karl Mörwald begann sein Tagebuch im Februar 1945, als er sich in Krems versteckt hielt. Die Zeit vor der unmittelbaren Abfassung dürfte er aus Notizen rekonstruiert haben. Die von mir angefertigte Transkription des Tagebuchs umfasst 50 einzeilig beschriebene Seiten. Darin sind auch sieben Seiten mit Tagebuchnotizen enthalten, die er nach seiner Verhaftung 1936 niedergeschrieben hat. Die transkribierte Fassung wurde von Mörwald korrigiert, wobei er bei einer allfälligen Veröffentlichung eine Reihe von Streichungen vornehmen wollte.

Tagebücher und Briefe sind eine besondere Quelle. Sie sind mehr als ein Abdruck einer vergangenen Zeit, also mehr als ein Fossil, denn im Gegensatz zu Versteinerungen sind sie mit Leben gefüllt, mit Anschauungen und Betrachtungen, die noch nicht interpretiert wurden. Im Gegensatz zu Erzählungen von ZeitzeugInnen geben diese beiden Dokumente die unmittelbare Sicht der Ereignisse wieder, aus dem Blickwinkel des Lebens, das noch nicht wusste, wie die Geschichte enden, wie alles ausgehen würde. Das macht diese beiden Quellentypen so spannend und gleichzeitig herausfordernd auch für den, der sie verfasst hat, da es manchmal nur schwer zu ertragen ist, die eigene Position so festgehalten zu wissen.

27 Einträge, manche tageweise, manche mehrere Tage zusammenfassend, beschreiben den Zeitraum, bevor Mörwald Ende Jänner 1945 den Entschluss fasste, zu desertieren. Vom 31. Jänner bis 9. Mai 1945 verfasste Mörwald 70 Einträge. Danach kam er durch die vielfältigen politischen Aufgaben nur sporadisch dazu, Notizen zu machen. Im Mai 1945 findet sich nur eine weitere Eintragung am 27. des Monats. Im Juni hielt er Ereignisse an drei Tagen fest. Im Oktober und Dezember 1945 finden sich jeweils nur zwei Eintragungen. 1946 gibt es nur eine Eintragung am Neujahrstag, 1947 zog er im Juli und August, als den ersten Urlaub am Fuße des Ötschers ge-

noss, eine Art Bilanz. Dominierte nach dem für die KPÖ enttäuschenden Ergebnis der Wahlen im November 1945 eine depressive Stimmung, war er im Sommer 1947 zuversichtlicher. Seine letzte Eintragung lautet: „Die Unzufriedenheit wird immer größer. Alle hoffen auf eine baldige Änderung des Kurses. Der Kampf unserer Partei stößt immer mehr auf Verständnis unter den Massen und unsere Forderung nach Neuwahlen wurde mit viel Verständnis aufgenommen. Es wird noch viel Erziehungs- und Aufklärungsarbeit in Zukunft bedürfen, um unser Volk aus dem Konservatismus herauszureißen und es in die Vorwärtsentwicklung einzureihen. Doch der Fortschritt kann nicht aufgehalten werden und Österreich wird keine Insel der Zurückgebliebenen bleiben. Es wird noch harte Kämpfe zu führen geben, doch ohne Kampf kann nichts werden.“

Am Beginn des Tagebuchs schrieb Mörwald eine Art Geleitwort, in dem er seine Beweggründe erläuterte: „Warum ich erst so spät beginne und ein Tagebuch eröffne, will ich durch nachfolgende Zeilen kurz erörtern. Das kam so: Seit 1938 bin ich nun schon von zu Hause weg. Zuerst nach der ruhmreichen Befreiung von Österreich durch Adolf Hitler wurde ich im Herbst 1938 zum Arbeitsdienst gezogen. Da durfte ich ein halbes Jahr für das Großdeutsche Reich meine junge Kraft verwenden, um neue Arbeitsdienstlager zu errichten. Dann hatte ich das Glück, nicht viele hatten es, dass ich bis Ende Juli 1939, nachdem ich vom Arbeitsdienst nach meiner halbjährigen Dienstzeit entlassen wurde, meinem Berufe nachgehen konnte. Am 20. Juli 1939 musste ich Soldat werden. Mit meinen noch nicht 21 Jahren kam ich zur Abrichtung nach Wischau [heute Vyškov, R.S.] in Mähren. Hier blieb ich bis anfangs November 1939. Anschließend kam ich nach Olmütz. Zweieinhalb Jahre blieb ich da, bis Ende Juni 1942 die schreckliche Hand des Krieges auch mich erhaschte und nach Russland steckte. Nicht lange währte mein erster Feldzug. Nach kaum einem Monat wurde ich vom ehemaligen Inspizienten der Schlachtflieger und Zerstörer mittels Flugzeug ins Hauptquartier des Reichsmarschalls befördert und musste da mit ihm beim General der Jagdflieger eine neue Dienststelle aufbauen. Da blieb ich bis zum August 1943. Zwischendurch reiste ich in Russland, Italien und auch Deutschland viel umher. Im Herbst 1943 kam ich zu der neu aufgerichteten Dienststelle des Generals der Schlacht-

flieger, wo mich der neue Inspizient der Schlachtflieger, Oberstleutnant Druschel, hinbefohlen hatte. Hier arbeitete ich in Berlin mit Ausnahme einiger Unterbrechungen, wo ich auf Dienstreise war. Was weiter geschah, ist in den nachfolgenden Zeilen festgehalten. In all dieser Zeit hatte ich keinerlei Zeit, alle meine Eindrücke und Erlebnisse festzuhalten. Ewig wurde ich gejagt durch den ewigen Dienst. Vieles habe ich gesehen und erlebt und ich will versuchen noch manches festzuhalten bevor mein durch die Militärzeit ausgelaugtes Hirn ganz entschwindet. Ich konnte früher mit meinen Aufzeichnungen nicht beginnen, da ich mich erst jetzt von der militärischen Umgebung loslösen konnte und meinem Mund kein militärischer Maulkorb mehr vorgehängt ist. Die Zeiten, in der ich beginne diese Zeilen niederzuschreiben, sind hart und gemein gegen die freiheitsliebende Menschheit. Nachfolgende Zeilen mögen in der nun bald kommenden Zeit der Freiheit den Überlebenden Zeugnis unserer schweren Zeit ablegen.“

### An der Front

Das Tagebuch beginnt am 13. Dezember 1944, unmittelbar vor der Ardennenoffensive der Wehrmacht. Mörwalds unmittelbarer Vorgesetzter, Oberstleutnant Druschel, mit dem er einen Verbandsführerlehrgang organisiert hatte, war nach Berlin abgefahren, da er Vater einer Tochter geworden war. Wüsste man nicht um die politische Vorgeschichte von Mörwald, man würde sie aus seinen Zeilen nicht sofort erkennen können. Als er durch Bonn fuhr, notierte er etwa: „Die Stadt ist durch den Bombenterror arg zugerichtet worden. Eine Ruinenstadt wie so viele in Deutschland.“ (21.12.1944) Oder: „Die deutsche Ardennenoffensive ist nun schon 6 Tage im Rollen und es scheint vorwärts zu gehen. Wagen um Wagen rollen nach vorne. Der Nachschub rollt wie zu Beginn des Russlandfeldzuges und es hat den Anschein als ginge es diesmal wieder kräftig vorwärts.“ (22.12.1944)

Mörwald erhielt den Befehl, Oberstleutnant Druschel nachzureisen. Im Zug von Bonn nach Euskirchen erlebte er einen Bombenangriff: „Es wird über die Stadt ganz anständig abgeladen und der Zug wird in den Schienen erschüttert. Nach ungefähr eineinhalb Stunden gibt es Entwarnung.“ Mörwald beschreibt die angespannte Situation im Zug: „Arme Menschen! Nichts als Nervenbündel. Der Krieg hinterlässt sein Spuren.“ Die Nacht über verbrachte er im zugigen und zum

Teil zerstörten Bahnhof in Euskirchen: „Viele andere Soldaten kauern ebenfalls zusammengekauert um sich einigermaßen zu erwärmen, wartend und frierend auf Stühlen, Bänken und den bloßen Boden. Viele russische Ostarbeiter sind ebenfalls unsere Leidensgenossen. Ein Stimmengewirr erfüllt den Saal. Wenn ein Zug ausgerufen wird, geht ein Schimpfen und Schreien durch den Wartesaal. Deutsche und russische Schimpfworte zeugen von der Unzufriedenheit über die hiesigen Zustände.“ (22.12.1944)

Von Euskirchen wurde Mörwald nach Prüm beordert, wo sich auch eine Abschussstelle der V1-Raketen befand. Hier erfuhr er seinen nächsten Einsatzort: Clerf in Luxemburg. Am 23. Dezember fuhr er in einem LKW Richtung Darsburg. Das Wetter hatte sich gebessert, was zur Folge hatte, dass der Himmel voller Jabos (Jagdbomber) war: „Ununterbrochen greifen sie im Tiefflug die fahrenden Kolonnen und die abgestellten Fahrzeuge in den Dörfern und Städten an. Wir kommen nur stückweise vorwärts. Meistens liegen wir etwas abseits der Straße im Schnee in Deckung. Der Zustand erinnert mich an Sizilien knapp vor der Landung der Alliierten, nur war es damals nicht so kalt. Wir haben mit den Angriffen Glück und kommen heil weiter.“ In einem Bunker fand er Zuflucht. „Draußen knattern ununterbrochen die Bordkanonen der Jabos und kleinere Bomben fallen dazwischen.“ 30 Meter vom Bunker stürzte ein Bomber ab, ein Besatzungsmitglied sprang mit dem Fallschirm ab: „Er wird sofort von ein paar SS-Männern gefangen genommen und ich komme gerade zurecht wie sie ihn erschießen wollen. Rechtzeitig kann ich noch eingreifen und verhindern, dass er erschossen wird. Ich gebe ihm einem rückfahrenden Sanitätswagen mit.“ (23.12.1944)

In Clerf gab es keine Möglichkeit zu telefonieren, weshalb Mörwald beschloss, mit einem Wagen Richtung Noville in Belgien zu fahren: „Dies hätte ich nicht tun sollen. Kaum 10 km westlich von Clerf bekommen wir einen Jaboangriff. Wir springen zur Seite in den Straßengraben und schon stürzt sich die erste Maschine auf uns. Gleich der erste Anflug hat getroffen. Unser Wagen brennt lichterloh.“ Da er auch in Noville keine Telefonverbindung bekam, fuhr er nach Clerf zurück. In einem Wald wurde seine Wagenkolonne durch Artillerie beschossen: Am Ende blieben zwölf Tote zurück. Mit dem Auto gelangte Mörwald schließlich nach Blankenheim: „Tote

Menschenleiber, verkohlte Pferde liegen neben den Autos und Wagen. Niemand kann die Leichen wegräumen, dazu ist jetzt keine Zeit. Alles hastet und eilt, vorwärts oder rückwärts. Wir fahren jetzt von einer angegriffenen Sanitätskolonne vorbei. Trotz des weithin sichtbaren Roten Kreuzes auf weißen Grund wurde sie angegriffen. Wenige konnten sich retten. Die meisten sind im Wagen geblieben und mit ihnen zugrunde gegangen. Ein schauriges Bild! Nichts merkt man von der klaren guten Nachtluft. Es riecht nach verbrannten Menschenleibern! Furchtbarer Krieg! Wahnsinn! Wir sind vorbei. Ich atme erleichtert auf. Die Luft ist wieder klarer.“

Bevor er nach Berlin zurückfahren sollte, beschloss Mörwald, noch einmal nach Krems zu fahren. In Köln stellt sich ihm einmal mehr die Sinnfrage. „Ich bin erschüttert von dem Anblick dieser Stadt. Nichts als Ruinen. Ich sehe weit und breit kein ganzes Haus. Der Dom gegenüber dem Bahnhof ist ausgebrannt. Das Gerippe steht noch da. Ich frage mich unwillkürlich: Warum muss das alles sein? Hat es denn einen Sinn einen Krieg weiterzuführen, wenn er schon verloren ist. Ist es nicht die Pflicht der verantwortlichen Männer mit diesem Wahnsinn aufzuhören um Menschen und Kulturgüter noch zu retten? Ich wundere mich, dass dies alles die Menschen so geduldig ertragen.“ Silvester verbrachte er bei seiner Familie in Krems. „Ein sehr trüber Silvester! Die Rede Adolf Hitlers, lässt uns aufhorchen. Es ist daraus zu entnehmen, dass uns noch das Schlimmste bevorsteht.“ (31.12.1944)

Am 4. Jänner 1945 erreichte Mörwald seine Dienststelle in Berlin. Alle waren verwundert, dass er noch am Leben ist. Sein Vorgesetzter, Oberstleutnant Druschel, wurde seit 1. Jänner vermisst, er kehrte von einem „Feindflug“ nicht zurück. Bis zum 10. Jänner blieb Mörwald in Berlin, dann bekam er „Einsatzurlaub“. Mit einem Fieseler Storch konnte er bis Guben fliegen, von wo er mit dem Zug weiterfuhr. Am 11. Jänner war er wieder bei seiner Frau und seinem Sohn und hatte bis 26. Jänner Urlaub. „Die russische Offensive ist im Osten mit ungeheurer Wucht losgebrochen. Ich stehe jeden Tag bei der Karte und halte den Frontverlauf auf Grund der sehr lückenhaften Meldungen fest. Unsere Wehrmacht scheint nicht mehr stark genug zu sein, um der Offensive irgendeinen Widerstand ernster Art entgegenzusetzen zu können. Unaufhörlich marschiert der Russe gegen Westen. [...] Manche





**Karl Mörwald (1918–2004)**

meinen er würde weitermarschieren bis Berlin. Ich glaub, dass es der deutschen Wehrmacht gelingen wird den Stoß an der Oderlinie aufzufangen, allerdings nur vorübergehend.“ (13.–26.1.1945)

### Desertion

Der Zug nach Berlin war überfüllt und fuhr überraschenderweise über Breslau, obwohl in den Wehrmachtsberichten erwähnt wurde, dass „der Russe“ bereits vor der Stadt stehe. „Flüchtlinge, die die Stadt verlassen steigen ein, die Militärstreife durchkämmt den Zug und nimmt Soldaten heraus. Sie werden zum Einsatz in der Durchbruchlinie der Russen bestimmt sein. Ich habe abermals Glück und komme durch.“ Die Stimmung im Zug war gereizt und angespannt. „Für eine Fahrtstrecke von ungefähr 70 km brauchten wir die ganze Nacht. Wir mussten die Hauptstrecke umfahren, da der Russe zwischen Liegnitz [Legnica in Polen, R.S.] und Breslau bereits über die Oder gegangen ist.“ (28.1.1945)

In Berlin erfuhr er in seiner Dienststelle in Rangsdorf, dass er zum Schlachtgeschwader 4 versetzt werden sollte. Mörwald bekam mit, dass Offiziere bereits mit der Verlegung ihrer Familien und ihrer Wertsachen begannen. „Zur Abholung von Wäsche und eines Radioapparats wurde sogar von unserem General eine He 111 eingesetzt, die nach Breslau flog und die Sachen abholen musste. Da gibt es keinen Brennstoffmangel. Mich packt eine unheimliche Wut, alte Ungerechtigkeiten und Schweinereien, die ich in diesem Stabe schon mitansehen musste tauchen in meinem Kopf wieder frisch auf. Während tausende, hunderttausende von Frauen und Kindern auf

den Landstraßen wandern, frierend und hungernd, werden hier Flugzeuge und Autos eingesetzt, damit sie ihre Privatsachen in Sicherheit bringen können. Denen macht es gar nichts aus, dass hunderte von Kindern erfrieren, weil sie der Kälte auf den Straßen nicht gewachsen sind.“ Im Anschluss daran notiert Mörwald: „Ich fasse den Entschluss bei meiner Versetzung an meinem Bestimmungsort nie anzukommen. [...] Nein, sage ich mir, im letzten Augenblick dieses furchtbaren Krieges werde ich nicht mehr meine Haut zu Markte tragen. Dies mögen die tun, die von ihrer ‚Idee durchdrungen sind‘. Ich habe nur einen Wunsch: den Krieg gesund zu überstehen und zu meiner Familie zurückkehren.“ (30.1.1945) Da der Roten Armee ein Panzervorstoß über die Oder zwischen Bad Freienwalde und Wiesen, 60 km nordöstlich Berlin, gelungen war, wurde die Verlegung des Stabes intensiviert. Über seinen Abschied aus Berlin vermerkt Mörwald: „Ich melde mich bei meinem Stabsoffizier ab. Er macht mich noch aufmerksam, dass ich die Ohren steifhalten soll, damit ich nicht kassiert werde.“ (31.1.1945)

Im Interview (1983) schildert Mörwald seine Desertion folgendermaßen: „Die Desertion war möglich, weil ich illegale Kontakte vor allem in der Tschechoslowakei hatte mit der Untergrundbewegung, wir haben die Genossen in Olmütz mit verschiedenen Materialien versorgt, zum Beispiel mit Benzin. Später als Stabschreiber hatte ich viele Kontakte als einfacher Gefreiter zu Offizieren, die Gegner des Hitler-Systems waren, mit ihnen war es zum Teil möglich offen über die Fürchterlichkeiten des faschistischen Krieges zu sprechen. Im Jahr 1944 ist uns durch Informationen, die ich in meiner Funktion als Schreiber bekam, klar gewesen, dass der Krieg höchstens noch bis Juli 1945 dauern könnte. Ich hatte Glück, sollte versetzt werden zu den Fallschirmjägern und bin dann desertiert, vorher habe ich meinen Kollegen, die mit mir gearbeitet haben, mitgeteilt, dass es möglich sein könnte, dass ich nicht bei jenem Truppenteil ankommen könnte, zu dem ich versetzt worden war. Ich habe mit ihnen vereinbart, die Fahndung so lange wie möglich hinauszuziehen, das ist dann auch tatsächlich geschehen.“ Es lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären, welche Version zutreffend ist. Möglicherweise wollte Mörwald in seinem Tagebuch niemanden belasten, obwohl das Geleitwort insinuiert, dass hier alles gesagt werde.

Am 1. Februar 1945 traf Mörwald von Berlin kommend in Krems ein. Tags darauf schrieb er: „Heute kann ich mich erst richtig mit meinen Eltern und meinem lieben Frauchen aussprechen. Ich lege ihnen meinen Entschluss dar und mache sie aufmerksam, dass sie als Mitwisser sich großer Gefahr aussetzen. Hauptsache ist, ich bin da und überstehe diesen Krieg gut.“ Für das Tagebuch bedeutete dies: „Von heute ab will ich die Entwicklung der Dinge in politischer und kriegerischer Hinsicht im Wichtigsten hier festhalten. [...] ‚Neuer Riesenbetrug am deutschen Volk geplant.‘ Das sind die Schlagzeilen des heutigen ‚Völkischen Beobachter‘. Der Artikel bezieht sich auf die Dreierkonferenz der 3 Staatsmänner Stalin, Roosevelt und Churchill. Es wird festgestellt, dass das deutsche Volk niemals kapitulieren wird.“

### Versteckt in Krems

In der Folge notierte Mörwald in seinem Tagebuch den jeweiligen Frontverlauf. Gelegentlich schildert er auch Ereignisse in Krems, so zum Beispiel die Denunziation der Frau des Eisenbahners Kober, die später Mörwald unterstützen sollten. Der Ortgruppenleiter Gangl habe sie zu sich bestellt und gemeint „Sie sehen ja aus wie Frau Stalin“, um ihr „sehr zuzusetzen“. In diesem Fall vermerkte Mörwald: „Schöne Charakterzüge. Sie sollen für die Zukunft hier festgehalten werden, damit sie nicht in Vergessenheit geraten.“ (7.2.1945) Zwei Tage später hielt er fest, dass Richard Ott als Deserteur von einem Polizeihauptmann Hahn am Pfarrplatz erschossen worden sei. Als Denunziant nennt er Schebor. Der Angriff von Ott habe in der Wohnung einer Familie Michel stattgefunden (9.2.1945).

Anlässlich seines Hochzeitstags notiert er: „3 Jahre sind es heute her, dass ich verheiratet bin. Eigentlich habe ich mir bei meiner Hochzeit nicht gedacht, dass ich noch 3 Jahre im Kriege leben werde. Ich hoffe aber, dass dieses Jahr das letzte Kriegsjahr und somit das letzte Jahr in unserer Ehe ist, wo das furchtbare Ringen die Welt erzittern lässt.“ (21.2.1945) Am Tag, an dem bereits seit vier Tagen keine V-Waffen nach England abgefeuert wurden, hielt er eine Szene beim Arzt fest, die ihm seine Frau berichtet hat. Alte Männer sitzen im Wartesaal und wollen Bestätigungen, dass sie nicht zum Volkssturm müssen, eine Frau meint, ihr Mann habe schon voriges Jahr gemeint, dass wir den Krieg nicht gewinnen werden „zustimmendes Murmeln“. Nur zwei BDM-Mädchen „äußern sich unbehag-

lich über die Volksmeinung.“ Ein Aufseher mit einem Ostarbeiter mit einer stark blutenden Wunde am Kopf und eine Ukrainerin mit einem dreijährigen Buben. Der Aufseher meinte: „Mit denen sind wir gleich fertig: Mit ‚denen‘ meine er die Ostarbeiter mit dem Kind. Eine Bauersfrau geriet in Wut. ‚Was heißt mit ‚denen‘: das sind genau solche Menschen wie wir. Wer weiß ob wir nicht auch noch einmal unsere sieben Zwetschken packen und wandern müssen.“ (24.2.1945)

Der Krieg war längst in der Heimatstadt in Krems angekommen. Am 27. Februar notierte Mörwald: „Schon eine Woche lang ziehen unendliche Kolonnen von Flüchtlingen aus den Osten und den Oberschlesischen Raum durch unser Städtchen. Der Stadtpark, Wetterhäuselpark und andere Grünanlagen dienen als Schutz gegen Licht der feindlichen Tiefflieger. Massenelend auf allen Hauptverkehrsstraßen. Der Strom der Flüchtlinge ergießt sich donauaufwärts, gegen den Westen. Was wird dort diesen gehetzten Menschen erwarten? Nichts anderes wahrscheinlich als Not, Elend und dauernde Lebensgefahr, da der Feind täglich ein Stück weiter ins Herz Deutschlands vorrückt.“ Am 1. März hielt er den ersten Jabo-Angriff auf den Bahnhof fest. „3 Lokomotiven total zerstört. Anzahl der Todesopfer und Verwundeten noch nicht bekannt.“ Dieser Angriff habe in der Bevölkerung große Angst und Unsicherheit ausgelöst. Im Krankenhaus Krems wurden nicht alle Leben geschützt: „Schwerkranke, deutscher Abkunft werden in den Keller transportiert. Ausländer werden nicht hinunterbefördert.“ Persönliche Notizen sind selten zu finden. Mitte März war Mörwald bereits eineinhalb Monate versteckt: „Das ewige Versteckthalten nagt langsam an meinen Nerven. Ich bemerke, dass ich manchmal unerträglich werde und die Menschen, die um mich sind haben es oft nicht leicht mit mir.“ (15.3.1945)

Am 2. April wurde der Bahnhof von Krems bombardiert. „Ein denkwürdiger Tag. Wir haben Fliegeralarm. Es ist halbdrei Uhr Nachmittag. Die Amerikaner hängen über der Stadt. Plötzlich gehen ein Raunen und Donnern durch die Luft. Die ersten Bomben fallen. Ungefähr eine dreiviertel Stunde erzittert der Boden. Riesige Rauchschwaden steigen empor. Ein Krachen und Donnern erfüllten die Luft. Stinkig und rußig ist der Ostertag. Unsägliches Leid ist über unsere Stadt hereingebrochen. Ein Teil unserer einst so schönen Stadt war einmal.

Der Bahnhof ist dem Erdboden gleichgemacht. Die umliegenden Wohnviertel wurden arg mitgenommen. Der Krieg kommt immer näher!“ (2.4.1945) Drei Tage später: „Vom militärischen Geschehen bin ich seit dem Angriff ganz ununterrichtet. Es gibt keinen Strom, kein Wasser und keine Zeitung. Ich selber bin mit meinen Nerven ziemlich fertig, was ich auf Grund einer Auseinandersetzung mit meiner Frau merke. Ein Nervenbündel bin ich geworden. Ich erkenne mich selber kaum wieder. Seit dem 1.4.1945 ist das Standrecht über den ganzen Gau Niederdonau verhängt.“ (5.4.1945)

Neben dem 2. April war der 6. April ein besonders wichtiger Tag für die Geschichte der Stadt zum Kriegsende. Wie vermerkt Mörwald das Massaker im Zuchthaus Stein? „Seit gestern sind Schuhe und Wein ohne Karten zu kaufen. Auch wurden 40 Punkte der Kleiderkarte aufgerufen. Auch Likör ist im freien Handel zu bekommen. In der Kremser Stadt geht alles drunter und drüber. Die Partei ist nicht mehr Herr der Lage. Die Arbeiter gehen schon über eine Woche nicht mehr zu ihren Arbeitsstellen. In der ‚Donauwacht‘ wird die Bevölkerung aufgefordert sich auf ihren Arbeitsstellen wieder einzufinden! / Heute Nachmittag fand eine Revolte in der Strafanstalt Stein statt. Unter Mitwirken vom Gefängnisdirektor und einigen Aufsehern wurden die Gefangenen entlassen und bewaffnet. Es kam zu Schießereien. Der Direktor der Strafanstalt sowie der Verwaltungsinspektor und 2 Oberwachmeister wurden vom Standgericht zum Tode verurteilt und sofort von den ‚Nazis‘ erschossen. In den Straßen von Krems, Stein und Rehberg wurde heftig geschossen. Es geht dem Ende zu! Seit 3 Tagen hören wir täglich das Donnern der Artillerie. Wie lange wird es noch dauern bis wir von diesem Nazijoch befreit sind? Alle Häftlinge vom Kreisgericht wurden auf freien Fuß gesetzt. Auch Onkel Anton ist wieder zu Hause.“ (6.4.1945)

Ab 16. April waren St. Pölten, Herzogenburg und Traismauer in „russischer Hand“. Ein Angriff der Roten Armee auf Furth und Mautern wurde jedoch von den Deutschen abgeschlagen. Gegen Ende April stellte Mörwald militärisch eine gewisse Beruhigung in Krems fest, andererseits erfolgten täglich Massenerschießungen von Desertieren. Am 21. April wurden überdies drei Wehrmachtsangehörige, ein Hauptmann, ein Oberleutnant und ein Feldwebel am Südtirolerplatz aufgehängt. „36 Stunden ließ

man sie zur Schau hängen um als abschreckendes Beispiel zu dienen.“ (24.4.1945)

## Befreiung

Dass es im Tagebuch keinerlei Hinweise auf illegale Treffen gibt, kann auch als Vorsichtsmaßnahme gewertet werden. Im Interview aus dem Jahr 1983 erzählt Mörwald über die konspirativen Treffen, die in der Wohnung des Ehepaars Kober stattgefunden haben. „Wir haben uns in ihrer Wohnung laufend getroffen, Pläne geschmiedet, was nach der Befreiung sein würde, wobei sich einiges als Illusion herausgestellt hat: Zum Beispiel, dass wir von einer absoluten, harten Bestrafung der Faschisten in Krems geträumt haben und geglaubt haben, sie ihrer gerechten Strafe zuzuführen.“ Wenige Tage vor dem Kriegsende wurde in die Wohnung der Mörwalds auch noch die SS einquartiert. „Dann ist die Frau Kober gekommen, die hat die Lokomotivtasche und die Uniform ihres Mannes mitgebracht, und ich bin dann mit ihr Arm in Arm durch die SS-Gruppe marschiert und habe mich dann im Weingarten versteckt.“

Keinerlei Hinweise im Tagebuch finden sich auch auf die Organisationstätigkeit unmittelbar am Tag der Befreiung. Im Interview erinnert sich Mörwald: „Am Tag der Befreiung, als die Sowjettruppen einmarschiert sind, hat auch schon die erste Sitzung im Rathaus stattgefunden, wo über 20 Genossinnen und Genossen anwesend waren, wobei vor allem die Genossin Franziska Wagner wertvolle Arbeit geleistet hat, die die Leute, die für die Rote Hilfe gespendet haben, zusammengeholt hat.“ Am 9. Mai 1945 war es soweit: Karl Mörwald feierte seine Befreiung. „Der denkwürdigste Augenblicklich meines ganzen Lebens ist gekommen. Es ist 7 Uhr früh. Seit einer Viertelstunde läuten die Friedensglocken. Die Menschen laufen auf den Straßen und rufen sich gegenseitig zu voll Freude im Herzen. Kaum fassbar ist es, es ist Friede. Ich finde keine Worte, um all meine Freude kundzutun. Es war gegen 11.00 Uhr vormittags, dass ich seit drei Monaten Verstecktheit wieder die Freiheit erlangt habe. Ich kann wieder unter Menschen.“

In der Folge werden die Einträge seltener. Da die Notizen Ende Mai und Mitte Juni 1945 ein Dokument des umtriebigen Kommunalpolitikers Karl Mörwald sind, werden sie hier zur Gänze wiedergegeben: „3 Wochen sind es her seitdem der Friede ins Land gezogen ist. Manch un-

erfreuliche Ereignisse betrübten unsere anfängliche Freude. Plünderer, Schändungen und ähnliches kamen vor. Nun ist aber wieder allmählich Ruhe eingezo- gen und langsam aber sicher kehrt wie- der das normale Leben ein. Die Men- schen gehen ihrer Arbeit nach, Kinos spielen wieder und heute startet das erste Fußballspiel seit Kriegsende. Die Men- schen können sich noch immer nicht mit den Gedanken vertraut machen, dass nun wirklich das wahnsinnige Menschen- morden ein Ende haben soll und befin- den sich noch halb in einem Traumzu- stand. Allmählich erst beginnen sie auf- zutauen. / Man hat mich in der neuen Gemeindevertretung mit dem Amt des Referenten für Schul- und Kulturwesen betraut. Ich bin erfreut darüber und habe binnen der kurzen Zeit seit dem Ein- marsch der Roten Armee ganz schöne Erfolge zu verzeichnen. Es ist mir gelun- gen, bereits einen ‚Bunten Nachmittag‘ mit anschließendem Tanz zu organisie- ren. Die antifaschistische Jugendbewe- gung rief ich ins Leben, auch gelang es mir, den ehemaligen Sportklub ‚Vor- wärts‘ wieder ins Leben zu rufen. / Auf mein Drängen hin wird es möglich sein, am kommenden Mittwoch die erste Zei- tung erscheinen zu lassen. Eine anstren- gende aber freudvolle Arbeit liegt noch vor mir.“ (27.5.1945)

Und zwei Wochen später: „Der erste freie Sonntag seit dem Einmarsch der Roten Armee. Vieles hat sich in dieser Zeit ereignet. Klaffl Sepp, Bollenmüller Franz und der kleine Wieland sind mit heiler Haut aus dem Konzentrationslager Bernau zurückgekommen. / In der Gemeindevvertretung wechselte der Bürger- meister. Suppanz musste wegen Nazi- zugehörigkeit gehen und Dr. Riel von der Volkspartei wurde Bürgermeister. Es ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten. Nur sind die alten Herren eben alte Her- ren und nicht sehr agil. Man muss sie im- mer anstoßen, damit man weiterkommt. Ich glaube aber, dass wir noch das nötige Feuer unter ihren Sesseln anzünden wer- den, um sie etwas beweglicher zu ma- chen. Wir erhielten in der letzten Gemeindevorstandssitzung die Bezeich- nung Stadträte. Gestern war die erste große Gewerkschaftsversammlung, in der Genosse Fiala aus Wien mit einer schwungvollen Rede die Masse über- zeugte.“ (10.6.1945)

### Deserteur und Kommunist

Karl Mörwald erlebte im Jahr der Be- freiung einige Enttäuschungen, denn im Juni wurde seine Frau von einem sowjet-



1. Mai in Krems in den 1950er Jahren: ganz links Karl Mörwald.

ischen Soldaten vergewaltigt. „Er wird verhaftet und wird erschossen. Der trau- rigste Tag meines bisherigen Lebens.“ Eine Tagebuch-Passage, die Karl Mör- wald so nicht veröffentlicht wissen woll- te, hat die Enttäuschung über die No- vemberwahlen des Jahres 1945 zum In- halt. Am 31. Dezember zog er eine bitte- re Bilanz: „Das österreichische Volk hat in den letzten 11 Jahren nichts hinzuge- lernt und es bedarf einer außerordentlich schweren Arbeit den neuen aber einzig richtigen Weg wieder aufzuzeigen. Es scheint in unserem Lande sei das Volk nicht reif zur Demokratie. Die Menscheit muss zum Schlechten gezwungen werden, aber auch der gleiche Zwang ist notwendig um den Weg zum Guten zu beschreiten. Den Weg zum Sozialismus werden wir nicht auf dem Wege der De- mokratie beschreiten können. Wir müs- sen vorerst die Demokratie nützen um uns Positionen zu schaffen, die dann zum Ausgangspunkt der weiteren Entwick- lung zur Diktatur der Arbeiterschaft wer- den. Nur über eine Diktatur des Proleta- riats werden wir zu einer wahren, echten Volksdemokratie kommen. / Überall in Europa sind Anzeichen sichtbar gewor- den, dass langsam aber stetig Bastionen zum zukünftigen Kampf gegen den Ka- pitalismus gewonnen werden. Je mehr Stützpunkte sie erobern umso leichter und unblutiger wird der Weg zum Sozia- lismus sein. / Das Jahr 1945 brachte uns den Frieden! Das Jahr 1946 soll uns un- serem Ziele näherbringen. Es wird ein Jahr des Kampfes gegen unsere Gegner werden, ein Kampf den wir nun zum Sie- ge der Arbeiterschaft führen können.“

Bis ins hohe Alter berichtete Karl Mör- wald immer wieder in Lokalzeitungen

über seine Erlebnisse in der NS-Zeit. Dies führte immer wieder dazu, dass er anonyme Briefe erhielt, etwa: „Sie ganz, ganz großes Schwein, Vaterlandsverräter – fast ohne Beispiel! Krems schämt sich so eine Missgeburt in ihrem Bereich zu haben.“ Kurz vor seinem Tod erhielt er dieses Schreiben: „Nun bist du ein alter Mann, kannst nicht mehr viel Schaden anrichten, hast eben nicht mehr viel Zeit vor dir, aber wahrscheinlich die Impertinenz in dir, dich, wenn es dann soweit ist, in österreichischer Erde begraben zu lassen. Wenn vielleicht doch noch ein Funke Ehre, Charakter und Anstand in dir steckt, wirst du zu verhindern wissen, dies den Österreichern anzutun. Ein Typ: die Donau, die Du ja vor der Haustüre hast, fließt in das Schwarze Meer.“

Karl Mörwald starb am 23. September 2004 in Krems. Ein Jahr nach seinem Tod, am 11. August 2005, wurden mit dem NS-Anerkennungsgesetz die Opfer der NS-Militärjustiz in den Kreis der Opferfürsorgeberechtigten aufgenom- men. Am 21. Oktober 2009 wurde vom Nationalrat auch die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure beschlossen. Kommunist und Deserteur zu sein, das war wohl für nicht wenige in unserem Land zu viel, nicht nur in Krems.

### Anmerkungen:

1/ Als Therese Mahrer bei den Gemeinderats- wahlen 1950 auf einen aussichtslosen Platz gereiht wurde und dagegen protestierte, meinte er lakonisch: „Beschweren kannst Du Dich schon, aber dann bist in Sibirien.“ (Interview mit den Kindern von Therese Mahrer, Wolfgang Mahrer und Eva Mahrer-Richter).

2/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 13.2.1946.

3/ ZPA der KPÖ, Lebenslauf, 24.4.1950.



# NS-Euthanasie in der „Ostmark“

## Aktionen, Orte, Dimensionen

FLORIAN SCHWANNINGER

Um die Jahrhundertwende waren die Ideen der Eugenik in verschiedensten Ausformungen sehr präsent, nicht nur in den Wissenschaften. Es handelte sich bei der Eugenik um eine internationale Bewegung, die auch verschiedene politische Strömungen erreichte bzw. umfasste. Keinesfalls blieben eugenische Ideen auf rechte oder völkische Kreise beschränkt, wenn sie auch unterschiedliche Ausformungen annahmen. Im Gegensatz zu den Ideen der Eugenik blieb der Euthanasiediskurs – also die Forderung nach Tötung kranker oder beeinträchtigter Menschen – lange Zeit eher randständig.

Der Erste Weltkrieg stellte einen Einschnitt dar. Das bekannte Werk „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ von Karl Binding und Alfred Hoche ist als Reaktion auf die Ergebnisse des Krieges zu sehen. In der Argumentation wurden den riesigen Verlusten an jungen Soldaten im Krieg – der „Blüte des Volkes“ – die „Minderwertigen“, kranken, behinderten und schwachen Menschen gegenübergestellt, die angeblich gefahrlos und sorgenfrei in Heimen und Anstalten den Krieg überlebt hätten. An dieser Stelle muss jedoch erwähnt werden, dass auch bereits im Ersten Weltkrieg die Sterblichkeit in Anstalten, Heimen und Kliniken enorm anstieg. Zehntausende starben an Hunger, schlechter Versorgung und Vernachlässigung.

### Rassenhygiene und NS-Bewegung

Vor allem in Deutschland radikalisierte sich der Diskurs nach dem Ersten Weltkrieg, insbesondere auch nach der Weltwirtschaftskrise. Die Ideen von Rassenhygiene und Eugenik fanden in der Ärzteschaft Verbreitung. Und auch hier waren sie nicht nur ein Phänomen in rechtsradikalen bzw. deutschnationalen Kreisen. Hitler und die NS-Bewegung griffen die Rassenhygiene von Anfang an auf. Forderungen nach Zwangssterilisation und auch nach Beseitigung von „Minderwertigen“ und „Ballastexistenzen“ wurden früh geäußert. Durch diese Maßnahmen sollte das deutsche Volk im „Kampf ums Dasein“ gestärkt werden. Nach dem Machtantritt der NSDAP 1933 setzten die neuen Machthaber ras-

senhygienische und eugenische Forderungen rasch um. Sie standen auch in enger Verknüpfung mit materiellen Anreizen, die für „erbgesunde“ „arische“ Familien zur Hebung der Geburtenrate eingeführt wurden.

Für die Maßnahmen gegen „Träger minderwertigen Erbguts“ und „Ballastexistenzen“ wurde Propaganda in verschiedenster Form betrieben. Es wurde beispielsweise gerne an Neidgefühle appelliert, indem man Rechenbeispiele anstellte, was man mit den angeblichen Pflege- und Betreuungskosten der „Minderwertigen“ für „erbgesunde“ deutsche Familien hätte machen können. Neben dieser ökonomischen bzw. utilitaristischen Argumentation wurde jedoch auch an Mitleidsgefühle appelliert – man solle doch durch Sterilisationen „Erbkranker“ Leid verhindern bevor es überhaupt entstände.

### Von der „Kindereuthanasie“ zur „Aktion T4“

Mit dem „Anschluss“ im März 1938 setzte der Umbau des Gesundheitssystems in der nunmehrigen „Ostmark“ – ab 1942 „Alpen- und Donaugau“ – nach dem Vorbild des „Altreichs“ ein. Die Ideen der NS-Rassenpolitik fanden rasch Umsetzung. In Wien begann beispielsweise die „erbbiologische Bestandsaufnahme“, Jüdinnen und Juden wurden auch relativ rasch aus dem Gesundheitssystem und Wohlfahrtssystem ausgeschlossen.

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ war für das Gebiet der „Ostmark“ hingegen weniger bedeutend als im Deutschen Reich zuvor. Es trat in der „Ostmark“ am 1. Jänner 1940 in Kraft. Aufgrund der im gleichen Jahr beginnenden Morde an Menschen, die neben anderen zur Zielgruppe dieses Gesetzes gehörten, war die Quote der Sterilisationen im Vergleich zum übrigen Reich eher niedrig. Nach Schätzungen lag die Zahl der zwangsweise sterilisierten Menschen in der „Ostmark“ zwischen 5.000 und 10.000 bis zur Befreiung im Mai 1945.

Die Vorbereitungen für die systematische Erfassung und Vernichtung von Kindern mit geistigen Behinderungen liefen seit dem Frühjahr 1939. Im August 1939 verpflichtete ein geheimer Runder-

lass Ärzte und Hebammen zur Meldung aller Fälle von „Idiotie“ und verschiedenen Behinderungen an die Gesundheitsämter. Es folgte die Einrichtung von „Kinderfachabteilungen“ in Heilanstalten und Kliniken. Sie standen unter ärztlicher Leitung. Administrativ waren sie der staatlichen oder der kommunalen Verwaltung unterstellt. In der „Ostmark“ wurden nach dem derzeitigen Forschungsstand zwei „Kinderfachabteilungen“ – in Wien und in Graz – eingerichtet. Für die in der Überblicksliteratur manchmal angeführte „Kinderfachabteilung“ in Klagenfurt gibt es derzeit keine Belege. Die größte dieser „Kinderfachabteilungen“ auf dem Gebiet des heutigen Österreich befand sich auf dem Gelände der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof in Wien. Sie war dort zunächst Teil der Wiener städtischen Jugendfürsorgeanstalt Am Spiegelgrund. Ende Juli 1940 nahm die „Kinderfachabteilung“ ihren Betrieb auf. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehrere hundert PatientInnen aus der Wiener Anstalt Am Steinhof nach Hartheim gebracht und dort ermordet worden.

Die ÄrztInnen in den „Kinderfachabteilungen“ „untersuchten“ die Kinder mit zum Teil schmerzhaften und qualvollen Methoden. Sie meldeten jene nach Berlin, die für eine Tötung in Frage kamen. In Berlin entschieden drei Gutachter des „Reichsausschusses“ darüber. Zumeist wurden die zur Tötung vorgesehenen Kinder mit hochdosierten Schlafmitteln langsam vergiftet. Sie starben dann an einer Lungenentzündung oder einer anderen Infektionskrankheit. Auch wurden einige der Kinder für medizinische Experimente missbraucht, die auch tödlich enden konnten. Zwischen 25. August 1940 und 3. Juni 1945 starben mindestens 789 Kinder und Jugendliche in der „Kinderfachabteilung“ Am Spiegelgrund.

Die Existenz einer „Kinderfachabteilung“ in Graz wurde von Dr. Hans Hefelmann bei einer Vernehmung im Jahr 1960 in Frankfurt/M. erwähnt. Der genaue Zeitpunkt der Eröffnung lässt sich nicht mehr datieren. Das älteste bekannte Dokument stammt aus dem Jänner 1943. Die „Kinderfachabteilung“ war in Graz nicht abgegrenzt von anderen Abteilungen der Heil- und Pflegeanstalt Am Feldhof.

„Reichsausschuss-Kinder“ verstarben auf verschiedenen Stationen. Interessanterweise ging die Post des „Reichsausschusses“ an die Privatadresse von Dr. Oskar Begusch, des Direktors der Heil- und Pflegeanstalt Am Feldhof – übrigens auch ein Gutachter der „Aktion T4“. In Graz sind derzeit 19 verstorbene Kinder der „Kinderfachabteilung“ nachweisbar.

Auf dem Gebiet der „Ostmark“ begann die „Kindereuthanasie“ erst kurz nach der „Aktion T4“. Die Transporte aus Wien nach Hartheim hatten bereits begonnen, als in Wien im Rahmen der „Kindereuthanasie“ die ersten Kinder ermordet wurden. Die Planungen für die später nach ihrer Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4 benannte „Aktion T4“ begannen im Sommer 1939. Aus dem inneren Kreis der NS-Führung weiß man, dass für den Fall eines Krieges eine größere Vernichtungsaktion gegen so genannte „Ballastexistenzen“ und „unnütze Esser“ geplant war. Sie sollte sich vor allem gegen PatientInnen in psychiatrischen Kliniken und Behindertenheimen richten.

Die Planungen verliefen parallel zur „Kindereuthanasie“. Vorerst waren Umfang und Methode der Vernichtungsaktion nicht festgelegt. Nach Kriegsbeginn konkretisierten sich die Überlegungen und auch das Tötungsverfahren wurde entschieden. Der „Gnadentoderlass“ Adolf Hitlers, datiert auf den 1. September 1939, ist ein zentrales Dokument – und auch das einzige das von Hitler in diesem Zusammenhang existiert. Dieser „Erlass“ wurde auf seinem persönlichen Briefpapier vermutlich Anfang Oktober 1939 niedergeschrieben, aber symbolträchtig auf den Tag des Kriegsbeginns, den 1. September, datiert. Mit diesem Tag sollte offenbar der Krieg gegen den äußeren wie auch den inneren Feind beginnen. Dieses Schreiben Hitlers stellte die einzige „rechtliche“ Grundlage für den Massenmord dar. Es wurde zwar vom Regime ein Gesetz zur Regelung und Legalisierung der Euthanasiemorde vorbereitet, aber mit Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung nie beschlossen.

Für die Auswahl der Tötungsmethode waren Erfahrungen aus den ersten Massenmorden im besetzten Polen ausschlaggebend. Die Tötung durch Gas in stationären Gaskammern setzte sich schließlich als Methode gegenüber anderen Formen durch. So wurden beispielsweise in der Diskussion auch Tötungen durch Medikamente bzw. Spritzen in einzelnen Kliniken in Erwägung gezogen. Stationäre Gaskammern versprachen jedoch eine größere Effizienz und



Schloss Hartheim als Tötungsanstalt (vermutlich 1940).

Schnelligkeit, auch die Geheimhaltung wollte man dadurch fördern. In der Folge wurden im Rahmen der „Aktion T4“ sechs Tötungsanstalten im gesamten deutschen Reich eingerichtet.

### Die „Aktion T4“ in der „Ostmark“

Wie bereits erwähnt richtete sich die Aktion vor allem gegen stationäre PatientInnen in Heil- und Pflegeanstalten und gegen BewohnerInnen von Heimen. Ich möchte an dieser Stelle einen kurzen Überblick über die Struktur des österreichischen Anstaltswesens geben. Österreich war auf diesem Gebiet schon aus der Zeit der Monarchie durch die Existenz von großen staatlichen psychiatrischen Anstalten geprägt. Jedes Bundesland – früher quasi jedes Kronland – verfügte über mindestens eine Heil- und Pflegeanstalt. Sechs dieser Anstalten verfügten über 1.000 Betten: die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart in Linz (1.100), die NÖ. Landes-Heil- und Pflegeanstalt Mauer-Öhling bei Amstetten (2.000), die Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien in Ybbs a. D. (1.650), die NÖ. Landes-Irrenanstalt Gugging bei Wien (1.120) und die größte psychiatrische Anstalt Österreichs – zu Zeiten der Monarchie angeblich sogar die größte Kontinentaleuropas –, die Heil- und Pflegeanstalt der Stadt Wien Am Steinhof (4.140) sowie die Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke Am Feldhof in Graz (2.110). In Gugging gab es noch eine kleinere Einrichtung für „schwachsinnige Kinder“. Die staatlichen Anstalten in Kärnten, Salzburg und Tirol waren – entsprechend der geringeren Bevölkerung – kleiner. Die Landes-Heilanstalt für Geistes- und Gemütskranke in Salzburg wies rund 520 Betten auf, jene in Klagenfurt 680, jene in Hall (Tirol) 550

und die Vorarlberger Landes-Irrenanstalt Valduna in Rankweil nur 210. Daneben existierte eine Vielzahl kleinerer, vor allem unter kirchlicher Trägerschaft stehende, Einrichtungen, die sich der Betreuung und Pflege von Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen widmeten.

Im März 1940 wurde Schloss Hartheim als Tötungsanstalt der „T4“ – vor allem für das Gebiet der „Ostmark“ und einen Teil Bayerns – eingerichtet. Das Schloss hatte zuvor ab Ende des 19. Jahrhunderts als Betreuungseinrichtung für Menschen mit Behinderungen gedient.

Im März wurden die „Pflegerlinge“ und die Barmherzigen Schwestern, die zur Betreuung eingesetzt waren, in andere Einrichtungen in Oberösterreich gebracht. Im Schloss begannen die Umbauarbeiten. Hierzu wurde Personal der „T4“ eingesetzt, beispielsweise der Maurer Erwin Lambert, der auch in anderen Tötungsanstalten Umbauarbeiten vornahm. Die Firma Kori aus Berlin lieferte den Krematoriumsofen.

Ein Teil des Personals wurde von der T4-Zentrale nach Hartheim entsandt, ein anderer Teil wurde regional rekrutiert. Bei der Rekrutierung des regionalen Personals spielte die Verwaltung des Reichsgaus Oberdonau eine wichtige Rolle, vor allem die beiden Gauinspektoren. Sie griffen vor allem auf politische Netzwerke aus der „illegalen Zeit“ zurück. Rund ein Drittel der Täter von Hartheim sollte später eine maßgebliche Rolle bei der Ermordung von Jüdinnen und Juden in den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhard“ (Sobibor, Belzec und Treblinka) spielen.

Wie es zur Auswahl von Hartheim als Standort kam, ist nicht zur Gänze geklärt. Es fehlen hier die Aufzeichnungen. Es ist

davon auszugehen, dass die guten Kontakte der Linzer bzw. oberösterreichischen Nationalsozialisten nach Berlin ausschlaggebend waren. So war beispielsweise Gustav Kaufmann in der oberösterreichischen bzw. Linzer NSDAP aktiv, in der illegalen Zeit wurde er auch verhaftet. Kaufmann war Leiter der Inspektionsabteilung in der „T4“ in Berlin. Diese war u.a. zuständig für die Einrichtung der Tötungsanstalten. Zum anderen sprachen für Hartheim die geografische und verkehrstechnische Lage sowie die Eigentumsverhältnisse. Das Schloss befand sich bereits im Eigentum des Reichsgaus, da der vorherige katholische Trägerverein nach dem „Anschluss“ aufgelöst bzw. enteignet worden war.

Die Morde im Schloss begannen Anfang Mai 1940. Die ersten Opfer stammten aus oberösterreichischen Einrichtungen, vor allem um in der Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart in Linz Platz zu schaffen, um die Anstalt als Puffer- bzw. Zwischenanstalt verwenden zu können. Im Unterschied zu den anderen T4-Tötungsanstalten im Reich verfügte Hartheim in der Folge nur über diese eine Zwischenanstalt. Die Zwischenanstalten hatten eine logistische Funktion. Sie sollten der zwischenzeitlichen Unterbringung der zur Vernichtung vorgesehenen Menschen dienen. Je nach Kapazität der Tötungsanstalt wurden die Menschen mit Bussen aus Niedernhart nach Hartheim gebracht und sofort nach der Ankunft ermordet. Der Direktor von Niedernhart, der Linzer Psychiater Dr. Rudolf Lonauer, war in Personalunion auch der Leiter der Tötungsanstalt Hartheim, die offiziell unter dem Titel „Landesanstalt“ firmierte. Ebenso war Lonauer als T4-Gutachter tätig.

In Hartheim waren keine Räumlichkeiten für die Unterbringung der selektierten Menschen vorhanden. Es war auch nicht vorgesehen, dass hier jemand von ihnen länger bleiben sollte. Die Tötung der Menschen erfolgte in einem arbeitsteiligen, effizient organisierten Prozess, der möglichst störungsfrei ablaufen sollte. Die Menschen wurden in einer Holzgarage an der Westseite des Schlosses von „PflegerInnen“ empfangen bzw. von ihren TransportbegleiterInnen in das Schlossinnere geführt. Dort wurde ihnen ein harmloses Aufnahmeverfahren vorgegaukelt. Es war ihnen vor der Abfahrt gesagt worden, dass sie in eine neue Einrichtung kämen. Personal in weißen Kitteln bzw. in Pflegerkleidung sollte den harmlosen Eindruck mit herbeiführen. Im „Aufnahmerraum“ wurden sie auch

noch von einem Arzt untersucht, einige der Opfer wurden noch fotografiert, dann brachte man sie unter dem Vorwand, sie würden geduscht, in die Gaskammer, die als Duschaum getarnt war. Nach der Ermordung durch das Einlassen von Kohlenmonoxid brachten die Krematoriumsarbeiter die Leichen zum Ofen.

Auf Wunsch erhielten die Angehörigen Urnen mit der angeblichen Asche. Die übrige Asche wurde in die Donau geschüttet. Später ging man aus Gründen der Geheimhaltung dazu über, sie im Schlossgarten zu vergraben. In den Sterbedokumenten und -benachrichtigungen an die Angehörigen waren natürliche Todesursachen zu finden.

Die großen staatlichen Heil- und Pflegeanstalten waren das erste Ziel. Bei der Auswahl der Opfer wurde der Vorgang auf dem Gebiet der „Ostmark“ rationalisiert und beschleunigt. Das Selektionsverfahren der Zentraldienststelle der „T4“ war relativ kompliziert und anfällig für Verzögerungen. Das größte Problem stellte das Ausfüllen der Meldebögen durch die Anstaltsleitungen dar. Deren Haltung reichte von gewissenhafter Bearbeitung, über hinhaltenden Widerstand bis hin zum Ignorieren der Meldebögen wegen personeller Engpässe. Deshalb ging man bald dazu über, Gutachterkommissionen in Anstalten mit geringer Meldequote zu entsenden. Manche Regionen wurden auch von diesen Kommissionen bereist, um Anstalten zu überprüfen bzw. an Ort und Stelle zu begutachten und Meldebögen auszufüllen. Dies war beispielsweise in Franken und in der Rheinprovinz der Fall.

In der „Ostmark“ erfolgte der erste Einsatz einer solchen „Gutachterkommission“ bei der Erfassung der großen staatlichen Anstalten im Juni 1940. Friedrich Mennecke, T4-Gutachter und Mitglied der Kommission, berichtete darüber in einem Brief von Ende Juni 1940: „Im Rahmen dieser ‚Sonderaufgabe‘ war ich vom 4. Juni bis gestern (3 ½ Wochen) mit einer Kommission aus der Kanzlei des Führers Berlin in der Ostmark. Unsere Aktion umfasste fast alle ostmärkischen Anstalten, es ging von Oberdonau über Niederdonau (Wien), Steiermark, Kärnten nach Salzburg.“

Die Stoßrichtung war dabei, möglichst ohne Verzögerung die großen staatlichen Anstalten für andere Zwecke freizubekommen. Sie waren auch vor allem durch die Mitwirkung der staatlichen Verwaltung dem unmittelbaren Zugriff der Zentraldienststelle unterworfen. Die „freigemachten Betten“ wurden für

Wehrmachtslazarette verwendet, auch für die Umsiedlungsaktionen der Volksdeutschen Mittelstelle und andere Zwecke fanden sie Verwendung.

Wie liefen diese Besuche der Kommissionen in der Praxis ab? Ich möchte das anhand von Beispielen zeigen. Die Leitung der Anstalt Mauer-Öhling in der Nähe von Amstetten erhielt im Frühling 1940 von der Reichsstatthalterei Niederdonau ein Schreiben in dem sie angewiesen wurde, die PatientInnen durch Meldebögen zu erfassen. Der ärztliche Direktor Michael Scharpf wollte noch auf nähere Anweisungen warten, stattdessen erschien einige Zeit später die Gutachterkommission, der auch Obergutachter Paul Nitsche angehörte. Laut Aussage des Direktors nach 1945 erfolgte die Begutachtung in drei bis vier Tagen rein auf Basis der Diagnosen in den Krankengeschichten. Auch wurde gefragt, wer von den PatientInnen Besuch bekomme oder ob sich jemand um sie kümmere.

Wenige Tage nach dem Besuch der Kommission kam wiederum ein Schreiben der Reichsstatthalterei. Darin wurde die geplante Verlegung von PatientInnen angekündigt. Kurz darauf trafen die Transportlisten und das Datum ein. Nur neun Tage, nachdem die Gutachterkommission die Anstalt besucht hatte, ging am 13. Juni 1940 der erste Transport mit 140 Personen nach Hartheim bzw. Niedernhart ab. Insgesamt wurden bis zum Stopp der „Aktion T4“ rund 1.200 PatientInnen aus Mauer-Öhling in Hartheim ermordet.

In Wien kündigte auch ein Schreiben des Reichsstatthalters die Ankunft der Gutachterkommission an. Darin hieß es: „Aus Gründen der Reichsverteidigung ist es erforderlich, in nächster Zeit in großem Umfang Verlegungen von Anstaltsinsassen der Heil- und Pflegeanstalten vorzunehmen. Mit der Durchführung dieser Verlegungen ist eine von Prof. Heyde geführte Kommission beauftragt. Die Kommission wird die für die Verlegung vorgesehenen Patienten auswählen und die Verlegung selbst veranlassen. Herr Prof. Heyde wird sich in den nächsten Tagen an die Anstalten ‚Am Steinhof‘ und ‚Ybbs‘ wenden. Ich ersuche die Leiter dieser Anstalten, Herrn Prof. Heyde jegliche Unterstützung zuteil werden zu lassen und für die Unterbringung und Verpflegung der Kommission und ihrer Angestellten besorgt zu sein.“

In der Folge waren an den Selektionen in Wien zusätzlich zur Kommission Krankenhausärzte und Ärzte des Steinhofs eingesetzt. In wenigen Tagen sich-





**Luftbild der Heil- und Pflegeanstalt Mauer-Öhling**

teten sie 4.000 Krankenakten. Drei Wochen später, am 9. Juli 1940, ging der erste Transport nach Hartheim. Insgesamt wurden etwas über 3.200 PatientInnen des „Steinhofs“ – teilweise über die Anstalt in Ybbs kommend – in Hartheim ermordet. Ähnlich diesem Vorgehen besuchten in der Folge Gutachterkommissionen – nicht immer in derselben Zusammensetzung – die weiteren Anstalten in „Niederdonau“ und in Kärnten. Zu Graz und Salzburg gibt es derzeit keine Hinweise auf die Tätigkeit einer Gutachterkommission. Die PatientInnen könnten auf „herkömmliche“ Weise für die Vernichtung ausgewählt worden sein. In der zweiten Augushälfte und Anfang September 1940 bereiste die Gutachterkommission bayerische Anstalten, die zum Einzugsgebiet von Hartheim gehörten. Den Abschluss dieser Reise bildeten die Tiroler und Vorarlberger Anstalten.

Nach dem Überfall auf Jugoslawien im April 1941 wurde auch die Untersteiermark von der „Aktion T4“ erfasst. Diese Region wurde an den Reichsgau Steiermark angegliedert. Die größte psychiatrische Anstalt dieses Gebiets war jene in Celje (deutsch Cilli). Im Mai wurden die Meldebögen übersandt, Anfang Juni erschien eine Ärztekommision und schon am 9. Juni 1941 ging ein Transport mit fast 360 PatientInnen nach Hartheim. Der Stopp der „Aktion T4“ am 23. bzw. 24. August 1941 traf den Westen Österreichs mitten in Planungen für weitere Transporte. Diese Anstalten waren u.a. durch Verlegungen aus kleineren regionalen Einrichtungen überfüllt.

Bis zum Stopp wurden über 9.100 Menschen aus den großen staatlichen Heil- und Pflegeanstalten in der „Ostmark“ (inkl. der Untersteiermark) in Hartheim ermordet. Auch wenn diese Berechnungsmethode nur eine Tendenz aufzeigen kann und keinesfalls die Todesrate korrekt wiedergibt: Dies ergibt in Relation zur Bettenzahl eine Opferquote von 62%. Die höchsten Quoten verzeich-

neten Novo Celje (deutsch Neu Cilli) mit 89%, Ybbs mit 83% und Klagenfurt mit 81%. Die niedrigsten Quoten findet man „Am Feldhof“ in Graz mit 55%, in Gugging mit 50% bzw. 42%, „Am Steinhof“ in Wien mit 48% und in Hall (Tirol) mit 46%. In Celje dürfte vermutlich eine besondere rassistische Komponente hinzugekommen sein, denn die Mehrzahl der PatientInnen waren SlowenInnen.

Die Tötungsanstalt Hartheim war im Jahr 1940 mit den Transporten aus den großen Anstalten ausgelastet. Die Transporte aus kleineren, oftmals konfessionellen Einrichtungen erfolgten daher größtenteils 1941. Das Vorgehen bei den Selektionen war ähnlich. Es reisten jedoch nicht mehr Kommissionen an, sondern einzelne T4-Gutachter bzw. die beiden Leiter von Hartheim, Dr. Rudolf Lonauer und Dr. Georg Renno, waren persönlich vor Ort. Die Transporte aus den kleinen Anstalten wurden in der Folge zwischen jene aus den großen Einrichtungen eingeschoben. Die Quote der Ermordeten liegt bei den kleineren Einrichtungen zwischen 87% im Fall der Bewahranstalt in Kramsach (Tirol) und 23% im Diakoniewerk Gallneukirchen (Oberösterreich).

Derzeit sind rund 10.000 Namen und Daten von Ermordeten aus dem Gebiet der „Ostmark“ (exkl. der Untersteiermark) bekannt. Bei der Betrachtung der Gesamtzahl der Opfer der „Aktion T4“ (70.273) im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Deutschen Reichs im Mai 1939 (79.375.281), ergibt sich eine überdurchschnittliche Zahl von Ermordeten in der „Ostmark“. Dieses Gebiet umfasste im Jahr 1939 6.653.000 EinwohnerInnen. Kam im gesamten Deutschen Reich ein in der „Aktion T4“ ermordeter Mensch auf 1.130 EinwohnerInnen, so war es in der „Ostmark“ ein T4-Opfer auf 665.

Die wichtigsten Gründe für diese fast doppelt so hohe Opferrate dürften der Einsatz von Gutachterkommissionen sowie die starke Zentralisierung im Bereich der psychiatrischen Versorgung sein. Insgesamt sind die Daten von rund 16.300 Personen bekannt, die in Hartheim im Rahmen der „Aktion T4“ ermordet wurden. Die „Hartheim-Statistik“ weist für die „Anstalt C“ die Zahl von 18.269 aus. Sie kamen aus der „Ostmark“, aus Bayern sowie den Sudetengebieten.

Im August 1941 begann in Hartheim die „Sonderbehandlung 14f13“. Der er-

ste bekannte Transport im Rahmen dieser Aktion ging am 11. August 1941 aus dem KZ Mauthausen nach Hartheim. Diese Mordaktion gegen kranke, invalide, aber auch politisch und rassistisch missliebige Häftlinge sollte erst im November 1944 enden. Im Rahmen von „14f13“ – einem Kürzel aus der SS-Verwaltung der Konzentrationslager – wurden in Hartheim rund 10.000 Menschen durch Kohlenmonoxid ermordet.

### **Dezentrale „Euthanasie“ und Hungersterben**

Das Sterben von Menschen mit Behinderungen oder psychischen Krankheiten war mit dem Stopp der „Aktion T4“ Ende August 1941 nicht zu Ende. Nun wurde verstärkt in einzelnen Anstalten ohne Planung der Zentraldienststelle gemordet. Zahlreiche Menschen kamen auch aufgrund der schlechten Versorgung und Behandlung und aufgrund von Vernachlässigung ums Leben. Dies konnte beabsichtigt sein oder es wurde auch einfach passiv hingenommen.

Es gibt noch immer keine zusammenfassende Darstellung dieser „dezentralen Euthanasie“ für das Gebiet der „Ostmark“. In einem Band der 2009 stattfindenden Arbeitskreistagung in Hartheim gibt der Wiener Historiker Herwig Czech einen Überblick über diese Morde. Zu einigen einzelnen Anstalten wurden in der jüngeren Vergangenheit Forschungen durchgeführt bzw. laufen derzeit Forschungsprojekte, so z.B. zu Hall (Tirol) oder zur Anstalt Salzburg.

Die Morde an PatientInnen in den einzelnen Einrichtungen begannen teilweise schon während der „Aktion T4“. So ermordete der Direktor Dr. Rudolf Lonauer in der Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart in Linz bereits 1940 mehrere InsassenInnen. Ab dem August 1941 stiegen die Sterbezahlen rapide an und sanken erst wieder mit Beginn von Lonauers Kriegsdienst im Jahr 1943 auf ein Vorkriegsniveau. Nach seiner Rückkehr Ende 1944 stieg die Sterberate erneut an. Lonauer mordete vor allem mittels Luminal, einem Barbiturat. Die betroffenen Menschen entwickelten dabei zu meist eine Lungenentzündung, die tödlich verlief. Die genaue Opferzahl kann nicht festgestellt werden, es dürfte sich aber um 600 bis 800 Personen handeln. Seit längerem läuft ein diesbezügliches Forschungsprojekt am Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim.

In der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof in Wien wurden nach dem aktuellen Kenntnisstand keine Menschen



Karte zu den verschiedenen Orten und Aktionen der NS-Euthanasie

durch Gift oder Strom ermordet – wenn man von der „Kinderfachabteilung“ absieht. Am Steinhof starben jedoch tausende PatientInnen durch Hunger, Kälte, Medikamentenknappheit und Infektionskrankheiten. Die Sterblichkeit sollte auf 22% im Jahr 1944 und fast 43% im Jahr 1945 ansteigen.

Eine besonders verwundbare Gruppe waren hier jene Menschen, die aus angeblichen Luftschutzgründen quer durch das Deutsche Reich transportiert worden waren. Für diese Verlegungen bürgerte sich die Bezeichnung „Aktion Brandt“ ein. Diese Menschen starben sowohl Am Steinhof oder wurden in Anstalten wie Niedernhart ermordet. In „Niederdonau“ wurde Dr. Emil Gelnj zur zentralen Figur der dezentralen Euthanasie. Obwohl kein eigentlicher Psychiater wurde er 1943 Direktor der Heil- und Pflegeanstalten Gugging und Mauer-Öhling. In den beiden Anstalten ermordete er mindestens 600 Menschen durch Medikamente und Elektroschocks. Zu direkten Tötungen durch ärztliches und Pflegepersonal kam es des Weiteren noch in Klagenfurt – genauer im dortigen „Siechenhaus“. Dort ermordeten der Psychiater Dr. Franz Niedermoser und Pflegekräfte mindestens 400 Menschen durch Medikamente.

Für die anderen Heil- und Pflegeanstalten auf dem Gebiet der „Ostmark“ sind derzeit keine Morde an PatientInnen nachweisbar. Es gibt zwar zum Grazer Feldhof Hinweise, dass durch Medikamente getötet wurde, aber eine Bestätigung steht noch aus. In anderen Einrichtungen wie in Hall oder Salzburg stiegen die Sterberaten zwar im Verlauf des

Krieges an, aber die Todesfälle dürften auf die schlechte Versorgung und nicht auf direkte Tötungsabsicht zurückzuführen sein. Es mangelte an Pflegepersonal, Heizmaterial und am Ende des Krieges auch verstärkt an Nahrungsmitteln. Nichtsdestotrotz war die Schlechterstellung von psychisch kranken oder behinderten Menschen in den Kliniken und Heimen in der Versorgung auch Ausdruck des rassenhygienischen Denkens der NS-Machthaber.

Ob in einer Anstalt von ÄrztInnen und dem Pflegepersonal gemordet wurde oder nicht, dürfte von der Kombination mehrerer Faktoren abhängig gewesen sein. So benötigte man keine Ermächtigung einer zentralen Stelle (RMdI, KdF), aber eine unabdingbare Voraussetzung war jedoch die positive Einstellung des Gauleiters (Reichsstatthalters bzw. Reichsverteidigungskommissars) zu den dezentralen Tötungen. Eine weitere Voraussetzung war natürlich das Vorhandensein von tötungsbereiten ÄrztInnen. Von Vorteil für derartige Maßnahmen war auch die Unterstützung der Gesundheits- und Sozialbehörde.

Die Gesamtzahl der Opfer der dezentralen Euthanasie in der „Ostmark“ ist schwer zu beziffern. Nach vorsichtigen Schätzungen könnte sie bei 1.600 bis 2.000 liegen. Hinzu kommen die rund 5.000 Menschen, die – vor allem am Wiener Steinhof – aufgrund von Hunger bzw. schlechter Versorgung verstarben.

### ZwangsarbeiterInnen als Opfer der NS-Euthanasie

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf eine nur wenig bekannte Aktion der NS-

Euthanasie eingehen. Dies ist die Ermordung von ZwangsarbeiterInnen („Ostarbeitern“) in einzelnen Anstalten und vor allem im Herbst 1944 in Hartheim. Kranke ZwangsarbeiterInnen, auch Schwangere, wurden anfänglich in ihre Heimatländer abgeschoben. Von dieser Praxis wurde 1942/43 Abstand genommen. Die Ausbeutung der Arbeitskraft bekam absoluten Vorrang. Psychisch kranke ZwangsarbeiterInnen kamen in der Folge in Heil- und Pflegeanstalten zu Tode bzw. wurden im Rahmen der dezentralen Euthanasie ermordet.

Im September 1944 bestimmte man einige Anstalten zu „Sammelanstalten“ für „geisteskranken“ „Ostarbeiter“. Die einzige auf dem Gebiet der „Ostmark“ war Mauer-Öhling. Von dort ging auch noch Mitte November 1944 ein Transport mit 21 Personen nach Hartheim. Verschiedenen Zeugenaussagen zufolge dürfte es sich um die letzte Mordaktion in Hartheim gehandelt haben. Die Zahl der ZwangsarbeiterInnen in den Heil- und Pflegeanstalten ist ebenfalls schwer festzustellen. Es dürfte sich für das Gebiet der „Ostmark“ vorsichtig geschätzt um mehrere hundert Personen handeln.

### Bilanz der NS-Euthanasie

Die „Kindereuthanasie“, die entgegen ihrem Namen zum Teil auch Jugendliche umfasste, forderte in den Jahren 1940 bis 1945 in der damaligen „Ostmark“ bzw. den „Alpen- und Donaugauen“ etwa 810 Todesopfer. Rund 10.000 psychisch kranke und behinderte Menschen aus diesem Gebiet wurden in den Jahren 1940 und 1941 im Rahmen der „Aktion T4“ in der Gaskammer von Schloss Hartheim ermordet. Dort wurden von 1941 bis 1944 auch mind. 10.000 kranke oder arbeitsunfähige KZ-Häftlinge durch Kohlenmonoxid ums Leben gebracht. ÄrztInnen sowie Pflegepersonal ermordeten im Rahmen der dezentralen „Euthanasie“ in einzelnen Heil- und Pflegeanstalten der „Ostmark“ zwischen 1.600 und 2.000 PatientInnen durch Medikamente und mittels anderer Methoden, rund 5.000 weitere fielen dem Hungersterben und der mangelnden Versorgung und Betreuung zum Opfer. In den Jahren 1943 bis 1945 ermordete man darüber hinaus mehrere hundert ZwangsarbeiterInnen im Rahmen der NS-Euthanasie in einzelnen Anstalten der „Ostmark“ sowie in Schloss Hartheim.

*Vortrag im Rahmen der Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft am 4. März 2020.*

# Ho Chi Minh zum 130. Geburtstag

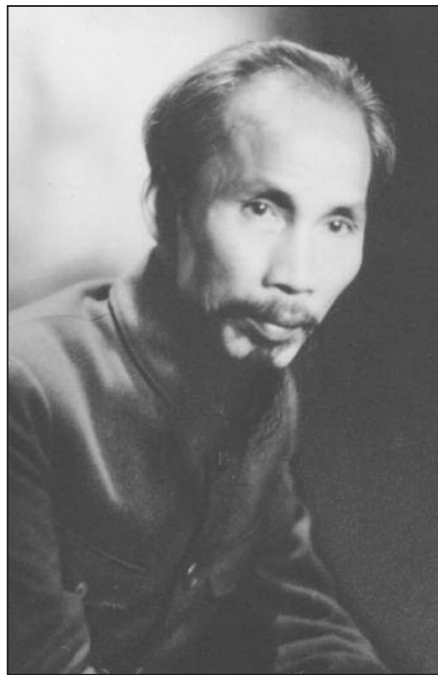
KARL WIMMLER

**D**er Vietnamese Ho Chi Minh war einer der bedeutendsten kommunistischen Politiker des 20. Jahrhunderts. Wer mit einem solchen Satz beginnt, erntet vermutlich zunächst Zweifel und Misstrauen. Waren da nicht Spitzenpolitiker mit sowjetischen, französischen, deutschen, italienischen, tschechischen, ungarischen, jugoslawischen, spanischen, chinesischen usw. Namen viel bedeutsamer? Und rührt der historische Rang Ho Chi Minhs nicht vor allem daher, dass der Vietnamkrieg dreißig Jahre lang, vor allem in seinem letzten Jahrzehnt, das politische Weltgeschehen und den Kalten Krieg mehr oder weniger prägte?

Ich habe nicht die Absicht, eine fundierte Studie über die Leistungen dieses Revolutionärs vorzulegen. Aber einige Eckpunkte des Wirkens Ho Chi Minhs scheinen mir auch anhand einiger Auszüge aus seinen Schriften als wichtig genug, um daran aus Anlass seines 130. Geburtstags zu erinnern. Und ich vermeide ausdrücklich „romantische“ Reminiszenzen an den Vietnamkrieg, die unter alten oder ehemaligen Linken, SozialistInnen oder KommunistInnen insbesondere Westeuropas noch sporadisch auftauchen. Und nicht selten ins Zynische abgleiten, da angesichts des Vietnam von heute ein halbes Jahrhundert danach nicht selten die Vergeblichkeit, ja „Sinnlosigkeit“ dieses antikolonialen Befreiungskriegs belächelt wird. Als ob mangelnde oder andauernde „Erfolge“ von Befreiungskämpfen, von Widerstand, von Revolutionen jemals ein Argument dagegen gewesen wären – außer für die Verteidiger von Unterdrückung und Ausbeutung.

Ho Chi Minh wurde am 19. Mai 1890 in einem Dorf in Zentralvietnam geboren und bereits „im Alter von dreizehn Jahren vom französischen Lyzeum in Vinh gewiesen“ – wegen „antifranzösischen nationalistischen Umtrieben“, wie der US-amerikanische Herausgeber seiner Schriften Bernard B. Fall schrieb. Über weitere Stationen seines Lebenswegs verfasste Ho anlässlich des 90. Geburtstags Lenins einen kurzen Aufsatz, der im April 1960 in der sowjetischen Zeitschrift „Probleme des Ostens“ erschien. Darin heißt es unter anderem: „Nach dem Ersten Weltkrieg verdiente ich mir meinen Lebensunterhalt in Paris teils als

Retuscheur bei einem Photographen, teils als Maler ‚chinesischer Antiquitäten‘ (Made in France!). Im Übrigen verteilte ich Flugblätter, auf denen die Verbrechen der französischen Kolonialisten in Vietnam angeprangert wurden. Damals bejahte ich die Oktoberrevolution nur aus dem Instinkt heraus; ihre volle historische Bedeutung hatte ich noch nicht erfasst. [...] Der Sozialistischen



Partei schloss ich mich an, weil diese ‚Damen und Herren‘ – wie ich die Genossen damals anredete – Sympathie für mich, für den Kampf der unterdrückten Völker bekundeten. Ich verstand weder etwas von Organisationen wie Partei oder Gewerkschaft, noch wusste ich, was Sozialismus oder Kommunismus bedeuteten. Zu jener Zeit diskutierte man in den örtlichen Sektionen der Sozialistischen Partei heftig darüber, ob die Partei in der Zweiten Internationale verbleiben sollte, ob eine ‚zweieinhalbte‘ Internationale gegründet werden oder ob sie sich der Dritten Internationale Lenins anschließen sollte. [...] Mich interessierte vor allem eines – und gerade darüber wurde auf den Versammlungen niemals präzisiert gesprochen: Welche Internationale würde bereit sein, für die Sache der unterjochten Völker einzutreten? [...] Einer gab mir Lenins ‚Thesen zur nationalen und kolonialen Frage‘ zu lesen, die von ‚L’Humanité‘ veröffentlicht worden waren. Lenins Terminologie war schwer zu verstehen, aber nach mehrmaligem

Lesen begriff ich schließlich die wichtigsten Gesichtspunkte. [...] Beharrlich brachte ich ein einziges Argument vor: ‚Wenn Sie den Kolonialismus nicht verurteilen und sich nicht an die Seite der unterjochten Völker stellen, was soll Ihre Revolution dann überhaupt?‘ [...] Auf dem Kongress in Tours stimmte ich dann schließlich [...] für den Anschluss an die Dritte Internationale.“

Diese und alle folgenden Zitate finden sich in einer ausgezeichneten Auswahl der Werke Ho Chi Minhs, die 1967 in englischer Sprache und 1968 auf Deutsch im Münchner Piper Verlag erschien (Ho Chi Minh: Revolution und nationaler Befreiungskampf. Reden und Schriften 1920 bis 1968). Sie basiert auf der in Hanoi in den Jahren 1960 bis 1962 erschienenen vierbändigen Ausgabe. Der Verfasser des Vorworts, Bernard B. Fall, der zwei Monate nach dessen Fertigstellung in Vietnam von einer Mine getötet wurde, wies darauf hin, dass Ho Chi Minh im Unterschied zu anderen führenden Revolutionären nie in längeren kontemplativen Phasen die Gelegenheit zu intensiven theoretischen Studien und schriftstellerischen Tätigkeiten hatte, sondern als Organisator, Revolutionär und schließlich Staatschef „ein Mann der Tat“ war. Dies berechtigt allerdings nicht, ihn als nachrangigen kommunistischen Denker zu sehen, wie einige Abschnitte seiner Schriften in der Folge zeigen werden. Zudem ist wenig bekannt, dass Ho sich im Lauf seines Lebens fünf Sprachen aneignete, ein Kenner der klassischen Literatur Chinas war und über verschiedene Aspekte europäischer Kunst und Kultur fachkundiger urteilen konnte als manche europäischen Intellektuellen.

## Für eine befreiende Politik gegenüber den Kolonien

Als Gründungsmitglied und Delegierter der Kommunistischen Partei Frankreichs hielt Ho Chi Minh am 5. Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau (Juni/Juli 1924) eine Rede „Zur Nationalen und Kolonialen Frage“. Nach einem signifikanten zahlenmäßigen Vergleich der damals bedeutendsten Kolonialländer mit ihren Kolonien legte er damit bereits zu Beginn eine wesentliche Problematik offen: „Nach dieser Übersicht beuten neun Länder mit einer Bevölkerung von 320.657.000 Menschen auf



einer Fläche von 11.470.200 Quadratkilometern Kolonien aus, die Dutzende von verschiedenen Nationalitäten mit einer Bevölkerung von 560.193.000 auf einer Fläche von 55.637.000 Quadratkilometern umfassen. Die Gesamtfläche ist fünfmal so groß wie die der Mutterländer, deren Gesamtbevölkerung nicht einmal drei Fünftel der Bevölkerung der Kolonien ausmacht. [...] Die britischen Kolonien insgesamt haben z.B. achteinhalbmal mehr Bevölkerung und sind mehr als 232 mal größer als Großbritannien. Frankreichs Kolonien nehmen eine Fläche ein, die neunzehnmal größer ist als sein Heimatterritorium. Die Bevölkerung der französischen Kolonien übersteigt die des französischen Mutterlandes um 16.600.000.

Daher ist es wohl keine Übertreibung, folgendes zu behaupten: Solange die französische und die englische kommunistische Partei keine wirklich progressive Politik hinsichtlich der Kolonien betreiben, solange sie nicht einmal Kontakt mit den unterdrückten Völkern in den Kolonien hergestellt haben, wird ihr Programm als Ganzes auch in Zukunft ebenso wenig wie in der Vergangenheit etwas erreichen, weil es den Prinzipien des Leninismus in dieser Beziehung geradezu entgegengesetzt ist.“ (S. 63f.) Es ist kein Geheimnis, dass – um nur bei den fran-

zösischen Kommunisten zu bleiben und ohne auf dem Begriff des Leninismus herumzureiten – die KPF diese eindeutigen Hinweise bis zum bitteren Ende in erster Linie ignoriert hat. Mehr noch: Auch nach dem offiziellen Ende des Kolonialismus beispielsweise in Afrika und der nach der Papierform „Selbstständigkeit“ der ehemaligen Kolonien blieben neokoloniale, eigentlich weitgehend altkoloniale Abhängigkeiten und Verträge zugunsten Frankreichs aufrecht (z.B. der aufgezwungene „CFA-Franc“ bis zum heutigen Tag), ohne dass die französischen Kommunisten dagegen offensiv vorgegangen wären. Wie übrigens fast alle anderen Linken und Sozialisten auch, denen das französische Hemd näher war als der kommunistische oder sozialistische Rock.

Ho Chi Minh fragte auf dem Komintern-Kongress im Jahre 1924 weiter: „Was aber haben unsere kommunistischen Parteien in Großbritannien, Holland, Belgien und in anderen Ländern getan, um den Einzug kolonialistischer Gedanken in die Hirne der Proletarier ihrer Länder zu verhindern und den Verbrechen der bourgeoisen Klasse ein Ende zu bereiten? [...] Was unsere Parteien in dieser Hinsicht unternommen haben, ist nahezu wertlos. Ich selbst wurde in einer französischen Kolonie geboren und bin

Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs. Zu meinem größten Bedauern muss ich feststellen, dass unsere Partei für die Kolonien bisher so gut wie nichts getan hat. [...] Was haben die kommunistischen Zeitungen in dieser Hinsicht getan? Offen gesagt: nichts!“ (S. 65)

Dann wurde Ho Chi Minh sehr konkret: „Die von der Konferenz von Lyon [3. Parteitag der KPF im Jänner 1924] bekanntgegebenen Tagesordnungspunkte berücksichtigen alle nur denkbaren politischen Fragen, nur ein Thema fehlte: die Kolonien. Zwar brachte die ‚L’Humanité‘ lange Artikelserien über den erfolgreichen senegalesischen Boxer Siki, aber als seine Brüder, die Dockarbeiter im Hafen von Dakar, mitten in ihrer Arbeit festgenommen, an Händen und Füßen gefesselt auf Lastwagen gezerrt und anschließend ins Gefängnis geworfen wurden, da suchte man in der gleichen Zeitung vergeblich einen Bericht darüber. Später wurden diese armen Kerle in Garnisonen verlegt und zu ‚Verteidigern der Zivilisation‘ ausgebildet. Täglich informierte das Zentralorgan unserer Partei seine Leser über die Heldentaten des Piloten Uadi, der von Paris nach Indochina geflogen war. Als aber die Kolonialbehörden die Bewohner ‚Dai Nams‘ [so die Bezeichnung Vietnams während der Feudalherrschaft] mit Gewalt von ihren Feldern holten, um sie französischen Profitherrn zu verhökern, als sie Bomber ausschickten, die die bedauernswerten Eingeborenen zur Raison bringen sollten, da hielt es das Organ unserer Partei nicht für wert, diese Nachrichten seinen Lesern mitzuteilen.“ (S. 66f.)

Die Rede Ho Chi Minhs, die ihn weiter zur Beschreibung der Zustände in Algerien, Tunesien oder Marokko führte, aber auch afrikanische Kolonien unter italienischer, spanischer, britischer, portugiesischer und belgischer Herrschaft streifte, endete schließlich mit den folgenden unzweideutigen Feststellungen: „Um das erschreckende Bild abzurunden, möchte ich abschließend noch einen Punkt erörtern. Die französischen Kapitalisten haben niemals gezögert, eine Kolonie nach der anderem dem Hunger preiszugeben, wenn sie daraus Vorteile ziehen konnten. In vielen Gebieten, so in Réunion, Algerien, Madagaskar und anderen, wird den Eingeborenen untersagt, Getreide anzubauen. Sie müssen zu Produkten übergehen, die die Kolonialherren als Rohstoffe für die französische Industrie benötigen. Natürlich werfen diese Produkte für die Pflanzler höhere Gewinne ab. Dieser Umstand brachte es mit sich,

## Neuerscheinung

### Manfred Mugrauer: **Die Politik der KPÖ 1945–1955**

Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation

(Zeitgeschichte im Kontext, hg. von Oliver Rathkolb, Bd. 14)

Göttingen: V&R Unipress 2020, 833 Seiten, 75 Euro

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt verfügte die KPÖ über den größten Einfluss auf die politische Entwicklung Österreichs. Aufgrund der Schlüsselstellung der sowjetischen Besatzungsmacht und infolge ihrer Rolle im antifaschistischen Widerstand war die KPÖ an der ersten Regierung der Zweiten Republik als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP beteiligt. Nach den

Novemberwahlen 1945 entwickelte sie ihre Politik im Spannungsfeld von Regierung und Opposition, im Lavieren zwischen „konstruktiver Staatspartei“ und Konfrontation mit den beiden Großparteien. Angesichts des Kalten Krieges und des antikommunistisch geprägten politischen Klimas wurde die KPÖ in die Isolation gedrängt. Als die Partei im November 1947 aus der Regierung ausschied, hatte sie sich zu einer Außenseiterin im österreichischen Parteiensystem gewandelt. Ab 1947 konzentrierte sich die KPÖ auf außerparlamentarische Aktivitäten und profilierte sich als Hauptkraft gegen die kapitalistische Restauration.





Ho Chi Minh im Kreis „Junger Pioniere“ der Sozialistischen Republik Vietnams.

dass die Lebenshaltungskosten in den Kolonien stiegen, was wiederum für die mittellosen Eingeborenen Hungersnot bedeutete. Aber so wie der Hunger in den Kolonien zunimmt, so wächst auch der Hass. Die eingeborenen Bauern sind zur Rebellion bereit, und in vielen Gebieten haben sie sich auch schon mehrfach erhoben, aber ihre Aufstände wurden blutig unterdrückt. Wenn die Bauern dennoch im Allgemeinen passiv sind und Zurückhaltung üben, so liegt das nur an mangelnder Führung und Organisation. Die Kommunistische Internationale muss ihnen die Revolution bringen, um ihnen damit zu ihrer Befreiung zu verhelfen.“ (S. 75f.)

Nun könnte man einwenden, dies seien alles Aussagen aus dem Jahr 1924 innerhalb einer noch sehr jungen kommunistischen Bewegung. Aber dieses Argument geht deshalb ins Leere, weil sich in den Jahren danach insbesondere innerhalb der kommunistischen Parteien der Kolonialländer nichts grundsätzlich geändert hat. Dies traf gerade auch auf Frankreich zu, was mit ein Grund dafür war, dass Ho Chi Minh 1930 Mitbegründer der Kommunistischen Partei Indochinas wurde. Es würde den Rahmen sprengen, hier die komplizierte persönliche und Landesgeschichte bis zu Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam zu referieren. Erwähnenswert scheint mir, dass Ho Anfang der 1940er Jahre ein Jahr lang in einem Kuomintang-Gefängnis zubringen musste, was ihm das Verfassen mehrerer Gedichte erlaubte. Ein kurzes – übersetzt bzw. nach-

gedichtet vom Wiener Kommunisten Fritz Jensen – sei hier zitiert:

*Weder hoch noch sehr weit,  
weder Kaiser noch König,  
du bist nur ein kleiner Meilenstein am  
Straßenrand.*

*Den Leuten, die vorbeigehen, weist du  
die richtige Richtung,  
damit sie sich nicht verirren.*

*Du sagst ihnen die Entfernung, die sie  
noch gehen müssen.*

### Der hohe Stellenwert der Frauenbefreiung

Ho Chi Minh erkannte vom Beginn seiner politischen Tätigkeit an das besondere und große Problem der Frauenunterdrückung gerade in den Kolonien und machte bereits in den 1920er Jahren auf die „Leiden der eingeborenen Frauen“ durch die „Zivilisatoren“ aufmerksam: „Nirgends sind sie vor ihrer Brutalität sicher. Gleichgültig ob im eigenen Haus oder auf dem Markt, in der Stadt oder auf dem Lande, überall sind sie der Willkür von Beamten, Polizisten, Zoll- und Steuerbeamten und anderen Aufsichtspersonen ausgeliefert. Häufig kommt es vor, dass ein Europäer eine Frau einfach mit ‚con di‘ (Hure) oder ‚Bouzon‘ (Affe) anredet. Selbst auf dem Zentralmarkt von Saigon, einer sozusagen französischen Stadt, scheuen europäische Wachen nicht davor zurück, eingeborene Frauen ohne jeden Anlass mit Ochsenziemern oder Gummiknüppeln zu schlagen.“ (S. 121f.) Und sein Aufruf aus Anlass der Gründung der KP Indochinas richtete sich ausdrücklich an die „Schwestern und Brüder“ (S. 147).

Zu dieser Zeit hatte Ho aber ebenso wenig wie die Kommunistische Partei Indochinas ein spezielles Frauenprogramm, sondern er beschränkte sich hauptsächlich darauf, immer wieder die besondere Unterdrückung der Frauen zum Thema zu machen. Die Durchsetzung dieser besonderen Aufmerksamkeit erwies sich allerdings als zähes Unternehmen. Das hartnäckige feudal geprägte Denken wirkte ebenso dagegen wie die patriarchalischen Traditionen im militärischen Kampf.

Dennoch gelang es Ho noch Ende der 1950er Jahre, ein revolutionäres Ehe- und Familiengesetz durchzusetzen, dem vier Grundsätze zugrunde lagen: Freiheit der PartnerInnenwahl, Einehe, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie Verteidigung der Rechte und Interessen der Kinder. In seiner Begründung führte er unter anderem aus: „Das neue, hier zur Debatte stehende Ehe- und Familiengesetz, das der Nationalversammlung vorgelegt werden wird, ist Teil der sozialistischen Revolution und in seiner Substanz revolutionär. [...] Das Ehegesetz zielt auf die Emanzipation der Frau ab, d.h. auf die Befreiung einer Hälfte der Gesellschaft. Die Emanzipation der Frau muss mit dem Abbau feudalistischen und bürgerlichen Denkens beim Mann Hand in Hand gehen. Was die Frauen selbst betrifft, so sollten sie nicht auf die Direktiven von Regierung und Partei warten, sondern sich auf sich selbst verlassen und kämpfen.“

Muss man daran erinnern, dass allein der Begriff „Emanzipation der Frau“ zu dieser Zeit in Westeuropa wenn überhaupt, dann zuvörderst als Schimpfwort in Gebrauch war? Und noch Jahrzehnte danach wurden „Emanzen“ verächtlich gemacht. Gab es viele linke oder kommunistische Politiker, ob in West oder Ost, die damals solch klare Worte fanden und in Gesetze gossen? Von den bürgerlichen ganz zu schweigen... Und Ho Chi Minh wusste auch, dass das Gesetz allein nicht genügte: „Andererseits wird es aber auch viele Schwierigkeiten geben, weil die Sitten und Traditionen im Volk doch immer noch tief verwurzelt sind. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist daher bei weitem nicht alles getan, vielmehr müssen langfristige Propaganda und Erziehung dafür sorgen, dass gute Ergebnisse erzielt werden.“ (S. 340)

Ho Chi Minh starb am 2. September 1969 in Hanoi, knapp sechs Jahre vor der Befreiung des gesamten Landes. Der Präsident Vietnams war als „Onkel Ho“ nicht zuletzt bei den Frauen des Landes überaus beliebt.

# „Eine muss immer die erste sein“

Zur Neuauflage der „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ von Adelheid Popp

RUDOLF MÜLLER

Unter obigen Titel stellt die Herausgeberin Sibylle Hamann ihren einleitenden Text zur Wiederauflage der „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ von Adelheid Popp. Als Absolventin von gerade einmal drei Jahren Volksschule und als Kind einer Analphabetin mit tschechischer Muttersprache eroberte Popp 1892 mit 23 Jahren ihre erste Funktion im Umfeld der Sozialdemokratischen Partei: Sie wurde leitende Redakteurin der *Arbeiterinnen-Zeitung* (1892 bis 1934) und war schließlich im Jahr 1919 im Alter von 50 Jahren die erste Frau, die im österreichischen Parlament eine Rede hielt. Seit 1918 war sie die erste Frau im Parteivorstand der SDAP. Von 1918 bis 1923 gehörte sie dem Wiener Gemeinderat an, 1919/20 war sie Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung sowie von 1920 bis 1934 Abgeordnete zum Nationalrat.

Emma Adler, die Frau des Parteigründers Victor Adler, hatte sich des talentierten Mädchens angenommen und sie nicht nur Englisch, sondern sie auch in der deutschen Grammatik und Orthografie unterrichtet.<sup>1</sup> Adelheid Popp war eine emanzipierte Frau und leidenschaftliche Politikerin. Sie wollte in der Politik kein „dekoratives Versatzstück“ sein, entkam aber gleichwohl nicht ganz den damals herrschenden – von ihr aber wohl durchschauten – Rollenverhältnissen, dass Frauen üblicherweise daheim für Kinder und Haushalt und auch in der Politik für die „Weibersachen“, nämlich Fürsorge und Sozialpolitik zuständig waren.

Dass es bei Popp im privaten Bereich zumindest für die Dauer von acht Jahren etwas anders kam, verdankte sie dem Umstand, dass sie in dieser Zeit einen ebenso eingefleischten und emanzipierten Sozialisten, nämlich den 20 Jahre älteren Julius Popp bis zu dessen Tod im Jahre 1902 zum Ehe- und Lebenspartner hatte, der ihr für ihre politische Arbeit dadurch den Rücken frei hielt, dass er sich um die beiden kleinen Söhne des Paares kümmerte. Julius Popp war nicht irgendwer: er war Vorsitzender des historischen Parteitags von Hainfeld, und sein Name stand gemeinsam mit jenem Bretschneiders und Rudolf Pokornys unter dem ersten Leitartikel der ersten Ausgabe *Arbeiter-Zeitung* vom 12. Juli

1889, den Victor Adler verfasst hatte, den er aber als persönliches Zugeständnis an die Justiz, die ihn gerade wegen eines politischen Delikts zu einer Haftstrafe verurteilt hatte, nicht offiziell zeichnete. Als Julius Popp 1902 starb und am Sonntag vor Weihnachten zu Grabe getragen wurde trauerten nicht nur Adelheid Popp und die beiden kleinen Söhne, sondern die gesamte Sozialdemokratie Österreichs um ihn.

„Der erste Schritt für die Frauen selbst muss der sein, dass sie nicht eine eigene Frauenbewegung haben wollen: es gibt nur eine Arbeiterbewegung.“ Über diesen Viktor Adler zugeschriebenen Satz bin ich im Februar dieses Jahres in einem Artikel vom Klaus Nüchtern im „Falter“ gestolpert. Der Satz ging an die Adresse von Adelheid Popp und war symptomatisch für die Haltung der nahezu ausschließlich männerdominierten politischen Eliten der zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, auch jener der Sozialdemokratie. Popp hatte nur verlangt, dass die Forderung nach politischer Gleichheit im sozialdemokratischen Parteiprogramm um den Beisatz „ohne Unterschied des Geschlechts“ ergänzt werde und stieß – zunächst – auf taube Ohren. Erst 1891 wurde der Zusatz nachgeholt. Das Ganze soll sich am Einigungsparteitag der Partei in Hainfeld zugetragen haben. Diese Begebenheit wirft ein Schlaglicht auf das Dilemma der Frauen, die um notwendige Veränderungen, und gehe es auch nur um etwas so allgemein Einleuchtendes, geradezu Selbstverständliches, wie die Gleichstellung der Geschlechter stets in einem ganz unverhältnismäßigen Ausmaß nach innen und nach außen kämpfen mussten.

Was die Beziehung Pops zur „organisierten Sozialdemokratie“ betrifft, muss man sich vor Augen halten, dass das an sich liberale Vereinsgesetz 1867 bis 1947 restriktive Sonderbestimmungen für politische Vereine enthielt. Gem. dessen § 30 durften neben Ausländern und Minderjährigen auch „Frauenspersonen“ nicht als Mitglieder politischer Vereine aufgenommen werden. Diese Bestimmung stand bis zum Ende der Monarchie in Geltung. Frauen mussten daher eigene Vereine gründen und diese als „unpolitisch“ deklarieren. Das war nicht

einfach, wie ein Bericht von Gabriele Proft zeigt: Als nach den Landtagswahlen 1901 für den „Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“ und den „Verein der Heimarbeiterinnen und der im Hause beschäftigten Frauen und Mädchen“ Vereinsstatuten eingereicht wurden, dauerte es ein Jahr bis zu Genehmigung, die schließlich mit dem Vermerk „Bestätigung mit Ausnahme von Politik und Religion“ erteilt wurde. Popp durfte zunächst also nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein.

In dieser Hinsicht war Adelheid Popp ein „role model“, wie man heute sagen würde. Ihr erstes Buch, zugleich ein historischer Bestseller, liegt 110 Jahre nach seinem Erscheinen nun wieder in einer kommentierten Ausgabe vor. Nach dem einleitenden Text von Sybille Hamann skizziert die Historikerin Katharina Prager den Weg von Pops Familie, durch die Industrialisierung vertriebene Weber aus Böhmen, anhand von Personenstandsbüchern. Fast alle Kinder der Mutter (es ist unklar ob es insgesamt 12 oder 15 waren) aus erster Ehe starben früh, dann auch der Ehegatte. Ihr zweiter Mann Adalbert Dwořak (der Vater Adelheids) wird als gewalttätiger Trinker geschildert; er starb, als Popp sechs Jahre alt war.

Der auf diesen historischen Überblick folgende Originaltext von Adelheid Popp (samt allen Vorworten) ist jener der vierten Auflage aus dem Jahr 1922, die im sozialistischen Vorwärts-Verlag erscheinen durfte, was Popp im Vorwort als die Erfüllung eines „schon immer“ bestehenden Wunsches bezeichnet. Bis dahin war ihr Buch aber international bereits verbreitet und in nicht weniger als elf Sprachen, darunter ins Englische, Französische und Schwedische, übersetzt worden. Popp schrieb die „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ als sie bereits Redakteurin der *Arbeiterinnen-Zeitung* war.

Die erste und die zweite Auflage waren unter dem Titel „Jugendgeschichte einer Arbeiterin von dieser selbst erzählt“ anonym in einem Münchner Verlag erschienen, erst in der dritten Auflage (1910) gab Adelheid Popp ihren Namen als Autorin preis. Das (in der vorliegenden Ausgabe ebenfalls enthaltene) Geleitwort zur ersten Auflage 1909 schrieb



kein geringerer als August Bebel, enger Freund Viktor Adlers sowie Mitbegründer und einer der bedeutendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie. Der Autor des 1879 erschienenen Werks „Die Frau und der Sozialismus“ bezeichnet den Text als vorbildhaft für viele Frauen und wünschte ihm große Verbreitung. Noch 1910 waren eine zweite und eine dritte Auflage erforderlich geworden. Das Buch wurde damit zu einem „Kultbuch“ der sozialdemokratischen Frauenbewegung.

Dieser Erfolg ist gut nachvollziehbar: Sich aus diesen trostlosen, von Hunger und Armut gekennzeichneten Verhältnissen, in denen Adelheid Popp als Absolventin von nur drei Klassen Volksschule aufgewachsen ist, aus eigener Kraft zu befreien und eine Politikerin dieses Formats zu werden, versteht sich alles andere als von selbst. Pops Bericht umspannt die etwas mehr als dreißig Jahre von 1872 bis zur Jahrhundertwende mit einem Schwerpunkt ab ihrem zehnten Lebensjahr, als die Autorin nach Abschluss der dritten Klasse Volksschule aufgrund des frühen Todes ihres Vaters vom Schulbesuch befreit wurde, um durch Arbeit zum Familienunterhalt beizutragen.

Was das damalige sozialpolitische Umfeld betrifft sei daran erinnert, dass es zu diesem Zeitpunkt noch keine allgemeine Krankenversicherung gab. Wie Popp schildert, musste von dem wenigen durch jegliche erreichbare Arbeit verdienten Geld, das nicht reichte, um vor dem Hungern zu schützen, noch etwas gespart werden, um Arzt und Apotheke bezahlen zu können. Die Mutter betet um einen raschen Tod ihres siechenden zweiten Ehemanns, da das Geld für seine ärztliche Versorgung nicht reicht. Solche und noch erschütterndere Einblicke gibt das Buch in das Leben des Proletariats im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Wien.

Wer sich mit der Entwicklung der Anfänge des Arbeits- und Sozialrechts im 19. Jahrhundert beschäftigt, wird in diesem Text keinen Niederschlag davon finden: Es ist die Macht des Faktischen, die aus dem Text der Popp über einen hereinbricht. Der Alltag einer Arbeiterin hatte nicht im Entferntesten mit den ohnehin nur rudimentären Ansätzen eines Arbeitnehmerschutzes zu tun, der damals immerhin schon auf dem Papier stand. Kinderarbeit war die Regel, nicht etwa die Ausnahme. Kaiser, Hof und Unternehmerverbände achteten darauf, dass bescheidene Versuche einer Einschränkung von Kinderarbeit (üblich ab



dem zehnten Lebensjahr) verhindert oder rückgängig gemacht wurden.

Sofern die Kinder überhaupt das dafür erforderliche Alter erreichten: Die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit lag im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bei etwa 30 bis 40 Prozent, im Proletariat allein war sie wohl deutlich höher. Man kann aus den in unserer Zeit wieder aufgelegten Reportagen von Max Winter („Das schwarze Wienerherz“) und Emil Kläger („Durch die Quartiere der Not und des Verbrechens“) über die Elendsquartiere der Ziegeleiarbeiter gleichsam Standbilder der desaströsen, menschenunwürdigen Zustände dieser Zeit gewinnen; der Text der Adelheid Popp entrollt hingegen einen Film, der den zeitlichen Verlauf dieses Elends einer Arbeiterfamilie über die Jahrzehnte vor Augen führt.

Der auf den ersten Blick merkwürdig anmutende Umstand, dass der Text zwar biografisch angelegt ist, man aber so gut wie nichts über die politischen Funktionen und das persönliche politische Umfeld der Autorin erfährt, ist wohl dem Umstand geschuldet, dass die beiden ersten Auflagen – wie bereits erwähnt – anonym erschienen waren. Der Text bleibt örtlich und zeitlich daher immer im Ungefähren – das gilt auch für den Bericht über Pops Haftzeit im Jahre 1895 wegen kritischer Äußerungen über die katholische Ehe, aus dem man z.B. nicht erfährt, dass sie diese als verantwortliche Redakteurin der *Arbeiterinnen-Zeitung* erlitten hat, wohl aber, dass sie im Arrest wissenschaftliche Bücher und heimlich das von ihrem Ehemann zugesteckte Parteiblatt gelesen hat. Obwohl sie in der dritten Auflage erst-

mals als Autorin genannt wird, nahm sie – der Herausgeberin zufolge – am Text nur wenige Änderungen vor. Sie wollte weiterhin bloß „die Fabrikarbeiterin“ sein, als die sie uns im Buch entgegentritt, allerdings ergänzt um die berührende Erzählung über ihren Ehemann, die sie vorerst hatte aussparen müssen.

Einmal mit dem Lesen begonnen, legt man das Buch nicht so schnell wieder aus der Hand: Man schmunzelt über die Vorlieben der pubertierenden 12-Jährigen für „Schundromane“, die sie offenbar geradezu verschlungen hat, damit aber auch ihr Lesen trainierend und eine gewisse sprachliche Geschicklichkeit erwerbend. Durch die Schinderei in der Arbeit eine eher unklare Gemütskrankheit entwickelnd (heute würden wir ein frühes Burn-out vermuten), erleben wir die 14-Jährige in einer Anstalt für Geistesranke, in der sie aber immerhin durch Vermittlung eines freundlichen Arztes „höhere Literatur“ wie Schiller und Daudet kennenlernt.

Die Schrift gewährt aber auch einen Einblick in das Fürsorgewesen der damaligen Zeit. Als man sie nicht weiter für behandlungsbedürftig erachtete, fand sie sich zunächst in einem Armenaltersheim wieder, wo sie offenbar auf Fürsorgekosten untergebracht wurde und wo sie die Vergangenheit als Angehörige einer Zuwandererfamilie einholte: Als damals noch Minderjährige war sie plötzlich bedroht von einer Abschiebung in die „Heimatgemeinde“ der Mutter nach Böhmen, deren Sprache sie nicht einmal konnte. Man kommt nicht umhin, Parallelen zur Flüchtlingsproblematik der Gegenwart zu erkennen. Popp stellt denn auch in ihrem Text „mit Erbitterung“ die

Frage, was als knapp Fünfzehnjährige aus ihr geworden wäre, hätte man sie in die Heimatgemeinde verbracht und sie begann „über das Verbrecherische der bürokratischen Schablone nachzudenken, die mich, ein Kind, ein von frühester Kindheit an durch Arbeit und Hunger um alle Kinderfreuden gebrachtes Geschöpf, in ein Haus für Greise und Sieche steckte und die mich, wenn nicht wenigstens ein denkender Beamter da gewesen wäre, einem ungewissen, aber sicher für viele Jahre fürchterlichen Schicksale überliefert hätte“. Dem „denkenden Beamten“ fiel das Kind auf. Er sprach es an, stellte dadurch fest, dass die Mutter in Inzersdorf wohnte und sorgte dafür, dass das Kind wieder zu seiner Mutter kam.

Die Mutter investierte Lehrgeld für eine Lehrstelle für Weißnäherei bei einer Zwischenmeisterin. Von dieser Zwischenmeisterin wurde Adelheid Popp aber um die Lehre betrogen: statt ausgebildet zu werden, wurde sie als Haushälterin und Kindermädchen ausgebeutet und schließlich zugunsten eines anderen Mädchens entlassen. Dass man in einer Zuckerwarenfabrik in den Wochen vor Weihnachten keine Arbeit finden konnte, weil diese schon erledigt und die gesamte Belegschaft bis auf weiteres daher entlassen ist, erfuhr die Fünfzehnjährige ebenfalls schmerzlich. Eine Glas- und Schmirgelpapierfabrik, eine trinkende

Unternehmerin und sexuelle Belästigungen durch einen Angestellten gegenüber dem auf diesem Gebiet noch völlig ahnungslosen Kind prägten die weitere Zeit. Schließlich kam die Mutter in ein Alter, in dem sie keine Gelegenheitsarbeiten mehr fand, sodass die Tochter ihre Anstrengungen verdoppeln muss, um die Mutter zu erhalten.

Adelheid Popp las mittlerweile Lenau und Wieland. Sie verstärkte zwar zunächst noch ihre familiär verwurzelten katholischen Bemühungen durch wiederholte Wallfahrten, ehe sie sich aber ernüchert von Kirche und Religion abwandte: als sie begann, Leitartikel in Zeitungen zu lesen, fand sie abfällige Bemerkungen in katholischen Blättern über die Arbeiter, die sie empören. Sie befasste sich mit der Geschichte der französischen Revolution des Jahres 1789 und der Wiener Märzrevolution von 1848 und kam über die „Anarchistenprozesse“, die sie interessiert verfolgte, zur Sozialdemokratie. Sie las das Parteiblatt, ging häufig in Versammlungen und erzählte das dort Gehörte zunächst nur ihren politisch passiven Arbeitskolleginnen in der Fabrik. In einem Artikel mit dem Titel „Das Weib im XIX. Jahrhundert“ erkannte sie ihr eigenes und das Schicksal vieler anderer Frauen, denen sie auf ihrem leidvollen Weg durch Kindheit und Jugend begegnet war. Das war für sie gleichsam ein „Erweckungserlebnis“ und Motivation, sich aktiv zu politisieren und sich mit der Frauenfrage zu beschäftigen. Eines Tages bestieg sie in einer der zahlreichen Versammlungen, die sie besuchte, im Anschluss an einen Vortrag zur Diskussion das Podium und sprach erstmals vor einem vollen Saal. Und sie wurde daraufhin gebeten, ihren ersten Zeitungsartikel zu schreiben: „Zur Lage der in den Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen“. Einladungen zu zahlreichen Vorträgen folgten. Sie entfremdete sich immer mehr von der katholischen und schicksalsergebenen Mutter, die nicht einmal ein Besuch zweier politischer Größen dieser Zeit, Friedrich Engels (der Popp seit dem Sozialistenkongress von Zürich im Jahr 1893 kannte) und August Bebel, beeindruckt kann, die sich für Popp ins Zeug legten und ihrer Mutter zu vermitteln suchten, welche politisch wichtigen Weg ihre Tochter ging.

War die „Jugend einer Arbeiterin“ als Autobiografie gedacht oder als eine politische Agitationsschrift? Ich denke: Letzteres. Die biografischen Erlebnisse, die von der Autorin geschildert werden,

sind nur exemplarisch. An dieser Folie entfaltet sich die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen; zugleich wird die Aufforderung zur politischen Aktivität von Frauen als deutliches Gebot zur Erlangung einer besseren Zukunft aufgestellt. An das Ende ihrer Schrift stellt Adelheid Popp gleichsam als Aufruf denn auch Georg Herweghs bis heute berühmten Vierzeiler „Was wir begehren von der Zukunft Fernen?“ der mit der Zeile endet „[dass] unsere Greise nicht mehr betteln gehen“. Eine Altersversicherung blieb bekanntlich für die weit überwiegende Zahl der ArbeitnehmerInnen bis 1927 eine Zukunftsvision. Und Popp schreibt: „Wenn es mir gelingen wird, in diesem Sinne mit meiner bescheidenen Arbeit zu wirken, dann habe ich mein Ziel erreicht.“

Am Ende des Buches folgt zur Abrundung ein lesenswerter Essay von Sibylle Hamann mit dem Titel „Adelheid Popp und wir“, in dem sie den von Popp verfassten Text analysiert und Parallelen zur aktuellen politischen Lage in Europa zieht. Und sie mündet in dem „Zauberbegriff“, den Popp schon 1911 in einem „Mädchenbuch“ vermitteln wollte: die Solidarität der arbeitenden Menschen untereinander. Man muss Hamann und dem Wiener Picus-Verlag gratulieren, diesen Text aus Anlass des 150. Geburtstags der Autorin 110 Jahre nach seinem Entstehen aus den Archiven gehoben und mit begleitenden Erläuterungen wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben. Popp tritt uns darin nicht nur als eine des Erinnerns wertige sozialdemokratische Heroine entgegen (die auch erklärtes Vorbild und Leitfigur für viele andere, wie z.B. für die unvergessliche KZ-Überlebende Rosa Jochmann, war), sondern als eine frühe Frauenpolitikerin mit hoher Standfestigkeit auch gegenüber den eigenen Parteigenossen. Sie ist damit nicht unähnlich ihrer späteren, dieser Tage durch einen Film zurecht wieder in Erinnerung gerufenen „Nachfolgerin im Geiste“, Johanna Dohnal.

*Adelheid Popp: Jugend einer Arbeiterin, hg. von Sibylle Hamann. Mit Essays von Sybille Hamann und Katharina Prager. Wien: Picus Verlag 2019, 158 S., 20 Euro*

#### Anmerkung:

1/ Die folgenden biografischen Angaben stützen sich auf: Gabriele Proft: Adelheid Popp in: Norbert Leser (Hg.): Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus. Wien 1964, S. 297–306.

**Zur Lage der arbeitenden Klasse in der (Corona-) Krise**

200 Seiten/Sonderheft  
und Ausgabe 4\_2020

**Mit Beiträgen von** Wolfgang Albers (Mda Die LINKE), Rolf Becker, Hans-Peter Brenner, Raimund Ernst, Glen Ford (USA), Wolf-Dieter Gudopp von Behm, Lothar Geisler, Nina Hager, Kai Köhler, Dieter Kraft, Stefan Kühner, Lena Kreymann/Andrea Hornung (SDAJ), Robert Krotzer (KPÖ Graz), Francesco Maringio (Italien), Hans Modrow, Christian Müller (Schweiz), Claudio Ottone, (KP Argentinien) Karl-Heinz Peil, Rainer Perschewski, Ronald Pienkny, Anne Rieger (KPÖ Graz), Werner Rügemer, Eduardo Goncalves Serra (Brasilianische KP), Regina Schmidt-Kühner, Franziska Schneider, Ulrich Schneider (F.I.R.), Volkmar Schöneburg, Conrad Schuhler, Manfred Sohn, Shashi Tharoor (Indischer Nationalkongress), Klaus Wagener, Rob Wallace (USA), Andreas Wehr, Holger Wendt, Sebastian Wisiak (KPÖ Graz), Lucas Zeise, Werner Zimmer-Winkelmann



**Neue Impulse Verlag**

Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel. 0201 | 23 67 57

Einzelpreis **12,50 €**

Jahresabo **48,00 €**

ermäßigtes Abo **32,00 €**

**www.marxistische-blaetter.de**

## Erich Sameck (1928–2020)

**M**it Erich Sameck verliert die Kommunistische Partei Österreichs einen ihrer profiliertesten Journalisten und die *Alfred Klahr Gesellschaft* einen ihrer wichtigsten Autoren. Geboren am 31. August 1928 in Wiener Neustadt, verbrachte Sameck seine Kindheit und Jugend im so genannten „Kriegsspital“, eine Barackensiedlung am Stadtrand von Wiener Neustadt. Sein Vater Gustav war Kompaniekommandant des Republikanischen Schutzbundes, der nach den Februarkämpfen 1934 zu zweieinhalb Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde. Nach der Schule absolvierte Erich Sameck eine kaufmännische Lehre in den Wiener Neustädter Flugzeugwerken. Im Jänner 1945 zur Wehrmacht eingezogen, desertierte Sameck kurz vor Kriegsende. Nach seiner Rückkehr aus der

amerikanischen Kriegsgefangenschaft trat er im Juli 1945 der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) und der KPÖ bei. Als Mitglied der FÖJ-Leitung beteiligte er sich aktiv am Wiederaufbau von Wiener Neustadt.

Nach kurzzeitiger Tätigkeit als Kulturreferent im Wiener Neustädter Rax-Werk und als Sekretär der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* (ÖSG) in Wiener Neustadt wurde Sameck 1949 Redakteur der *Wr. Neustädter Nachrichten*, die er bis 1985 als Chefredakteur leitete. Seine spitze Feder beim Aufzeigen der Sorgen und Nöte der „kleinen Leute“ hat Sameck über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt gemacht. Unter seiner Leitung wurden die von der KPÖ herausgegebene Wochenzeitung zum Sprachrohr der Bevölkerung und ihrer Probleme.

Auch als Kommunalpolitiker hat Erich Sameck mehr als 20 Jahre lang die Politik der Statutarstadt entscheidend mitgeprägt. Von 1964 bis 1986 war er Gemeinderat, von 1967 bis 1970 auch Stadtrat in Wiener Neu-

stadt. Er verband dabei seine kommunalpolitische Arbeit geschickt mit seinem Journalistenberuf. Sameck agierte nicht nur als Chefredakteur der *Wr. Neustädter Nachrichten*, sondern auch im Wiener Neustädter Gemeinderat wortgewaltig im Interesse der arbeitenden Menschen. Seine Unnachgiebigkeit und sein bedingungsloser Einsatz waren bei der „Obrigkeit“ ge-



fürchtet, wenn es darum ging, Unrecht und Missstände aufzuzeigen. Sameck sah zwar Kritik, Kontrolle und Information als die wichtigsten Säulen seiner politischen und journalistischen Tätigkeit an, gleichzeitig zeichnete er sich durch eine hohe Bereitschaft zur Zusammenarbeit aus, wenn es galt, die lokalen Probleme zu bewältigen.

Sein konsequentes und seriöses Wirken hat ihm Anerkennung über den Kreis seiner WählerInnen hinaus gebracht. Erich Sameck wurde zu einer „politischen und medialen Legende“, wie in einem Nachruf des *Wiener Neustädter Bezirksblatts* zu lesen ist. Von der breiten gesellschaftlichen Anerkennung Samecks zeugen zahlreiche ihm verliehene Auszeichnungen, etwa das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich, das Verdienstzeichen des Landes Niederösterreich und das Stadtwappen von Wiener Neustadt. In der Begründung zur Verleihung dieser Ehrenzeichen wurde insbesondere seine Tätigkeit zur Belebung des kulturellen

Lebens in Wiener Neustadt hervorgehoben.

Als die KPÖ nach dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei im August 1968 in eine tiefe Krise schlitterte, gehörte Sameck zu jenen Kräften, die sich einer strikten Frontstellung „Revisio-nisten“ versus „Dogmatiker“ entzogen. Trotz seiner berechtigten Kritik an der sowjetischen Politik und daraus resultierender Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPÖ gelang es ihm, als kommunistischer Funktionär aktiv zu bleiben. Er legte zwar seine Funktionen in der niederösterreichischen Landesleitung und im Landessekretariat der KPÖ zurück, führte aber in den folgenden Jahren die *Wr. Neustädter Nachrichten* zu neuen Höhen. Als „linkes Boulevardblatt“, wie Sameck selbst die Zeitung charakterisierte, stiegen die

*Wr. Neustädter Nachrichten* zur meistgelesenen und auflagenstärksten Zeitung der Region auf.

Sein angeschlagener Gesundheitszustand zwang ihn Mitte der 1980er Jahre zum Kürzertreten. 1985 legte er seine Funktion als Chefredakteur zurück, ein Jahr später schied er aus dem Gemeinderat aus. Sameck blieb aber auch in den folgenden Jahrzehnten ein Aktivist und wichtiger Berater seiner Partei. Vor allem in den letzten Jahren griff er wieder verstärkt zur Feder. In den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* erschienen mehrere autobiografisch geprägte Beiträge von Sameck, zuletzt im Dezember 2019 über die Schließung des Rax-Werks im Jahr 1966. Als sich im April 2016 in Wiener Neustadt ein international bekannter Literaturwissenschaftler in antikommunistischen Tiraden übte, lief Sameck in einem Beitrag für unser Mitteilungsblatt zu alter journalistischer Höchstform auf. Erich Sameck starb am 17. März in Wiener Neustadt im 92. Lebensjahr. **M.M.**



Werner Anzenberger, Anja Grabuschig, Heimo Halbrainer (Hg.): *Festschrift Arbeiterkammer Steiermark. 100 Jahre Gerechtigkeit*. Graz, Wien: Leykam 2020, 256 S., 30 Euro

100 Jahre Arbeiterkammer umfassen „nahezu die gesamte Lebensspanne der Republik Österreich“, leitet Werner Anzenberger, der Leiter der Bereiche Recht, Sozialpolitik und Außenstellen der Arbeiterkammer Steiermark und einer der drei Herausgeber des Bandes, die vorliegende Festschrift ein. Was das Buch so spannend macht, ist die durchgängige Darstellung der politischen Kräfteverhältnisse, auf denen die Sozial-, Rechts-, Bildungs- und Frauengesetzgebung mit Einsatz der Arbeiterkammer für die arbeitenden Menschen entwickelt wurden. Heimo Halbrainer, Historiker und einer der Mitherausgeber, überschreibt seinen Beitrag mit Worten des damaligen Ministers für soziale Verwaltung, im Arbeiterkammerwahlkampf des Jahres 1921: „Ein Teil des Generalstabs der sozialen Revolution“.

Die Fakten über 100 Jahre politisches und soziales Auf und Ab für die „arbeitende Klasse“ werden attraktiv und informativ dargelegt, umfangreich bebildert und ergänzt mit Faksimiles von Gesetzen, Zeitungsartikel oder Flugblättern. Arbeiterkammerwahlergebnisse und Arbeitslosenstatistiken seit 1946, 20 Seiten Quellenangaben verbunden mit Namen und Fotos der AkteurInnen machen die Festschrift zu einem Geschichtslexikon erster Güter über die gesetzlichen Belange der arbeitenden Menschen. Ein lebendiges Buch, bestens geeignet sowohl für die gewerkschaftliche politische Bildungsarbeit als auch als Ergänzung für den Schulunterricht.

Heimo Halbrainer führt angenehm lesbar auf 80 Seiten durch die Geschichte und Entwicklung der Arbeiterkammer. Schon 1848 wurde überall in den Industriestaaten Europas die Forderung nach Arbeiterkammern erhoben. Nachdem das Begehren der ArbeiterInnen Jahrzehnte lang von den herrschenden Regierungen kurzweg abgelehnt worden war, kam 1917 die Forderung nach der Errichtung von Arbeiterkammern als „völlig gleichwertig gestellt den Kammern der gewerblichen Unternehmer“ zur Debatte in den Reichstag. Auslöser waren die riesigen Streiks- und Massenaktionen, mit denen die Menschen auf die unerträglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände im dritten Kriegsjahr reagierten.

Am 20. Februar 1920 wurde in der demokratisch gewählten Nationalversammlung die Errichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte beschlossen. Ihre Aufgaben war es, die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Darunter fielen u.a. die Berichte, Vorschläge, Gutachten über die Regelungen der Arbeitsverhältnisse, des Arbeitsschutzes, der Arbeiterversicherungen und des Arbeitsmarktes, Wohnungsfürsorge, Volksfürsorge, -gesundheit, -bildung. Nach einem harten Wahlkampf mit einer 70-prozentigen Wahlbeteiligung erreichten die Freien Gewerkschaften in der Steiermark im März 1921 58 der 64 Mandate. Im Mai 1921 begann die Arbeit der Kammer mit neun Beschäftigten, bis 1938 wurden es 170.

Die politischen Verhältnisse der Folgezeit schlugen sich auch in den Möglichkeiten der Arbeiterkammer in der Ersten Republik nieder. War es 1920 noch die „Gefahr der Bolschewisierung“ Österreichs, die es der Sozialdemokratie ermöglichte, eine europaweit beispiellose Gesetzgebung zu verwirklichen, u.a. das Gesetz zur Errichtung der Arbeiterkammern, verloren die Freien Gewerkschaften bei den zweiten Wahlen 1926 an Stimmen, obwohl sie sich gegen die Abschaffung der sozialpolitischen Errungenschaften stemmten. Sie blieben aber tonangebende Fraktion in der Arbeiterkammer. Die KommunistInnen kandidierten zum ersten Mal und wurden zweitstärkste Fraktion bei den Arbeitern.

Bereits vor Beginn der Weltwirtschaftskrise wurde in der Alpine Montangesellschaft den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften gekündigt. Nur noch Arbeiter, die der Heimwehr oder den „Unabhängigen Gewerkschaften“ angehörten, wurden eingestellt. Letztere waren im Mai 1928 – mit Unterstützung der Alpine – gegründet worden. Umfassend wird der Kampf gegen die Arbeiterkammern und die Freien Gewerkschaften durch Gleichschaltung und Auflösung unter austrofaschistischer Herrschaft und nationalsozialistischer Machtübernahme erläutert. Im Juni 1938 wird als letzter Schritt das Vermögen von über 33 Millionen Reichsmark der Landeskammern und Gewerkschaften geraubt und von der Deutschen Arbeitsfront angeeignet.

Im Juli 1945 wurde das Gesetz zur Wiedererrichtung der Arbeiterkammern beschlossen. In der Steiermark begann die provisorische Tätigkeit im Februar 1946, die Konstituierung erfolgte Ende

Juli, die erste Vollversammlung Ende September mit Otto Möbes als Präsidenten. Da Wahlen nicht möglich waren, einigten sich die Gründungsparteien der Republik auf einen provisorischen Verteilungsschlüssel 63 SPÖ, 27 KPÖ, 18 ÖVP. 1947 gab es bereits Amtsstellen in mehreren Bezirksstädten. Die Zerstörungen waren enorm, die Not der Menschen groß. So war die erste Aufgabe der steirischen Arbeiterkammer die Unterstützung beim Wiederaufbau, der Hebung der Kohleförderung, um die Stromversorgung sicher zu stellen, der Verteilung von Lebensmittel und Kleidung. Versor-

## Materialien zur Familie Strasser gesucht

Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch (Institut für Geschichte der Universität Wien) sucht zu einem Forschungsprojekt über die Linke in Österreich im europäischen Kontext am Beispiel der Familie Strasser persönliche Materialien (wie etwa Erinnerungen, Korrespondenzen oder Fotos) über:

Josef Strasser (1870–1935)  
Nadja Strasser (1871–1955)  
Alexander Strasser (1898–1974)  
Isa Strasser (1891–1970)  
Peter Strasser (1917–1962)  
Lieselotte Strasser (1919–1949)  
Jenny Strasser, geb. Berger (1913–2009)  
Maria Strasser, geb. Potocki



Josef Strasser (Foto links) gehörte der KPÖ seit Anfang 1919 an, war Mitglied des Parteivorstands bzw. Zentralkomitees und Chefredakteur der *Roten Fahne*.

Seine Frau Isa Strasser war nach ihrem Ausschluss aus der KPÖ im Jahr 1929 schriftstellerisch tätig. Ihr Sohn Peter Strasser war von 1945 bis 1954 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend und von 1949 bis zu seinem frühen Tod 1962 Nationalrat.

Hinweise bitte an:  
[gabriella.hauch@univie.ac.at](mailto:gabriella.hauch@univie.ac.at)

gungsausschüsse und Umschulungskurse wurden eingerichtet. Ziel war die Forcierung des Wiederaufbaus und jungen Menschen eine Existenz zu bieten.

Im Oktober 1949 fand dann – fast ein Vierteljahrhundert nach der letzten Wahl im Jahr 1926 – die erste Arbeiterkammerwahl in der Zweiten Republik statt. Bei einer 80-prozentigen Wahlbeteiligung erhielt die SPÖ 73 Mandate, der Verband der Unabhängigen, der zum ersten Mal kandidierte, erhielt 16 Mandate, der von der KPÖ initiierte Linksblock elf und der ÖAAB zehn Mandate. Willy Scholz vom Linksblock forderte in der konstituierenden Sitzung, keinen Vertreter des VdU, der zweitstärksten Fraktion, in den Vorstand bzw. die Ausschüsse zu wählen: „Faschisten haben in der Arbeiterkammer nichts zu suchen.“ Da Teile der Sozialisten dem Antrag zustimmten und sie tatsächlich nicht gewählt wurden, legten sie beim Bundesminister Beschwerde ein und wurden schließlich im Februar 1950 doch noch in die Ausschüsse nominiert.

Ausführlich werden die Auswirkungen der Abwälzung der Kosten der kapitalistischen Restaurierung auf die arbeitenden Bevölkerung, die Lohn-Preis Abkommen und die größte Streikbewegung der Zweiten Republik, der Oktoberstreik 1950 und die daraus entwickelte institutionalisierte Sozialpartnerschaft dargelegt. Neben der Beratung in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen werden auch die Leistungen der Arbeiterkammer von der Preisüberwachung hin zum Konsumentenschutz dokumentiert.

Bis 1974 entwickelte sich die österreichische Wirtschaft günstig, mit der dann folgenden ökonomischen Krise veränderten sich jedoch die politischen Verhältnisse. Die FPÖ initiierte 1987 mit Jörg Haider ein „Antiprivilegien-Volksbegehren“ und forderte ein Ende der Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer. Es wurde erfolgreich abgewehrt, nur 4,5 Prozent sprachen sich dafür aus. 1989 und 1994 standen die Bezüge der Spitzen der steirischen Arbeiterkammer im Visier von Haider, der sie medienwirksam präsentierte. Zudem sank die Wahlbeteiligung bei den Kammerwahlen auf 31 (in der Steiermark auf 29,5) Prozent und das Wahlergebnis der Sozialdemokraten auf ihren niedrigsten Stand von 54 Prozent, während die Aufdecker auf 15 Prozent hochschnellten. Im Zuge einer „gläsernen Kammer“ wurde größere Reformen angegangen und die Sozialpartnerschaft immer wieder hervorgehoben. Nach den Reformen z.B.

beim Einkommen der Spitzen und der Ausweitung der Kammerzugehörigkeit, ergab die kurz danach durchgeführte Mitgliederbefragung eine Beteiligung von 68 Prozent und 91 Prozent Zustimmung für die Arbeiterkammern.

Als nach der Nationalratswahl 1999 die schwarzblaue Regierung die Absenkung sozialstaatlicher Leistungstransfers, insbesondere die Kürzung der Pensionen plante, kritisierten die Arbeiterkammern das Regierungsprogramm scharf. Erneut wurde im Nationalrat beantragt, die Kammerumlage von 0,5 auf 0,3 Prozent, also um 40 Prozent ihres Budgets, abzusenken und damit die Arbeiterkammern zu schwächen. Eine Million Menschen folgten im Juni 2003 dem Streikaufruf gegen die Pensionskürzung, die damit abgeschwächt werden konnte. Auch die Kürzung der Kammerumlage war vorerst vom Tisch. Während dieser Regierungszeit setzte die Arbeiterkammer den Ausbau ihrer Serviceleistungen, wie z.B. die Bildungsoffensive mit Bildungsgutscheinen, die Konsumentenunterstützung mit Preisvergleichen und der Steuerberatung fort und punktete damit in der Öffentlichkeit. Seit 2008 sind die freien Dienstnehmer Mitglieder der AK.

Die kapitalistische Krise 2008 führte erneut zu hoher Arbeitslosigkeit, die in der Steiermark um rund 27 Prozent anstieg, Tausende mussten in Kurzarbeit, in der Steiermark gab es Proteste mit 15.000 DemonstrantInnen gegen Kürzungen im Sozialbereich und bei der Pendlerpauschale, bei denen sich der ÖGB beteiligte. 2015 legte die AK ein Memorandum für arbeitsplatzschaffende Investitionen für ein Sanierungsprogramm in Richtung Vollwärmeschutz oder den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vor. Die regelmäßig durchgeführten Umfragen ergaben für die AK ein positives Bild.

Mit dem Wahlkampf 2017 begann erneut die Diskussion um die Kammerumlage. Die in der Folge installierte ÖVP/FPÖ-Regierung initiierte und verabschiedete mehrere gegen die arbeitenden Menschen gerichtete Gesetze, die Kürzungen und eine Entmachtung bei den Sozialversicherungen brachten. Tiefster Einschnitt, trotz hunderttausender DemonstrantInnen, war die Einführung des Zwölfstunden-Arbeitstags. Den Angriffen auf die Arbeiterkammer begegnete diese mit der 4,3 Mio Euro Digitalisierungsoffensive und der Ausweitung der Unterstützung in den Bereichen Bildung, Pflege und Wohnen.

ANNE RIEGER

*Andrea Hurton: Vom Pogrom in den Widerstand. Walter Felix Suess (1912–1943): Musiker – Arzt – Gestapo-Opfer. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2020, 128 S., 19,90 Euro*

Am 5. April 1941 um 6.30 Uhr früh standen der Kriminalsekretär Josef Wedl und zwei weitere Beamte der Wiener Gestapo vor der Wohnungstür der Familie Suess in der Molkereistraße 7 im 2. Bezirk. In den folgenden beiden Stunden führten sie eine Haus- und Personendurchsuchung durch, die mit der Verhaftung des Zahnarztes Dr. Walter Felix Suess und seiner Frau Gertrude endete. Diese Festnahmen waren Teil einer konzentrierten Aktion der Gestapo gegen den kommunistischen Widerstand in Wien: Zwischen 5. und 7. April 1941 verhaftete die Gestapo noch elf weitere Personen aus dem Umfeld von Walter Suess, zum größten Teil Mitglieder der KPÖ-Bezirksleitung für die Leopoldstadt. Sie alle wurden Opfer eines Gestapospitzels, der die Widerstandsgruppe im 2. Bezirk systematisch unterwandert und planmäßig „aufgerollt“ hatte.

Gertrude Suess kam nach fast einjähriger Untersuchungshaft im März 1942 frei, Walter Suess wurde hingegen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Das Verfahren fand vor dem Fünften Senat des Volksgerichtshofs in Wien statt. Vor dieser Instanz wurden eine Reihe von Verfahren gegen prominente österreichische Widerstandskämpfer abgehandelt, zu den bekanntesten gehörte die Gruppe Maier/Messner. Mit Senatpräsident Albrecht und Landgerichtsrat Zmeck waren in diesem Verfahren – wie in zahlreichen anderen Prozessen gegen Widerstandsgruppen in Österreich – zwei der Richter beteiligt, die auch gegen Walter Suess und seine Mitangeklagten (Robert Kurz, Ludwig Nemeth, Otto Kubak und Erwin Kritek) die Urteile fällten. Das Gericht verurteilte Suess (ebenso wie Kurz und Kubak) am 4. November 1942 wegen „Vorbereitung zum kommunistischen Hochverrat“ zum Tod.

Der von Andrea Hurton überaus detailliert dargestellte Lebensweg dieses kommunistischen Aktivisten ist in mehrerer Hinsicht ungewöhnlich und bemerkenswert: Walter Suess hatte keine Sozialisation in den Strukturen der Kommunistischen Partei hinter sich. Seine Liebe galt der Musik, er war neben seiner beruflichen Tätigkeit (Zahnarzt) als Dirigent tätig und hatte neben seinem akademischen Abschluss als Mediziner (Promotion 1937) an der Staatsakademie für

Musik die Staatsprüfung als Kapellmeister abgelegt.

Suess war ein „unbeschriebenes Blatt“ in der kommunistischen Bewegung, der sich zuerst bewähren musste, bevor ihm wichtige Funktionen bei der Herstellung, Lagerung und dem Vertrieb kommunistischer Flugschriften anvertraut wurden. Zunächst stellte er seine Wohnung in der Molkereistraße (gleichzeitig die Zahnarztpraxis) einer Reihe von Funktionären für konspirative Treffen zur Verfügung – und ging damit ein ziemliches Wagnis ein. Diese Personen kannten seine wahre Identität, er selbst jedoch bloß die Decknamen seiner kurzfristigen „Gäste“.

Der unpolitische, künstlerisch orientierte Walter Suess hatte weniger aus ideologischer Überzeugung, sondern vielmehr wegen fortgesetzter Demütigungen und existenzieller Angriffe, die er als „jüdischer Mischling I. Grades“ unter der nationalsozialistischen Herrschaft erleiden musste, Sympathien für den Widerstand und die illegale kommunistische Bewegung entwickelt. Der Ausschluss aus der Reichskulturkammer im Spätherbst 1938 setzte seinem Traum von einer Musikerlaufbahn ein jähes Ende. Kurze Zeit später wurde er Opfer der Novemberpogrome in Bad Gastein, wo eine brachiale SA-Horde seine neu eingerichtete und noch nicht abbezahlte Ordinationseinrichtung zerstörte und in die Ache warf. Zurück in Wien; scheiterten auch die Emigrationspläne nach Argentinien, die er mit seiner Frau als letzten Ausweg ins Auge gefasst hatte. In einem Gnadengesuch, das er in seiner Zelle im Landesgericht Wien verfasst hatte, führte er diese Umstände an - vergeblich. Auch in seinem Schlusswort vor dem Volksgerichtshof versuchte Suess auf seine aussichtslose persönliche Situation hinzuweisen, die ihm den Weg in den Widerstand quasi als letzten Ausweg gewiesen habe: „Ich bin vom Judentum ausgeschlossen und auch von der deutschen Volksgemeinschaft. Ich suchte eine Gemeinschaft, um in ihr und mit ihr zu leben, um in ihr tätig zu sein, da sie sich um rassische Dinge nicht kümmerte.“ Dieses Zitat stammt aus dem umfangreichen Akt des Volksgerichtshofs (Bundesarchiv Berlin), der quellentekhnisch das Kernstück des Buches bildet. Ebenso Walter Suess' Eingabe vor dem Volksgerichtshof, in der er den Namen des Spitzels, der ihn an die Gestapo verraten hatte, nannte – ein in der Widerstandsgeschichte beinahe singulärer Vorgang. Es kam zwar bei Verfahren gegen Widerstandskämpfer in Wien, Berlin und vor

anderen Volksgerichtssenenaten gelegentlich vor, dass Angeklagte in bitterem Wissen um die Verratstätigkeit vermeintlicher Genossen deren Infiltrationstätigkeit im Gerichtssaal zur Sprache brachten (oder dies zumindest versuchten), doch geschah dies praktisch immer – mit der Ausnahme Walter Suess – unter Verwendung des jeweiligen Decknamens. Walter Suess kannte jedoch den richtigen Namen des Spitzels: Franz Pachhammer.

Aus der Zusammenschau von Gestapo- bzw. NS-Justizakten und dem fast 1.000-seitigen Volksgerichtsakt aus 1947 gegen die Spitzel Eduard Pamperl, Franz Pachhammer und andere resultiert eine von Hurton hervorragend genutzte Möglichkeit, die organisatorischen und personellen Binnenstrukturen einer Gruppe fassbar zu machen. Diese gelungene Kombination aus unterschiedlichen Quellen erlaubte es, persönliche Beziehungskonstellationen sichtbar zu machen, die sich ansonsten der historischen Forschung zumeist nicht erschließen: etwa das unterschiedliche, teils von Arglosigkeit und Misstrauen, teils von Unvorsichtigkeit und Vertrauen gekennzeichnete Verhältnis von einzelnen Mitgliedern der Widerstandsgruppe um Suess gegenüber den beiden Gestapospitzeln, die sukzessive die Gruppe um ihn infiltrierten.

Die skizzierten Aspekte stellen nur zwei von mehreren thematischen Schwerpunkten dar, die Andrea Hurtons Darstellung des politischen Lebenswegs von Walter Suess äußerst anschaulich erscheinen lassen. Diese plastische Darstellung wird ergänzt und bestärkt durch die Aufnahme vieler Fotos, die den Lebensweg von Suess begleiten.

**HANS SCHAFRANEK**

*Michael Wengraf: Institutionalisierung der Vernunft. Zur Genese der Europäischen Universitäten. Kassel: Mangroven Verlag 2019, 486 S., 27 Euro*

Ein interessantes Exempel marxistischer Geschichtsbetrachtung erschien im Kasseler Mangroven Verlag. Mit „Institutionalisierung der Vernunft“ begibt sich der Wiener Historiker und Wissenschaftstheoretiker Michael Wengraf aus historisch-materialistischer Perspektive auf die Suche nach den Ursprüngen des abendländischen Paradigmas der Rationalität. Es ist dies jene an den Universitäten modellierte wissenschaftstheoretische Leitvorstellung, die bis heute unser Leben umfassend be-

stimmt. Dabei handelt es sich, so der Autor, keineswegs um „die Vernunft“ schlechthin, sondern um eine spezielle Ausprägung derselben, um die bürgerliche Zweckrationalität. Sie ist nicht „frei schwebend“, sondern wird von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen determiniert.

Die – später vom Kapitalismus als herrschendes Paradigma etablierte – funktionale Rationalität musste sich freilich erst, so meint der Autor, gegen andere Typen von Vernunft durchsetzen. Das Mittel, der Transmissionsriemen, dazu war die genuin europäische Universität, wie sie sich im 12. und 13. Jahrhundert herausbildete, und die aus ihr entspringende „moderne Wissenschaftlichkeit“. Die aktuelle Frage lautet nun: Brauchen wir im 21. Jahrhundert wie damals wieder einen neuen Typ von Vernunft, und zwar jenseits bürgerlicher Zweckrationalität? Eine Vernunft, die am Menschen selbst und seinem Fortkommen orientiert? Fundierte Antwort darauf wird allerdings nur möglich sein, wenn wir uns intensiv mit den Wurzeln unseres bisherigen Denkens beschäftigen.

Da die Rationalität ein Pfeiler der bürgerlichen Gesellschaft ist, bezeichnet der Kampf um sie, so der Autor, das Vorschreiten des städtischen Bürgertums ebenso wie das Brechen feudaler Dominanz. Untersucht wird in dem Buch die Gewordenheit des neuen Wissens, seine Relevanz und seine gesellschaftlichen Legitimierung – in Verbindung mit der Lebenswelt, die es hervorbringt. Zu zeigen ist die Universität als Rahmen, in dem die Vernunft, gemäß den gesellschaftlichen Erfordernissen, modelliert werden konnte. Als Triebkraft fungiert dabei ein frühes, an rationalen Abläufen interessiertes Bürgertum. Es sorgte für eine Ära des Wandels, der sowohl die materiell-ökonomische Ebene wie die der geistigen Reflexion erfasste. Die „Institutionalisierung der Vernunft“ ist deshalb vor allem ein formationsgeschichtlich geprägtes Werk.

Wie hängen frühes Bürgertum, geistiger Wandel (von der mystischen Spiritualität zur Rationalität) und die Genese der Universität zusammen, was war Beweggrund für die Entwicklung der so spezifischen europäischen Hohen Schulen? Ausgangspunkt ist eine Zeit, in der Veränderung prinzipiell verpönt war; in der ein mystisch-spirituell bestimmter Logos für immer herrschen wollte. Jedweder Wandel – vor allem in politischer Hinsicht – wurde als negatives Attribut des minderwertigen Diesseits gesehen.



### Richard Wadani (1922–2020)

Richard Wadani wurde 1922 in Prag geboren. Not und Armut sowie die revolutionäre Prager Atmosphäre der 1920er und 1930er prägten seine politische Sozialisation. Er war im „Arbeiter-Turn- und Sportverband“ aktiv und wurde 1935 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands. 1938 übersiedelte er mit seiner



Mutter nach Wien und begann eine Lehre als Automechaniker. 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Bereits 1942 versuchte Wadani das erste Mal zu desertieren. Als dies scheiterte, begann er aktiv die russische Zivilbevölkerung mit Lebensmittel zu unterstützen. Im Oktober 1944 gelang es ihm, an der Westfront zu den Amerikanern überzulaufen. Er trat darauf in die tschechoslowakische Exilarmee ein und kehrte nach Kriegsende nach Wien zurück.

Von 1946 bis 1970 war Wadani in der KPÖ aktiv, in der Jugendarbeit, auf betrieblicher Ebene und vor allem im Bereich des Sports. Er war ein Pionier des österreichischen Volleyballsports, u.a. als Trainer und Bundeskapitän der Nationalmannschaft. 1964 wurde er Sportreferent der Wiener KPÖ. 1970, nach der Niederschlagung des „Prager Frühling“, verließ er die KPÖ und arbeitete bis zu seiner Pensionierung als Bundestrainer an der Bundeslehranstalt für Leibeseziehung. Parallel dazu baute er im Pensionistenverband der SPÖ den Seniorensport auf.

Richard Wadani war lange Jahre als Zeitzeuge an Schulen aktiv. Seit den 1990er Jahren setzte er sich unermüdlich für die Rehabilitation und öffentliche Anerkennung der Opfer der

NS-Militärjustiz ein. Seinem Engagement sind das Rehabilitierungsgesetz von 2009, mit dem Deserteure als NS-Opfer anerkannt wurden, und die Errichtung eines Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz (2014) zu verdanken. Wadani starb am 18. April dieses Jahres in Wien.

### Ulrike Jenni (1945–2020)

Aufgewachsen in Vorarlberg, kam Ulrike Jenni zum Studium der Kunstgeschichte und Archäologie nach Wien. Nach dem Studium war sie als Spezialistin für Handschriften an der Akademie der Wissenschaften tätig. Danach wechselte sie als Kustodin ins Kupferstichkabinett der Akademie der Bildenden Künste. Bis zu ihrer Pensionierung arbeitete sie er-



neut für die Akademie der Wissenschaften, wo sie ihre Arbeit an Handschriften fortsetzte. Zahlreiche Publikationen weisen sie als profunde Kennerin insbesondere der frühen Neuzeit aus.

In ihrer späten Studienzeit politisierte sich Ulli Jenni im Kommunistischen Studentenverband (KSV), trat 1974 der KPÖ bei und beschäftigte sich in weiterer Folge mit fortschrittlichen Kunstschaaffenden, u.a. mit dem Werk von Helmut Kurz-Goldenstein, Gerda Fassel, vor allem aber von Alfred Hrdlicka. Eine enge Freundschaft entstand bereits Mitte der 1970er Jahre mit Margarete Schütte-Lihotzky, die sie bald in den Vorstand des von ihr gegründeten *Urania Frauenkomitees* holte. Ulli gehörte auch zu jenen Frauen, die 2013 den *Margarete Schütte-Lihotzky Club* ins Leben riefen.

Ulli Jenni war im *Bund demokratischer Frauen* aktiv und arbeitete auf kunsthistorischem Gebiet zu feministischen Themen. Während ihrer Tätigkeit in der *Galerie Rotpunkt* trugen ihre vielfältigen Kontakte zu „arri-rierten“, aber auch jungen, linken KünstlerInnen maßgeblich zu deren Akzeptanz und Breitenwirkung bei.

Mit diesen Aktivitäten einher gingen auch die über lange Jahre am Nachmittag des 1. Mai im *Kommunistischen Kulturkreis* (KKK) abgehaltenen Versteigerungen von Kunstwerken bekannter, linker KünstlerInnen, deren Erlös immer Solidaritätsprojekten zugute kam. Ulli Jenni starb am 22. April dieses Jahres in Wien.

### Gisela Streiter (1926–2020)

Gisi Streiter war eine Funktionärin der ArbeiterInnenbewegung, wie es zu ihrer Zeit nicht allzu viele gab. Sie kam aus einer ArbeiterInnenfamilie und engagierte sich nach der Befreiung vom Faschismus in der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ), deren Bundesleitung sie zwischen 1946 und 1951 angehörte. Von 1953 bis 1982 arbeitete sie im Globus-Verlag tätig, wo sie Betriebsratsobfrau der Angestellten war. Seit den 1980er Jahren war sie Mitglied der Bundesleitung des *Gewerkschaftlichen Linksblocks*. Im ÖGB vertrat sie den GLB im



Bundesfrauenausschuss. Gisis politische Heimat war der dritte Bezirk in Wien, wo sie der Bezirksleitung der KPÖ angehörte. Am 24. und 25. Parteitag der KPÖ wurde Gisi Streiter in das Zentralkomitee gewählt, dem sie von 1980 bis 1987 angehörte. Gisi Streiters Leben war dem Kampf für die Besserstellung der österreichischen ArbeiterInnenklasse, dem Kampf für Frieden und Sozialismus gewidmet. Der *Alfred Klahr Gesellschaft* gehörte sie seit ihrer Gründung als Mitglied an. Gisi Streiter starb am 18. Juni in Wien.

Solch eine Haltung entspricht durchaus dem Grundbesitz als herrschender Produktivkraft, ist dieser doch relativ unverlierbar und unvermehrbar, beharrende Substanz.

Warum kam es trotz dieses herrschenden Beharrungsvermögens zum Paradigmenwechsel? Die Antwort, die der Autor in seinem Werk gibt, ist lakonisch: Die auf geistig-ideologischem Gebiet so vehement bekämpfte Veränderung setzte sich in der gesellschaftlichen Praxis durch. Das ist der Grund, weshalb Vorstellungen von Wandel und Bewegung sich allmählich auch auf der Überbauenebene etablierten. Außerdem: Im Gegensatz zur grundherrlichen Welt war das städtische Bürgertum des 12. und 13. Jahrhunderts als Klasse an gesellschaftlicher Bewegung interessiert. Es wollte teilhaben an den Entscheidungen auf ökonomischer, sozialer und politischer Ebene.

Die Wiedergeburt der Städte, das Aufkommen von Gewerbe und Handel, kurz das Durchsetzen von frühbürgerlichen Verhältnissen, die eine grundherrlich dominierte Welt nun ergänzten, erforderten unbedingt ein „Neues Denken“. Die „Institutionalisierung der Vernunft“ versucht diesen Prozess nachzuvollziehen. Es soll aus historisch materialistischer Sicht ein Stück beigetragen werden zum Verständnis des Formationswechsels, der von feudalen zu frühbürgerlichen Lebensumständen führte. In den Mittelpunkt rückt dabei mit dem Bürgertum ein kollektives Subjekt, das den Durchbruch dessen, was wir unter moderner Wissenschaftlichkeit verstehen, im Zuge des Etablierens seiner Produktionsweise, aktiv betrieben hat.

Der Soziologe Karl Mannheim sagte einmal, das bürgerlich-kapitalistische Bewusstsein ist dadurch charakterisiert, dass es prinzipiell keine Grenzen der Rationalisierung kennt. Das führte zu einer Intellektualisierung, die Max Weber als „Entzauberung der Welt“ charakterisierte. Diesen Entwicklungsgang verfolgte der Autor mit der „Institutionalisierung der Vernunft“ aus marxistischer Perspektive auf ansprechende Weise ein Stück weit mit. Wengraf zeigt in seinem gegenständlichen Werk anschaulich, dass materielle Verhältnisse die jeweilige ideologische Begleitmusik bestimmen. Dass der Autor lange als Journalist gearbeitet hat, kommt dem schwierigen Gegenstand zugute, denn trotz der inhaltlichen Anforderungen bleibt das Buch gut lesbar.

**ELKE RENNER**

*Franz Mikusch: Für die Freiheit Österreichs! Bei den slowenischen Partisanen und im Ersten Österreichischen Bataillon, hg. und mit einer Einleitung sowie einem Nachwort versehen von Heimo Halbrainer und Alex Mikusch. Graz: CLIO 2020, 184 S., 18 Euro*

**F**ranz Mikusch floh im März 1944 gemeinsam mit seiner Frau Aurelia („Zlata“) von Graz aus zu den slowenischen Partisanen, da die Widerstandsgruppe, der beide angehörten, von der Gestapo aufgedeckt worden war. Franz Mikusch gehörte seit 1934 der KPÖ an und war am Aufbau einer kommunistischen Widerstandsorganisation in Graz und Kapfenberg um Maximilian Haitzmann, Otto und Frieda Hauberger beteiligt. Franz und Aurelia Mikusch fungierten als Kontaktpersonen zwischen der Steiermark und den Partisanen. Im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee wirkte Franz Mikusch zunächst in der Propagandaabteilung, bis er ab März 1945 als Sanitäter im 1. Österreichischen Freiheitsbataillon tätig wurde, das im November 1944 auf Initiative der KPÖ im slowenischen Partisanengebiet gebildet worden war. Im April 1945 wurde auch Aurelia als einzige Frau dem Freiheitsbataillon zugeteilt.

Der vom Grazer Historiker Heimo Halbrainer gemeinsam mit Alex Mikusch herausgegebene Band vereint zeitgenössische Artikel von Franz Mikusch für Partisanenzeitschriften und Flugblätter mit dem Tagebuch-Journal des Partisanen, in das er von März 1944 bis Juli 1945 (bis zu seiner Rückkehr nach Graz) Notizen und auch längere Reportagen schrieb. Einige Artikel von Mikusch wurden nach der Befreiung im Dreiparteienblatt *Neue Steirische Zeitung* veröffentlicht. Zwei in den 1970er Jahren verfasste Manuskripte waren für eine vom Spanienkämpfer Max Bair geplante Materialsammlung über die Freiheitsbataillone vorgesehen, die jedoch letztlich nicht zustande kam, weshalb sie nun erstmals zum Abdruck gelangen. In seiner Einleitung skizziert Halbrainer den Forschungsstand über die österreichischen Freiheitsbataillone, sein Nachwort ist ein biografisches Doppelportrait von Franz und Aurelia Mikusch. Neben eigenen Forschungen kann er sich dabei auch auf Dokumente aus dem Nachlass von Mikusch stützen.

Aurelia Mikusch arbeitete nach 1945 bei der Steirischen Gebietskrankenkasse als Röntgenassistentin, Franz Mikusch bei der Versicherungsanstalt des öster-

#### Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Heimo

Halbrainer, Manfred Mugrauer, Rudolf

Müller, Alfred J. Noll, Elke Renner, Anne

Rieger, Hans Schafranek, Florian Schwan-

ninger, Robert Streibel, Karl Wimmmler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)

[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

#### AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

reichischen Bergbaus. Er starb im Juni 1996 in Graz, acht Jahre vor seiner Frau. Der Sozialpädagoge Alex Mikusch hat für den Band ein persönlich gehaltenes Vorwort über seine Großeltern beige-steuert und überrascht dabei mit der Information, dass sich diese bewusst dafür entschieden hätten, ihre Erlebnisse 1944/45 in der Familie kaum zu thematisieren. Alex Mikusch ist in der Jugendarbeit und antirassistischen Bildungsarbeit tätig und knüpft damit an das antifaschistische Engagement seiner Großeltern an. Er führt ihren Kampf mit den „Waffen der Aufklärung und Bildung“ fort, wie er schreibt.

Das Büchlein ist reich bebildert und schön ausgestattet. Es ist ein wichtiger Beitrag zum antifaschistischen Widerstand in der Steiermark, zur Geschichte des slowenischen Partisanenkampfes und zur Geschichte der österreichischen Freiheitsbataillone.

**MANFRED MUGRAUER**